



Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft Nr. 8, August 2010

65. Jahrgang



- Zensus 2011. Aktueller Stand der Vorbereitungen in Hessen
- Bevölkerungsentwicklung in Hessen bis zum Jahr 2060.
Teil 1: Ergebnisse der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung auf Landesebene
- Welche Faktoren beeinflussen die Konsumausgaben der privaten Haushalte?
- Integrierte Ausbildungsberichterstattung für Hessen und die Regionen
- Neues Schätzverfahren zur Optimierung der Ernteberichterstattung auf regionaler Ebene
- Hessischer Zahlenspiegel

Inhalt

Ganz kurz	214
Bevölkerung	
Zensus 2011. Aktueller Stand der Vorbereitungen in Hessen. Von <i>Philip Graze</i>	215
Bevölkerungsentwicklung in Hessen bis zum Jahr 2060. Teil 1: Ergebnisse der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung auf Landesebene. Von <i>Diana Schmidt-Wahl</i>	219
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Welche Faktoren beeinflussen die Konsumausgaben der privaten Haushalte? Von <i>Stefan Donhauser</i>	229
Bildung und Kultur	
Integrierte Ausbildungsberichterstattung für Hessen und die Regionen. Von <i>Martina Hartig</i>	242
Landwirtschaft	
Neues Schätzverfahren zur Optimierung der Ernteberichterstattung auf regionaler Ebene. Von <i>Eric Berger</i>	246
Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen	254
Hessischer Zahlenspiegel	
Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit	255
Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung	256
Handwerk, Baugewerbe, Baugenehmigungen, Großhandel	257
Einzelhandel, Gastgewerbe, Außenhandel	258
Tourismus, Verkehr	259
Geld und Kredit, Gewerbeanzeigen, Preise, Steuern	260
Verdienste	261
Buchbesprechungen	Seite 264 und Umschlagseite 3

Impressum

ISSN 0344 – 5550 (Print)
ISSN 1616 – 9867 (Digital)
Copyright: © **Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2010**
Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.
Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611 3802-0, Telefax: 0611 3802-890
E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de – Internet: www.statistik-hessen.de
Schriftleitung: Siegfried Bayer, Rheinstraße 35/37, Wiesbaden, Telefon: 0611 3802-804
Haus-/Lieferanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden
Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden
Bezugspreis: Print: Einzelheft 6,50 Euro (Doppelheft 13,00 Euro), Jahresabonnement 66,30 Euro (jewe. inkl. Versandkosten)
E-Mail-Versand: Einzelheft 4,40 Euro (Doppelheft 8,80 Euro)
Jahrgangs-CD-ROM: 33,30 Euro, (inkl. Versandkosten)
Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt



Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611 3802-802 oder -807.

Zeichen

–	= genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.
0	= Zahlenwert ungleich Null, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
.	= Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.
...	= Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
()	= Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.
/	= keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
X	= Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsraten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).
D	= Durchschnitt.
s	= geschätzte Zahl.
p	= vorläufige Zahl.
r	= berichtigte Zahl.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsraten und Salden mit einem Vorzeichen versehen. Positive Veränderungsraten und Salden sind ohne Vorzeichen.
Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

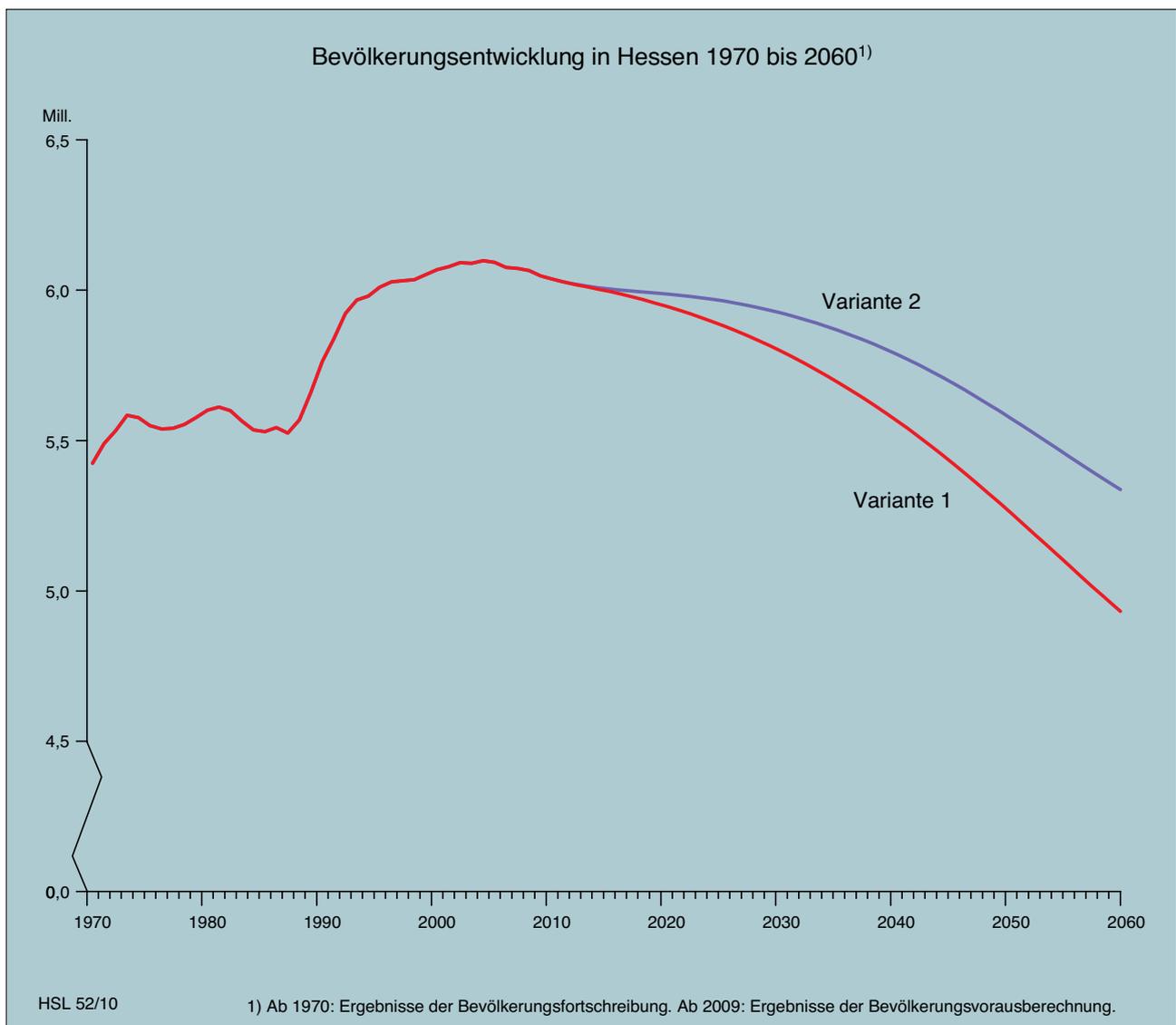
Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

08 · 10

65. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt



Weniger Ehescheidungen im Jahr 2009

Im Jahr 2009 wurden in Hessen 14 896 Ehen rechtskräftig geschieden. Das waren 541 oder 3,5 % weniger als im Vorjahr und so wenige wie zuletzt im Jahr 2000 (14 905). Der Höchststand wurde 2004 mit 16 573 Ehescheidungen erreicht. Die Scheidungsanträge wurden – wie in den Vorjahren – zumeist von den Frauen eingereicht: Bei gut 54 % (8067) der Verfahren ging die Initiative von der Frau aus, gut 41 % (6141) der Scheidungsverfahren wurden vom Mann und 688 von beiden gemeinsam beantragt. Die meisten Ehen wurden 2009 nach einer Dauer von 5 (879), 6 (978) und 7 (923) Ehejahren beendet. Insgesamt wurden 11 % (1644) der geschiedenen Ehen noch vor dem fünften Hochzeitstag aufgelöst, 29 % (4326) nach einer Dauer von 5 bis 9 Jahren, und rund 36 % (5286) der geschiedenen Ehen hielten zwischen 10 und 19 Jahre. Bei gut 24 % (3640) bestand die Ehe zum Scheidungszeitpunkt 20 Jahre oder länger. Die Zahl der von einer Ehescheidung betroffenen Kinder ist 2009 gegenüber 2008 um 350 auf 12 050 gesunken.

Jede siebte Familie mit alleinerziehender Mutter

2009 versorgten in Hessen rund 93 000 alleinerziehende Mütter ein oder mehrere minderjährige Kinder in ihrem Haushalt. Aus den Ergebnissen des Mikrozensus ist ersichtlich, dass in etwa jeder siebten hessischen Familie mit Kindern unter 18 Jahren die Mutter alleinerziehend war. Im Vergleich zu 1996 erhöhte sich die Zahl dieser Mütter um knapp 20 000 bzw. um mehr als ein Viertel. Insgesamt wuchsen gut 140 000 Kinder bei alleinerziehenden Müttern auf, das war annähernd jedes achte minderjährige Kind in Hessen. Gut 61 % der alleinerziehenden Mütter waren berufstätig, und zwar 22 % in Vollzeit und 39 % in Teilzeit. Ihren überwiegenden Lebensunterhalt konnten knapp zwei Drittel (63 %) aufgrund ihrer Erwerbstätigkeit sicherstellen. Mit 27 % war gut jede vierte alleinerziehende Mutter auf staatliche Transferleistungen angewiesen. Weitere 10 % wurden von Angehörigen unterstützt oder bezogen z. B. eine Rente. Mit einem Anteil von 54 % verfügte über die Hälfte über ein monatliches Familiennettoeinkommen von weniger als 1500 Euro, ein Viertel sogar über weniger als 1100 Euro. Im Vergleich dazu gingen von den verheirateten oder mit einem Partner zusammenlebenden Müttern minderjähriger Kinder knapp 57 % aktiv einer Erwerbstätigkeit nach, davon etwa 14 % einer Vollzeittätigkeit und 43 % einer Teilzeittätigkeit. Gut die Hälfte der Mütter in Partnerschaften gab an, ihren Lebensunterhalt mit Hilfe der eigenen Berufstätigkeit zu bestreiten, weitere 36 % konnten sich auf den finanziellen Rückhalt ihrer Partner

verlassen. Staatliche Transfers spielten für diese Mütter eine untergeordnete Rolle. Ihr Familieneinkommen lag lediglich bei jeder zwanzigsten Mutter unter 1500 Euro. Rund 44 % der Alleinerziehenden lebten nach einer Scheidung vom Ehemann allein mit ihren Kindern im Haushalt, weitere 31 % waren ledig. Jede vierte wohnte von ihrem Ehepartner getrennt bzw. war verwitwet.

Säuglingssterblichkeit in Hessen so niedrig wie noch nie

Im Jahr 2009 starben insgesamt 168 Kinder (93 Jungen und 75 Mädchen) noch vor Vollendung des ersten Lebensjahres. Gegenüber dem Vorjahr (207 Gestorbene, davon 113 Jungen) entspricht dies einem Rückgang von 19 %. Die Säuglingssterblichkeit war im Berichtszeitraum mit 3,3 Säuglingen je 1000 Lebendgeborene (Jungen: 3,6 und Mädchen 3,0) so niedrig wie noch nie seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1973. Damals lag dieser Wert mit einer Sterbeziffer von 22,1 weitaus höher. Die häufigsten Todesursachen 2009 waren – wie auch in den Vorjahren – bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben (77 Gestorbene). Störungen im Zusammenhang mit der Schwangerschaftsdauer und dem fetalen Wachstum führten zu 42 Todesfällen. Mit 52 Gestorbenen waren angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien zweithäufigste Todesursache. Am plötzlichen Kindstod starben 22 Säuglinge. Im Zeitraum von 24 Stunden bis 28 Tagen nach der Geburt wurden 40 Sterbefälle (gut 25 %) registriert; vor Ablauf der ersten 24 Stunden nach der Geburt starben 64 Kinder (38 %).

Steigende Zahl von BAföG-Empfängern in Hessen

Im Jahr 2009 erhielten in Hessen insgesamt 54 100 Personen Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Die Zahl der BAföG-Empfänger stieg damit im Vergleich zum Vorjahr um 5200 oder knapp 11 %. Ein Viertel von ihnen (13 800) waren Schüler und 40 300 waren Studierende an einer hessischen Hochschule. Jeder siebte Studierende erhielt im vergangenen Jahr BAföG. Knapp die Hälfte der BAföG-Empfänger bekam 2009 eine Vollförderung und damit den maximalen Förderungsbetrag, der abhängig ist von der Ausbildungsstätte und der Unterbringung. Eine Teilförderung erhielten 52 %, da die Einkommen und Vermögen der Geförderten oder deren Eltern bestimmte Grenzen übertrafen. Durchschnittlich erhielten ein geförderter Schüler monatlich 357 Euro (im Vorjahr 338 Euro) und ein geförderter Student 450 Euro (im Vorjahr 417 Euro). Bei den Eltern wohnten 16 800 und auswärts 37 300 BAföG-Empfänger. Für die Ausbildungsförderung wurden im Jahr 2009 insgesamt knapp 179 Mill. Euro und damit gut 30 Mill. Euro mehr als 2008 aufgewendet. Etwa 110 Mill. Euro wurden als Zuschuss und gut 68 Mill. Euro als Darlehen gewährt.

Zensus 2011

Aktueller Stand der Vorbereitungen in Hessen

Die bislang letzte Volkszählung fand im früheren Bundesgebiet 1987 statt, in der ehemaligen DDR im Jahr 1981. Mit dem Zensus 2011 erfolgten nun 24 bzw. 30 Jahre nach den letzten Volkszählungen eine erneute Feststellung der Einwohnerzahl sowie die Ermittlung von Strukturdaten der Bevölkerung, der Haushalte, der Wohnungen und der Gebäude. Der Zensus 2011 basiert weitestgehend auf der Nutzung vorhandener Verwaltungsregister und unterscheidet sich somit deutlich von früheren Zählungen.

Die Notwendigkeit von Zensusinformationen

Seit der letzten Volkszählung kam es in Deutschland und Europa zu tiefgreifenden Veränderungen der Bevölkerungsverteilung. Das Wanderungsgeschehen war durch bundesweite Außenwanderungsgewinne aufgrund der EU-Ost-Erweiterung geprägt. Hinzu kamen Binnenwanderungsverluste der ostdeutschen an die westdeutschen Regionen infolge der Wiedervereinigung. Vor allem im großräumigen Maßstab beeinflussen Binnenwanderungen und Außenwanderungsgewinne die Bevölkerungszahlen, die demografische Entwicklung sowie die Sozialstruktur einer Region oder eines Landes. Aufgrund dieser Entwicklungen können die aus den Fortschreibungen der letzten Volks-, Gebäude- und Wohnungszählungen ermittelten Daten keine befriedigenden Informationen mehr über die heutigen Gegebenheiten liefern. Neue und verlässliche Daten zu Bevölkerung, Wohnungsmarkt und Erwerbsbeteiligung sind daher unerlässlich.

Für eine Vielzahl von politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen sind aktuelle Daten von zentraler Bedeutung. So sind die amtlichen Einwohnerzahlen beispielsweise die Grundlage für den kommunalen Finanzausgleich. Sie werden auch für die Einteilung von Wahlkreisen herangezogen, für die Berechnung der Zahl der Länderstimmen im Bundesrat und für die Verteilung von EU-Fördermitteln zwischen den Mitgliedstaaten. Erneuerte Informationen zum Wohnungsbestand und zur Wohnsituation ermöglichen den Kommunen außerdem regional differenzierte Prognosen bezüglich der zukünftigen Wohnungsnachfrage.

Diese dringend benötigten Informationen soll der Zensus 2011 – die Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung liefern.

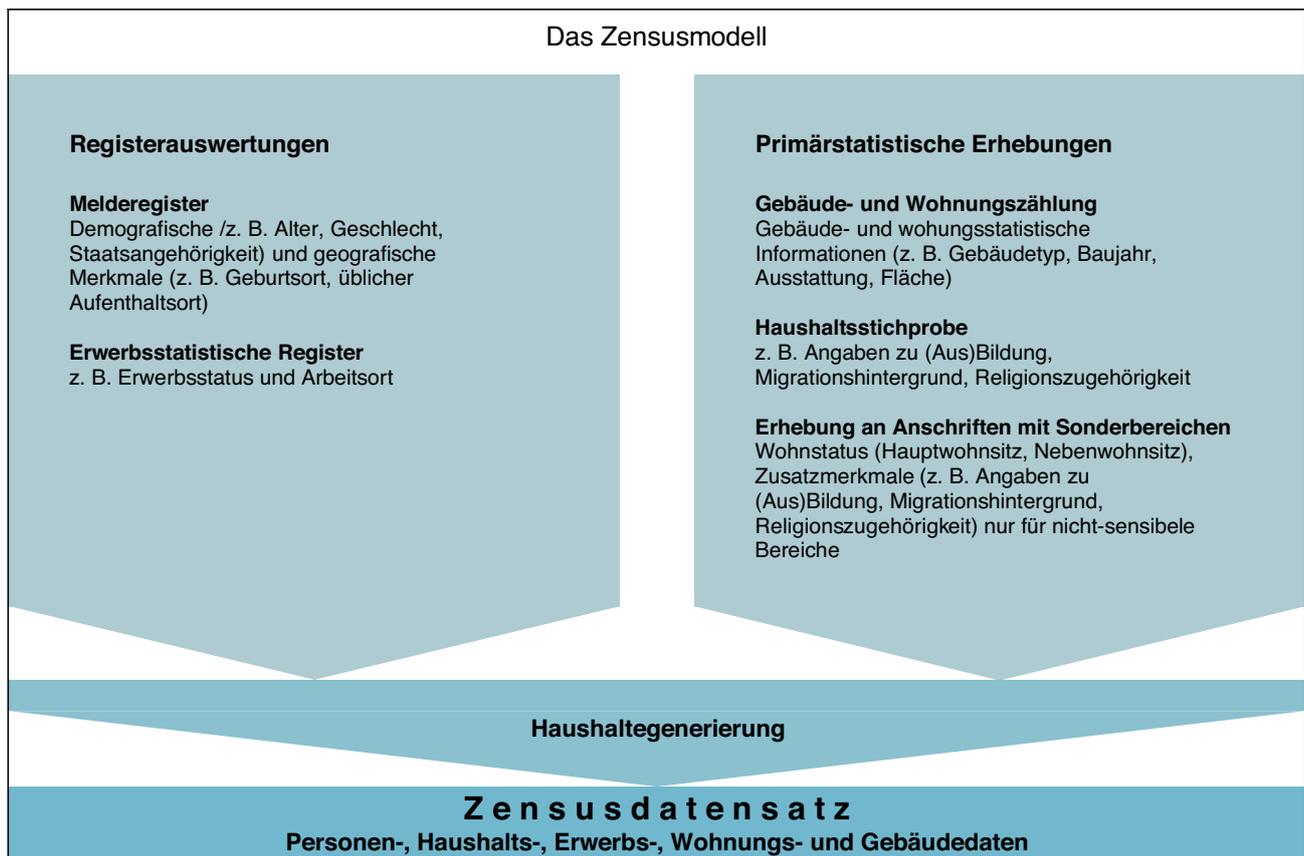
Das Zensusmodell

Beim Zensus 2011 handelt es sich um einen registergestützten Zensus. Die Zensusdaten werden überwiegend aus bereits existierenden Registern, allen voran aus den kommunalen Melderegistern, gewonnen. Die dezentral geführten **Melderegister** bilden die Grundlage für die Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahlen. Sie enthalten außerdem die demografischen Grunddaten wie Alter, Geschlecht, Familienstand, Staatsangehörigkeit etc. Die Register der Bundesagentur für Arbeit liefern die erwerbsstatistischen Grunddaten für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. **Erwerbsstatistische Daten** über Beamte führt die Bundesagentur für Arbeit indes nicht. Diese Daten werden bei den Besoldungsstellen der öffentlichen Arbeitgeber abgefragt. Darüber hinaus werden nicht in den Registern enthaltene Daten primärstatistisch in Form von Befragungen erhoben.

Für Gebäude und Wohnungen liegen keine flächendeckenden Register vor, aus denen Daten zur Wohnraumversorgung entnommen werden können. Deshalb erfolgt im Rahmen einer **Gebäude- und Wohnungszählung** eine schriftliche Befragung aller Gebäude- und Wohnungseigentümer. Beim Zensus 2011 werden in Hessen etwa 1,8 Mill. Eigentümer von Gebäuden und Wohnungen Auskunft u. a. über Gebäudeart, Eigentumsverhältnisse, Baujahr, Wohnungsanzahl, Ausstattung und Fläche ihrer Gebäude und Wohnungen geben.

Informationen über Bildung, Religionszugehörigkeit oder Migrationshintergrund sind nicht oder nur in unzureichender Tiefe und Qualität in den existierenden Registern vorhanden. Um dennoch verlässliche Angaben zu erhalten, findet bei knapp 12 % der hessischen Bevölkerung eine zufallsgesteuerte Befragung durch Interviewer, die sogenannte **Haushaltsstichprobe**, statt.

Die Haushaltsstichprobe verfolgt noch ein weiteres Ziel. Neben der Gewinnung sozialstatistischer Merkmale dient sie auch der Korrektur der aus den Melderegistern stammenden Bevölkerungszahlen. Die Datenkorrektur ist notwendig, weil in den Melderegistern teilweise Personen enthalten sind, die bereits verzogen sind (sog. „Karteileichen“). Außerdem gibt es zugezogene Personen, die sich (noch) nicht angemeldet haben (sog. „Fehlbestände“). Eine Rückmeldung der bereinigten Melderegisterdaten an die Meldebehörden oder andere Stellen schließt das Zensusgesetz 2011 aus.



Einen weiteren primärstatistischen Erhebungsteil bildet die **Erhebung an Adressen mit Sonderbereichen**. Dabei ist zwischen sensiblen und nicht-sensiblen Sonderbereichen zu unterscheiden. Zu den sensiblen Sonderbereichen zählen beispielsweise Justizvollzugsanstalten und Behindertenwohnheime. Nicht-sensible Sonderbereiche umfassen u. a. Studentenwohnheime, Klöster oder Kasernen. Aufgrund der starken Fluktuation und der daraus resultierenden hohen Karteileichen- und Fehlbestandsraten findet bei den Adressen mit Sonderbereichen eine Vollerhebung statt. Nur so kann in den Sonderbereichen eine hohe Qualität der Einwohnerzahlen gesichert werden. Da bei den Sonderbereichen das Hauptziel in der Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl liegt, werden hier keine zusätzlichen Informationen wie Bildungsstand oder Religionszugehörigkeit erhoben. Das Frageprogramm besteht lediglich aus den demografischen Grunddaten und Angaben zum Wohnverhältnis (Bezugsdatum, Existenz weiterer Wohnungen etc.). Eine Ausnahme bilden teilweise die nicht-sensiblen Sonderadressen. Sie sind auch Teil der Haushaltsstichprobe. Das heißt, dass auch hier die Bewohner vereinzelt Auskunft über ihren Bildungsstand oder ihre Herkunft geben. In Hessen leben rund 120 000 Menschen in Sonderbereichen.

Die abschließende Zusammenführung der aus den Registern und den primärstatistischen Erhebungen stammenden anonymisierten Einzelinformationen bildet die Grundlage für die Erstellung zensustypischer Daten-

sätze, aus denen letztlich die Zensusergebnisse erstellt werden.

Mittels der – auf den zusammengeführten Melderegister- sowie Gebäude- und Wohnungszählungsdaten basierenden – Haushaltegenerierung sind neben Analysen auf der Personenebene auch Auswertungen auf der Haushaltsebene möglich.

Von entscheidender Bedeutung bei der kombinierten Nutzung von Registern und primärstatistischen Erhebungen ist das **Adressen- und Gebäuderegister**, welches alle Adressen von Gebäuden mit Wohnraum und bewohnten Unterkünften enthält. Das Adressen- und Gebäuderegister wird aus Dateien der Meldebehörden, der Bundesagentur für Arbeit und der Vermessungsbehörden gespeist. Beim registergestützten Zensus greifen alle Erhebungen und Verfahren mit Adressen- und Gebäudebezug auf dieses Register zurück. Es stellt das wesentliche Instrument für die Erhebungsorganisation, -vorbereitung und -durchführung der adressenbezogenen Erhebungen und Verfahren dar.

Diese zentrale Datenbank dient u. a. als Auswahlgrundlage und Steuerungsinstrument der primärstatistischen Erhebungen. Außerdem bildet das Adressen- und Gebäuderegister die Basis für die Zusammenführung der im Zensus ermittelten Registerinformationen und ermöglicht Plausibilisierungen zwischen den einzelnen Erhebungsteilen.

Das Anschriften- und Gebäuderegister bildet somit das Rückgrat für die Ermittlung der Einwohnerzahl wie auch für alle weiteren Teile des Zensus 2011. Nur mit einem qualitativ hochwertigen Anschriften- und Gebäuderegister sind belastbare Zensusergebnisse zu erzielen.

Aktueller Stand der Zensusvorbereitungen

Gebäude- und Wohnungszählung

Für die Organisation der Gebäude- und Wohnungszählung gilt es, Namen und Anschriften von rund 1,8 Mill. Gebäude- und Wohnungseigentümern, -verwaltern oder sonstigen Verfügungsberechtigten mit Immobilien in Hessen zu recherchieren. Hierzu wurden im April 2009 bei den kommunalen Grundsteuerstellen sowie bei der Oberfinanzdirektion und einigen Ver- und Entsorgern entsprechende Daten erstmals ermittelt. Eine Aktualisierung der Daten der Grundsteuerstellen und der Angaben der Oberfinanzdirektion wurden im April 2010 geliefert. Hierbei sind mehrere Quellen notwendig, weil die Aktualität der Quellen unterschiedlich ist und nicht alle benötigten Angaben in ausreichender Qualität enthalten sind. In der Regel wird in Hessen den Angaben aus den Grundsteuerstellen Priorität eingeräumt. Sind die Eigentümer- oder Objektanschriften dort nicht oder nur fehlerhaft enthalten, erfolgt ein Rückgriff auf die Daten der Oberfinanzdirektion. Manuelle Arbeiten sind dabei notwendig, um offensichtliche Fehler zu beheben. Dies gilt beispielsweise für die Daten, die nicht im angeforderten Format geliefert werden, oder wenn für die Gebäude- und Wohnungszählung keine relevanten Objekte in den Datensätzen der genannten Quellen enthalten sind.

Darüber hinaus erfolgen nach den einzelnen Bearbeitungsschritten Zustellbarkeitsprüfungen durch die Post. Anhand dieser Ergebnisse wird ersichtlich, welche Anschriften einer weiteren Bearbeitung bedürfen und welche Anschriften erfolgreich zugestellt werden könnten. Im Juli 2010 waren bereits rund 82 % der Eigentümeranschriften als zustellbar klassifiziert.

Im November 2010 werden in Hessen bis zu 500 000 Gebäude- und Wohnungseigentümer angeschrieben, die bisher durch die beschriebenen Verfahren zur Qualitätssicherung nicht eindeutig bestätigt werden konnten. Die Vorinformation dient einerseits der Überprüfung bereits vorhandener Objektinformationen und der Zuständigkeit der ermittelten Gebäudeeigentümer. Andererseits sollen Anschriften, die bis dahin trotz Postprüfung noch als unbekannt oder nicht korrigierbar gelten, durch einen realen Zustellversuch erneut auf Zustellbarkeit geprüft werden.

Haushaltsstichprobe

Die Ziehung der für die Haushaltsstichprobe relevanten Adressen aus dem Anschriften- und Gebäuderegister er-

folgt im September 2010. Bundesweit schreibt das Zensusgesetz einen durchschnittlichen Auswahlsatz von 9,6 % fest.

In Hessen ist mit einem Auswahlsatz von knapp 12 % der Bevölkerung zu rechnen. Das entspricht rund 720 000 Personen.

Der im Vergleich zum Bundesdurchschnitt höhere Auswahlsatz resultiert aus einem komplexen, bundesweit optimierten, Stichprobendesign. Die Erhebungsgesamtheit besteht aus den im Anschriften- und Gebäuderegister vorhandenen Anschriften. Wird eine Anschrift gezogen, erfolgt eine Befragung aller dort wohnenden Personen. Dabei ist die Anschriftengröße, also die Anzahl der unter der Anschrift gemeldeten Personen, von entscheidender Bedeutung. Gelangen vermehrt personenstarke Anschriften in die Auswahl, dann führt dies zu einer größeren Anzahl zu befragender Personen. In Hessen existieren im relativen Vergleich zu anderen Bundesländern mehr Großanschriften, im Sinne der unter der Anschrift gemeldeten Personen. Die Großanschriften haben aufgrund ihrer erhöhten Häufigkeit auch eine höhere Wahrscheinlichkeit gezogen zu werden. Daraus ergibt sich schließlich ein erhöhter Auswahlsatz.

Hinzu kommt, dass in Hessen nicht nur die Gebäude-, sondern auch die Gemeindestruktur vom Bundesdurchschnitt abweicht. Um in allen Gemeinden, unabhängig von ihrer Größe, die gesetzlich festgelegte Ergebnispräzision zu erzielen, braucht es in kleineren Gemeinden, mit beispielsweise knapp über 10 000 Einwohnern, einen höheren Auswahlsatz als in größeren Gemeinden. Denn wichtig für die Stichprobengröße in der Gemeinde ist nicht ein bestimmter Prozentsatz der Bevölkerung in der Stichprobe, sondern eine bestimmte Anzahl von Personen. Und da es in Hessen, relativ betrachtet, mehr kleinere Gemeinden gibt als in den meisten anderen Bundesländern, ist für Hessen auch ein höherer Auswahlsatz notwendig.

Die Befragung wird von örtlichen Erhebungsstellen durchgeführt. Bis November 2010 richten alle hessischen Kommunen mit mehr als 50 000 Einwohnern eine Erhebungsstelle ein. Die insgesamt 33 Erhebungsstellen rekrutieren und schulen die Interviewer und koordinieren deren Einsatz. Darüber hinaus sorgen sie für die Vollständigkeit und Vollzähligkeit der Erhebungsunterlagen. Die Befragung erfolgt je nach Wunsch durch einen Interviewer, schriftlich oder online.

Befragung an Anschriften mit Sonderbereichen

Bereits im Jahr 2009 wurden mittels vorliegender Statistiken, des Internets sowie Befragungen in den Gemeinden sensible (Justizvollzugsanstalten, Behindertenwohnheime, Flüchtlingsunterkünfte, etc.) und nicht-sensible Sonderbereiche (Studentenwohnheime, Kasernen, Kloster, etc.) recherchiert und kategorisiert.

Darauf aufbauend erfolgte eine Befragung der recherchierten Einrichtungen und der Träger. Ziel war die Gewinnung von Informationen über die Einrichtungsart, die Anzahl der Plätze, geplante Erweiterungen etc. Es konnten in Hessen 1000 sensible und 1600 nicht-sensible Bereiche identifiziert werden. In den sensiblen Bereichen wohnen rund 31 000 Personen und in den nicht sensiblen Bereichen rund 88 000 Personen.

Mitte 2010 erfolgt eine Kennzeichnung der Anschriften mit Sonderbereichen im Anschriften- und Gebäuderegister. Somit ist sichergestellt, dass die sensiblen Sonderanschriften nicht im Rahmen der Stichprobe, sondern mit einem speziellen Verfahren erhoben werden. Am Zensusstichtag, dem 9. Mai 2011, haben die Bewohner von nicht-sensiblen Bereichen die Wahl zwischen einer persönlichen Befragung, einer schriftlichen Auskunft oder einer Meldung über das Internet. In sensiblen Bereichen gibt die Einrichtungsleitung Auskunft über die Bewohner, entweder in schriftlicher Form oder mittels Internet.

Anschriften- und Gebäuderegister

Das Anschriften- und Gebäuderegister umfasst für Hessen derzeit knapp 1,6 Mill. Anschriften. Die Nut-

zung verschiedener Quellen – Dateien der Meldebehörden, der Bundesagentur für Arbeit und der Vermessungsbehörden – ermöglicht eine wechselseitige Prüfung der darin enthaltenen Anschriften. Das Hessische Statistische Landesamt überprüft bei Anschriften, die nur aus einer der 3 genannten Quellen stammen, ob es sich dabei um Anschriften von Gebäuden mit Wohnraum oder um bewohnte Unterkünfte (z. B. Wohnwagen) handelt. Die zu prüfenden Anschriften werden dabei den als verlässlich eingestuften Referenzdateien gegenübergestellt. Die Klassifizierung auf Wohnraum oder Nicht-Wohnraum erfolgt in einem ersten Schritt maschinell. Sind nach der maschinellen Prüfung immer noch Fälle unklar, ist eine manuelle Recherche erforderlich.

Diese Klärungen müssen bis zum 30.7.2010 abgeschlossen sein. Danach erfolgt die Evidenthaltung des Registers. Dabei geht es darum, Neubautätigkeiten zu berücksichtigen oder aus anderen Erhebungsteilen gewonnene Erkenntnisse in das Anschriften- und Gebäuderegister einzuarbeiten. Auch Aktualisierungslieferungen der Melderegister und der Daten der Vermessungsbehörden sind einzupflegen.

Bevölkerungsentwicklung in Hessen bis zum Jahr 2060

Teil 1: Ergebnisse der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung auf Landesebene

Der demografische Wandel ist seit Jahren ein allgegenwärtiges Thema und wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten in vielen Gesellschaftsbereichen neue Herausforderungen mit sich bringen. Demografische Vorgänge wirken in der Regel langfristig und sind deshalb nicht kurzfristig aufzuhalten. Der auf längere Zeit unumkehrbare Prozess der Bevölkerungsentwicklung muss jedoch nicht passiv hingenommen werden, sondern lässt sich durch aktives politisches Handeln steuern, mildern und gestalten. Um künftige Trends besser abschätzen zu können, bietet die amtliche Statistik seit etwa 40 Jahren Ergebnisse von Vorausberechnungen über die Entwicklung und Altersstruktur der Bevölkerung als wichtige Informationsgrundlage an. Die Vorausberechnungen, die für das Land insgesamt und für die Kreise und kreisfreien Städte durchgeführt werden, werden im Abstand von etwa 3 Jahren aktualisiert und den veränderten Bedingungen angepasst. Daher zeigt auch die jüngste Bevölkerungsvorausberechnung im Vergleich zur vorangegangenen kein völlig neues Bild der demografischen Zukunft Hessens. Vielmehr wird versucht, dieses Bild mit Hilfe von aktualisierten Annahmen zu justieren und den Zeithorizont zu erweitern. Nach den aktuellen Berechnungen werden um 2030 die 60-Jährigen oder Älteren doppelt so stark vertreten sein wie die unter 20-Jährigen. Die Bevölkerungszahl wird bis dahin gegenüber 2008 um 270 000 auf 5,8 Mill. schrumpfen. Weitere 30 Jahre später, etwa um 2060, werden voraussichtlich nur noch 4,9 Mill. Menschen in Hessen leben. Etwa 2 Mill. oder 40 % dürften dann 60 Jahre oder älter sein und etwa 770 000 Personen unter 20 Jahre alt. Der folgende Beitrag beleuchtet die demografische Lage in Hessen und zeigt die Größenordnung der zu erwartenden Veränderungen in der Zukunft für das Land auf. Die Ergebnisse der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte werden in einer weiteren Ausgabe von „Staat und Wirtschaft“ vorgestellt.

Die Bevölkerungsvorausberechnung des Hessischen Statistischen Landesamtes für Hessen sowie für die hessischen kreisfreien Städte und Landkreise wurde in Anlehnung an die im Februar 2010 veröffentlichte 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes für die Länder, und somit auch für das Land Hessen, erstellt. Ihr liegen die gleichen Annahmen bezüglich der künftigen Entwicklung der Geburten, Sterbefälle und Wanderungsbewegungen zugrunde. Im Unterschied zur 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung wurden für die regionalisierte Vorausberechnung (Landes- und Kreisebene) keine landesspezifischen, sondern kreisspezifische Geburten- bzw. Sterbeziffern und mithin ein längerer Stützzeitraum herangezogen. Für die Alters- und Geschlechtsstruktur der Wanderungsbewegungen wurden ebenfalls kreisspezifische Strukturen sowie ein längerer Referenzzeitraum zugrunde gelegt. Die Vorausberechnungen reichen auf Landesebene bis 2060, auf Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise bis 2030.

Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnungen¹⁾ basieren auf bundesweit abgestimmten Annahmen über

1) Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnungen sind nach abgestimmten Annahmen berechnete Bund-Länder-Vorausberechnungen. Diese werden auf Basis der bisherigen demografischen Entwicklung regelmäßig bundesweit durchgeführt. Derzeit liegt die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung vor.

die Entwicklung der 3 demografischen Einflussfaktoren, dem Geburtenverhalten, der Lebenserwartung und den Wanderungsbewegungen. Die Annahmen beruhen zum größten Teil auf der Betrachtung der bisherigen Verläufe dieser Komponenten. Es werden aber auch Annahmen über Faktoren getroffen, die ihre Entwicklung beeinflussen. Da sich die Geburtenrate und die Lebenserwartung nur sehr langsam ändern und einen mehr oder weniger kontinuierlichen Verlauf aufweisen, ist ihre Entwicklung relativ überschaubar. Hingegen lassen sich die Wanderungsbewegungen nur mit großen Unsicherheiten schätzen, da sie von einer Vielzahl nicht vorhersehbarer Faktoren abhängen. Dies gilt umso mehr, je kleinräumiger die Vorausberechnungen sind und je weiter sie in die Zukunft reichen. Daneben bestehen weitere zusätzliche Unsicherheiten, die mit der Datenbasis zusammenhängen: Die Ausgangsdaten zum Bevölkerungsbestand stammen aus der Bevölkerungsfortschreibung, die mit zunehmendem Abstand von der letzten Volkszählung im Jahr 1987 ungenauer werden. Schätzungen gehen bundesweit von überhöhten Bevölkerungszahlen aus, die erst nach dem Zensus 2011 justiert werden können. Da eine Bevölkerungsvorausberechnung jedoch keine Vorhersage ist, sondern zum Ziel hat, langfristige Veränderungen im Altersaufbau und in der Bevölkerungsgröße in der Zukunft sichtbar zu machen, beeinträchtigt diese

Unsicherheit die Aussagekraft der Ergebnisse nicht wesentlich.

Basis der vorliegenden Berechnungen sind die Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung zum 1. Januar 2009 in der Gliederung nach Einzelaltersjahren und Geschlecht²⁾. Auf diesen Ausgangsbestand wirken im Laufe eines Jahres mehrere Faktoren ein, die die Bevölkerung in ihrer Entwicklung und Struktur verändern: Die einzelnen Alterskohorten werden um die Zahl der Zugezogenen erhöht und entsprechend um die Fortgezogenen und Gestorbenen vermindert. Die im Laufe des Jahres lebend Geborenen bilden die neue unterste Altersgruppe der unter Einjährigen; die anderen Jahrgangskohorten werden in der Altersanschiebung um ein Jahr fortgeschrieben. Die einzelnen Bewegungskomponenten werden mit Hilfe von Geburtenwahrscheinlichkeiten, Sterbe- bzw. Überlebenswahrscheinlichkeiten und Wanderungsraten berechnet, die aus Zeitreihen der letzten Jahre ermittelt und teilweise unter Abschätzung zukünftiger Trends modifiziert wurden. Dieses Verfahren der Komponentenfortschreibung wird Jahr für Jahr bis zum Ende der Vorausberechnung fortgeschrieben. Hier zeigt sich, dass Bevölkerungsvorausberechnungen nur bei zutreffenden Annahmen Aussagen über die tatsächliche künftige Bevölkerung zulassen. Sichtbar werden jedoch Grundtendenzen aus der gegenwärtigen Bevölkerungsstruktur und Grenzen, die auch bei starken, aber doch als realistisch geltenden Veränderungen der Wanderungen, der Sterblichkeit und/oder der Fruchtbarkeit nicht überschritten werden.

Die bisherige Bevölkerungsentwicklung in Hessen

Die Qualität von Bevölkerungsvorausberechnungen hängt weitgehend von der Treffsicherheit der zugrunde liegenden Annahmen ab, sodass der Annahmenbildung über die weitere Entwicklung der Komponenten eine zentrale Bedeutung zukommt. Um den Realitätsgehalt abschätzen zu können, ist es wichtig, Klarheit über das Zustandekommen der Ergebnisse zu besitzen.

Schon seit 1987 mehr Ältere als Jüngere

Die Bevölkerungszahl Hessens hat von 1970 bis 2008 um 640 000 – dies entspricht in etwa der Größe der Metropole Frankfurt am Main – zugenommen. Der Gesamtsaldo dieses Zeitraums wird gebildet aus 2 136 000 Geborenen, 2 369 000 Gestorbenen sowie einem Zugzugsüberschuss von 874 000 Personen. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung stieg seither von 36,6 auf 43,0 Jahre. Zeitgleich gab es einen deutlichen Wandel

2) Der in der Fortschreibung überhöhte Bestand der hochbetagten 95-Jährigen oder Älteren wurde für die Vorausberechnung um rund 7700 Personen reduziert.

3) Für den Vergleich mit 1970 wurde hier die obere Altersgrenze 60 Jahre gewählt, da damals das übliche Renteneintrittsalter bei diesem Wert lag.

in der Zusammensetzung der Bevölkerung nach Altersgruppen: Einem Rückgang bei den unter 20-Jährigen in Höhe von 367 000 Personen stand eine Zunahme bei den 60-Jährigen oder Älteren in Höhe von 465 000 Einwohnern gegenüber. Seit 1987 leben in Hessen mehr ältere Menschen als jüngere.

Gleichzeitig nahm jedoch auch die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (oder kurz: Erwerbsfähige) zwischen 20 und 60 Jahren um 542 000 deutlich zu. Hatten Ende 1970³⁾ noch 2,8 Mill. Erwerbsfähige für 2,6 Mill. Personen aufzukommen, die noch nicht oder nicht mehr im Erwerbsleben standen, so veränderte sich diese Relation bis Ende 2008 auf 3,4 zu 2,7 Mill. Anders ausgedrückt: Die Belastungsquote der Erwerbsfähigen fiel von 92 auf 80 %. Vor allem die relativ stärkere Zunahme der Erwerbsfähigen führte zu dieser Entwicklung. Zur sozialen Entlastung trug aber auch bei, dass die zahlenmäßige Zunahme der Personen im Rentenalter (60 Jahre oder älter) durch die gleichzeitige Abnahme der Zahl der Jüngeren (unter 20 Jahre) zum großen Teil kompensiert wurde. Aus der Bevölkerungsstruktur ergibt sich allerdings das Dilemma, dass die günstige Entwicklung dann ins Gegenteil umschlägt, wenn der hohe Bestand an Erwerbsfähigen selbst ins Rentenalter kommt und aus dem kleineren Reservoir an Jüngeren zahlenmäßig nur unvollständig ersetzt wird. Dieser Prozess lässt sich seit 1993 beobachten: Von ihrem damaligen Tiefststand (69 %) hat die Belastungsquote seither kontinuierlich auf jetzt 80 % zugenommen.

Niedriges, seit 35 Jahren annähernd konstantes Geburtenniveau

Mit 69 500 lebend Geborenen gab es im Jahr 1970 die Spitze der Entwicklung im dargestellten Zeitraum. Im davor liegenden Jahrzehnt kamen in Hessen zwischen 1961 und 1968 allerdings jährlich über 80 000 Kinder zur Welt. Demografisch wird dieser Zeitraum auch als Jahrzehnt des Baby-Booms bezeichnet, denn niemals davor und danach sind diese Größenordnungen wieder erreicht worden. Gegenwärtig bewegt sich die Zahl der lebend Geborenen mit 51 800 (im Jahr 2008) wieder auf dem Niveau gegen Ende der Siebzigerjahre des vorigen Jahrhunderts. Der bisherige Tiefststand wurde 1985 mit 49 700 Geborenen registriert.

Die Geburtenzahl wird beeinflusst vom generativen Verhalten sowie vom Altersaufbau der Bevölkerung. In gewissem Umfang resultiert der Baby-Boom in den Sechzigerjahren aus den Bevölkerungsspitzen bei den Geburtsjahrgängen um 1940. Deutlicher kommt im Boom allerdings zum Ausdruck, dass damals die Zahl der Kinder je Frau mit etwa 2,5 deutlich über dem Niveau der Bestandserhaltung (2,1 Kinder je Frau) lag. Das Jahr 1970 fällt bereits in eine Phase starken Geburtenrückgangs. Den-

noch zeigt die für dieses Jahr berechnete Maßgröße von 1,93 Kindern je Frau noch einen vergleichsweise hohen Stand. Seit Mitte der Siebzigerjahre schwankt dieser Wert zwischen 1,2 und 1,4 Kindern je Frau. Deshalb ist die Zunahme der Geborenenzahl von 49 700 im Jahr 1985 bis auf über 63 000 in den Neunzigerjahren fast ausschließlich strukturbedingt. Denn die Generation der „Baby-Boomer“ aus den Sechzigerjahren erreichte in den Neunzigerjahren Altersklassen, in denen die meisten Kinder geboren werden, nämlich von Müttern im Alter zwischen 25 und 35. Gegenwärtig ist die Baby-Boomer-Generation zwischen 42 und 49 Jahre alt und hat damit ihre „reproduktive“ Lebensphase bald abgeschlossen. Dies lässt sich an den seit 1997 von Jahr zu Jahr sinkenden Geburtenzahlen deutlich ablesen. Daher ist auch in Zukunft bei weiter abnehmender Zahl der potenziellen Eltern mit zurückgehenden Geburtenzahlen zu rechnen.

Mit dem Rückgang der Fruchtbarkeitsziffer hat sich gleichzeitig die Altersphase mit den größten Geburtenhäufigkeiten kontinuierlich in höhere Altersstufen verschoben. Damit einhergehend hat sich die gesamte Verteilung gewandelt: Junge Mütter sind seltener, ältere häufiger als früher. Der Anstieg der Erstgeburten in älteren Altersjahren konnte jedoch den Rückgang der Geburten in den jüngeren Altersjahren nicht vollständig kompensieren. Denn mit zunehmendem Alter der Frauen bei der Geburt ihres ersten Kindes, sank auch der Anteil der Mütter mit 3 oder mehr Kindern geringfügig. Zudem stieg der Anteil der Frauen ohne Kinder leicht an, weil die in jüngerem Alter zunächst aufgeschobenen Geburten nicht realisiert wurden.

Geburtenziffer von 1,4 Kindern je Frau im Prognosezeitraum

Im Hinblick auf das relativ gleich bleibende Geburtenniveau in den zurückliegenden Jahren und in Anbetracht dessen, dass es zurzeit keine Anzeichen für eine Veränderung des generativen Verhaltens gibt, wird – analog zur 12. koordinierten Berechnung – für die künftige Entwicklung von der Fortsetzung des aktuellen Trends mit einer annähernd konstanten Geburtenrate von 1,4 ausgegangen.

Weitere Zunahme der durchschnittlichen Lebenserwartung

Die Lebenserwartung eines Neugeborenen im Land Hessen hat sich beim weiblichen Geschlecht von 1970 bis 2008 um 9,8 Jahre, beim männlichen um 11,3 Jahre erhöht. Im Hinblick auf eine schon gegenwärtig noch höhere Lebenserwartung in anderen hoch entwickelten Ländern der Welt und unter Berücksichtigung der

im Vergleich zu früheren Generationen verbesserten Lebensumstände sowie einer weiteren Verbesserung in der medizinischen Versorgung der Bevölkerung geht die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder von einer Zunahme der Lebenserwartung bis 2060 bei den Frauen um etwa 7 Jahre, bei den Männern um etwa 8 Jahre aus. Entsprechend wurde auch bei der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung von einer kontinuierlich ansteigenden Lebenserwartung auf die Zielwerte 2060 von etwa 89 Jahren bei den Frauen und gut 85 Jahren bei den Männern ausgegangen.

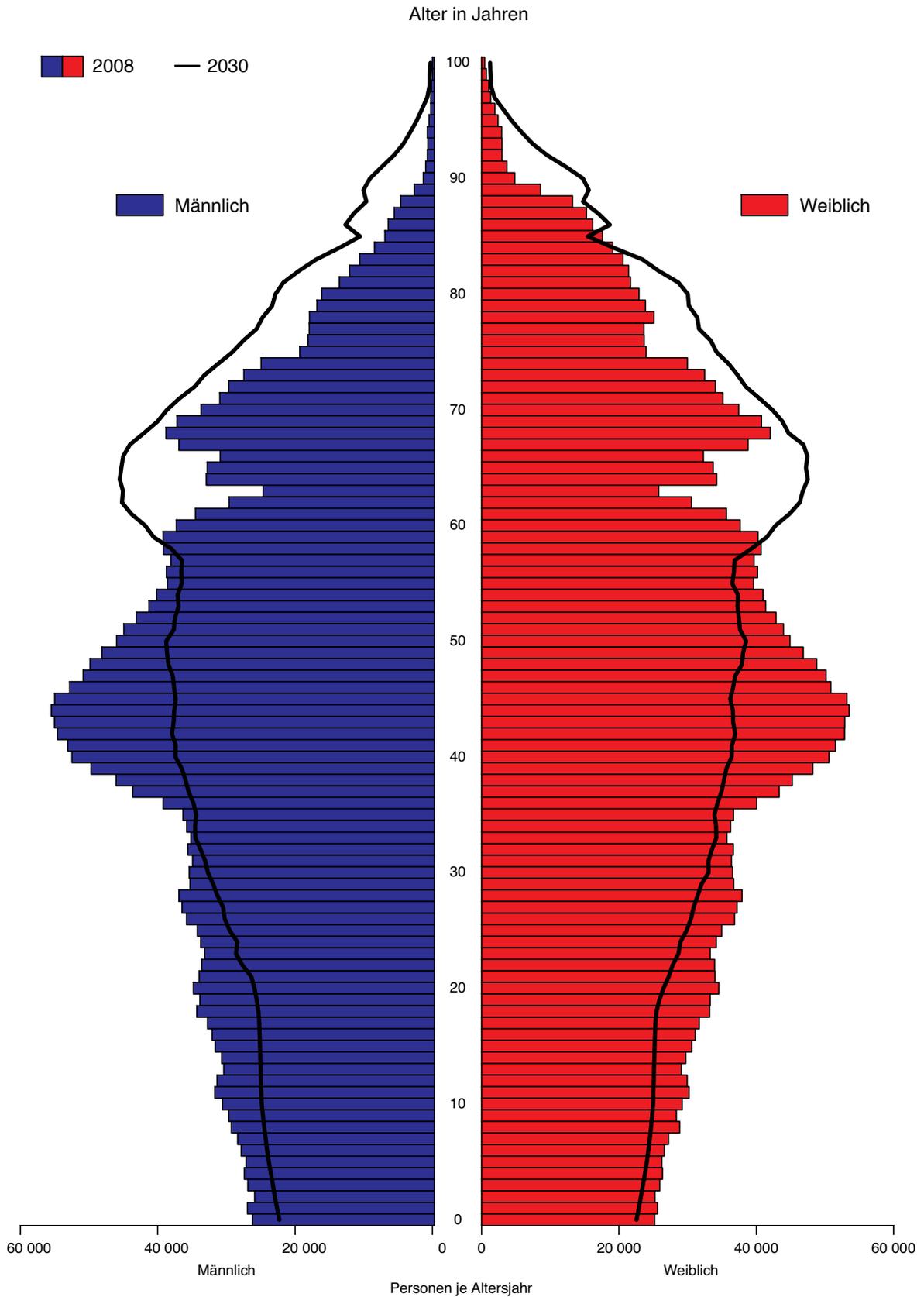
Stark schwankende Wanderungsbewegungen in der Vergangenheit

Gemessen am Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten minus Sterbefälle) und der Wanderungsbewegung (Zuzüge minus Fortzüge), war in den zurückliegenden Jahren die Bevölkerungsentwicklung in fast allen Jahren von Wanderungen dominiert. Im hier dargestellten Zeitraum ab 1970 gab es kurze Perioden mit niedrigen oder sogar negativen Wanderungssalden, denen längere Perioden mit hohen Zuwanderungsüberschüssen folgten. Welchen Variationsspielraum Wanderungen haben bzw. wie unvorhersehbar sie sein können, zeigt die massive Zuwanderung im Zuge der politischen Umwälzungen in den osteuropäischen Staaten Anfang der Neunzigerjahre. In den letzten Jahren war der Saldo aus Zu- und Fortzügen dagegen sehr niedrig, ja sogar zeitweise negativ. Dies war vor allem auf abgeschwächte Zuzüge der ausländischen Personen und der allmählich auslaufenden Zuströme von Spätaussiedlern zurückzuführen, sowie auf rückläufige innerdeutsche Ost-Westwanderungen, von denen seit der Wiedervereinigung viele nach Hessen führten. Des Weiteren gab es in jüngster Zeit, insbesondere bei Einführung der Steueridentifikationsnummer, vielerorts Melderegisterbereinigungen und im Zuge dessen „nachgeholte“ Abmeldungen nicht-deutscher Personen. Diese wurden in der Wanderungsstatistik folglich zeitverzögert als Fortzug ins Ausland verbucht und schlugen in den entsprechenden Jahren als Nettoabwanderung zu Buche. Dies hat die Schwierigkeiten, Wanderungsströme mit einer angestrebten Realitätsnähe zu finden, nicht verringert.

Auch künftig Wanderungsgewinne zu erwarten

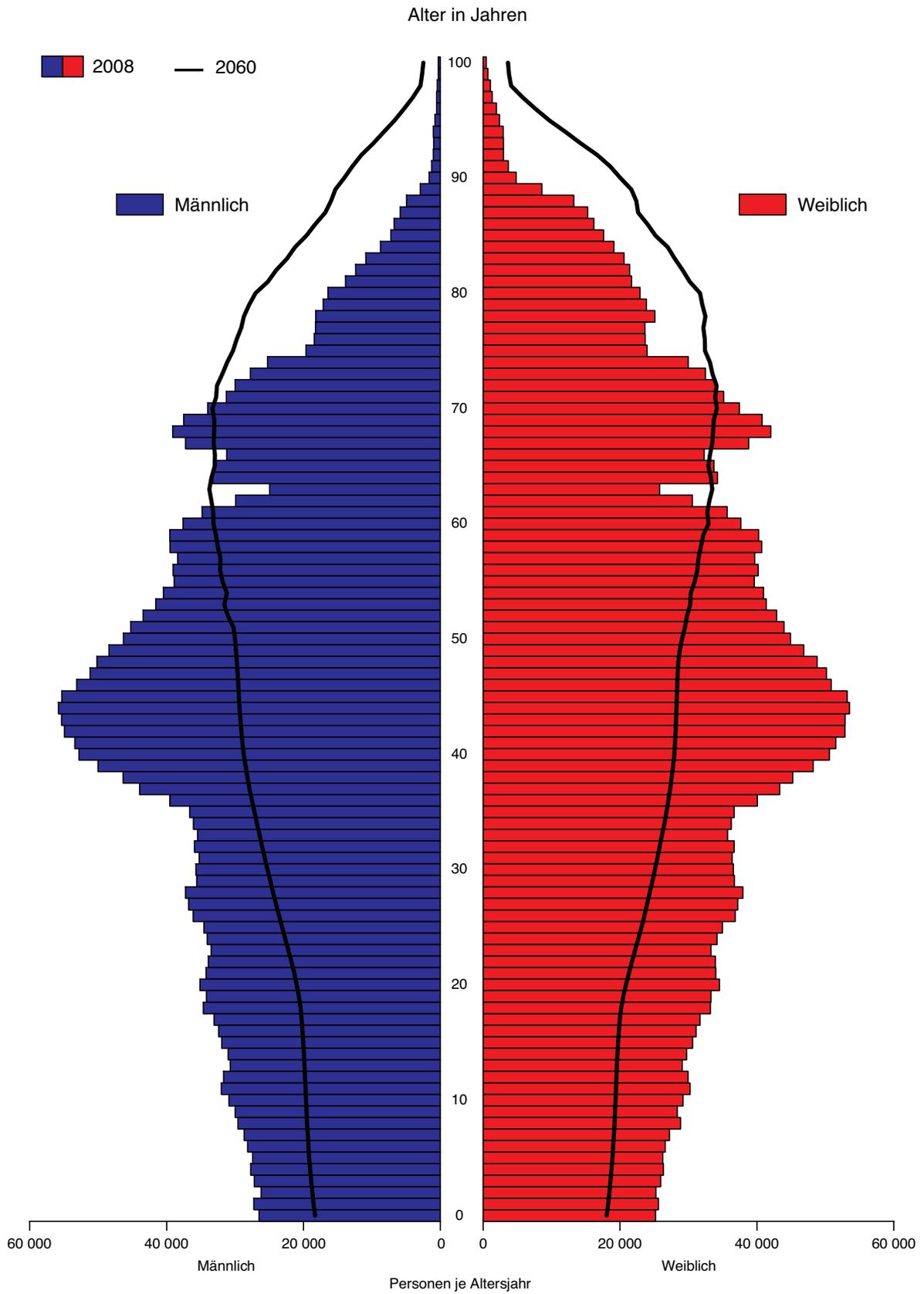
Um die grundsätzlichen Unsicherheiten in der Einschätzung künftiger Wanderungsströme innerhalb eines Korridors einzugrenzen, wurden bei der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung zwei Varianten festgelegt, die sich bei der Außenwanderung, den Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes, durch unterschiedlich hohe Ansätze unterscheiden. Beide Varianten rechnen ab 2010 wieder

Altersaufbau der Bevölkerung in Hessen am 31. Dezember 2008 und 2030
— 2030: Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung —



HSL 56/10

Altersaufbau der Bevölkerung in Hessen am 31. Dezember 2008 und 2060
— 2060: Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung —



HSL 57/10

mit allmählich steigenden Wanderungsgewinnen. In der einen Variante wird angenommen, dass der Wanderungssaldo auf Bundesebene auf 100 000 Personen im Jahr 2014 steigt und dann konstant bleibt. In der zweiten Variante werden ein Anstieg des jährlichen Wanderungssaldos auf 200 000 Personen bis zum Jahr 2020 und anschließende Konstanz unterstellt. Die Werte sind – wie immer bei den Wanderungsannahmen – nur als langjährige Durchschnitte zu interpretieren. Bei beiden Annahmen war nicht der aktuelle Wanderungssaldo ausschlaggebend. Im Vordergrund

**Bevölkerungsentwicklung in Hessen
2008 bis 2060 nach Altersgruppen
— Ergebnisse der 12. regionalisierten
Bevölkerungsvorausberechnung —**

Jahr	Bevölkerung insgesamt	davon im Alter von ... Jahren			
		unter 20	20 bis unter 45	45 bis unter 65	65 oder mehr
Grundzahlen (in 1000)					
1970	5 425	1 542	1 912	1 240	731
1980	5 601	1 421	2 064	1 244	871
1990	5 763	1 158	2 247	1 466	892
2000	6 068	1 248	2 241	1 576	1 004
2008	6 065	1 175	2 028	1 659	1 202
2010	6 037	1 140	1 952	1 737	1 207
2015	5 996	1 082	1 806	1 830	1 277
2020	5 946	1 035	1 766	1 799	1 346
2025	5 881	1 010	1 714	1 716	1 442
2030	5 797	984	1 651	1 587	1 575
2035	5 692	950	1 563	1 489	1 690
2040	5 567	904	1 491	1 456	1 715
2045	5 422	857	1 425	1 423	1 717
2050	5 259	819	1 370	1 371	1 699
2055	5 086	792	1 321	1 304	1 669
2060	4 916	772	1 273	1 241	1 631
Verhältniszahlen (in %)					
1970	100	28,4	35,2	22,9	13,5
1980	100	25,4	36,9	22,2	15,6
1990	100	20,1	39,0	25,4	15,5
2000	100	20,6	36,9	26,0	16,5
2008	100	19,4	33,4	27,4	19,8
2010	100	18,9	32,3	28,8	20,0
2015	100	18,1	30,1	30,5	21,3
2020	100	17,4	29,7	30,3	22,6
2025	100	17,2	29,1	29,2	24,5
2030	100	17,0	28,5	27,4	27,2
2035	100	16,7	27,5	26,2	29,7
2040	100	16,2	26,8	26,2	30,8
2045	100	15,8	26,3	26,2	31,7
2050	100	15,6	26,1	26,1	32,3
2055	100	15,6	26,0	25,6	32,8
2060	100	15,7	25,9	25,2	33,2

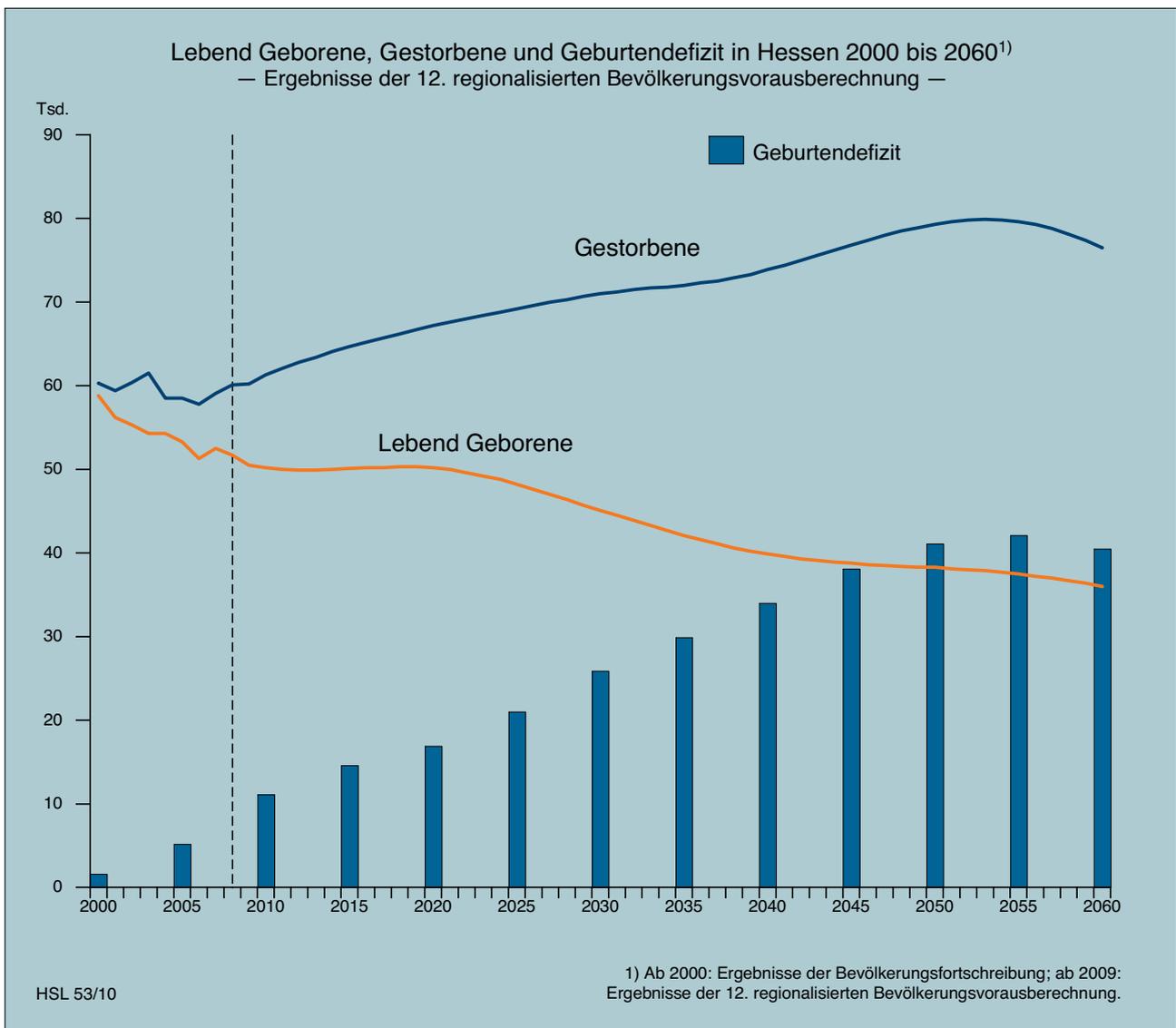
standen vielmehr der beobachtete langfristige Durchschnitt sowie die aus heutiger Sicht absehbaren Entwicklungen, die das künftige Wanderungsgeschehen beeinflussen können. Kurzfristig dürfte sich die ab 2011 geltende Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den Staaten, die 2004 der EU beigetreten sind, auswirken. Einer der langfristigen Einflussfaktoren dürfte die Alterung und Schrumpfung des Erwerbspersonenpotenzials in Deutschland sein. Bezüglich der Wanderungen zwischen den Bundesländern wird schon bald mit (weiter) rückläufigen Netozuzügen aus den neuen in die alten Bundesländer gerechnet, weil die Zuwanderung der durch die dann relativ schwach besetzten Geburtsjahrgänge der 20- bis unter 30-Jährigen an Volumen verliert. Nach 2030 werden die Wanderungsverflechtungen nicht mehr berücksichtigt, weil sie in starkem Maße von der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder abhängen und die aktuellen Fortzugsverhältnisse bis dahin voraussichtlich nicht mehr gelten.

Für die Vorausberechnung auf Länderebene wurden die Wanderungssalden auf Basis der bisherigen Wanderungsbewegungen im Stützzeitraum 2005/2007 verteilt. Auf Hessen entfielen nach Variante 1 pro Jahr durchschnittliche Zuwanderungssalden von 6600 Personen und nach Variante 2 durchschnittlich 13 000 Personen pro Jahr.

Ergebnisse

Nach den Ergebnissen der Bevölkerungsvorausberechnung Basis 2009 altert und schrumpft die Bevölkerung selbst bei hoher Zuwanderung in den nächsten Jahren immer deutlicher. Bei der Variante 2, mit einem jahresdurchschnittlichen Wanderungsgewinn von 13 000 Personen, ist bis 2030 mit einer Bevölkerungsabnahme um 133 000 auf gut 5,9 Mill. Einwohner zu rechnen. Bis 2060 wird die Bevölkerungszahl um 730 000 bzw. 12 % bis auf gut 5,3 Mill. Einwohner sinken. Bei Wanderungsgewinnen von durchschnittlich 6600 Personen pro Jahr, wird die Grenze von 6 Mill. Einwohnern, die 1995 überschritten worden war, bereits 2015 wieder unterschritten werden. Unter diesen Bedingungen werden um das Jahr 2030 mit knapp 5, 8 Mill. Einwohnern etwa 268 000 Menschen weniger im Lande leben als 2008. Bis 2060 wird die Bevölkerungszahl um 1,14 Mill. bzw. rund ein Fünftel bis auf rund 4,92 Mill. Einwohner schrumpfen (siehe auch Schaubild auf Seite 213).

Die weiteren Ausführungen beziehen sich auf die Variante 1, die nach derzeitigem Kenntnisstand aufgrund der niedrigeren Wanderungsannahmen als die Hauptvariante gesehen wird, und auch der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung zugrunde liegt.



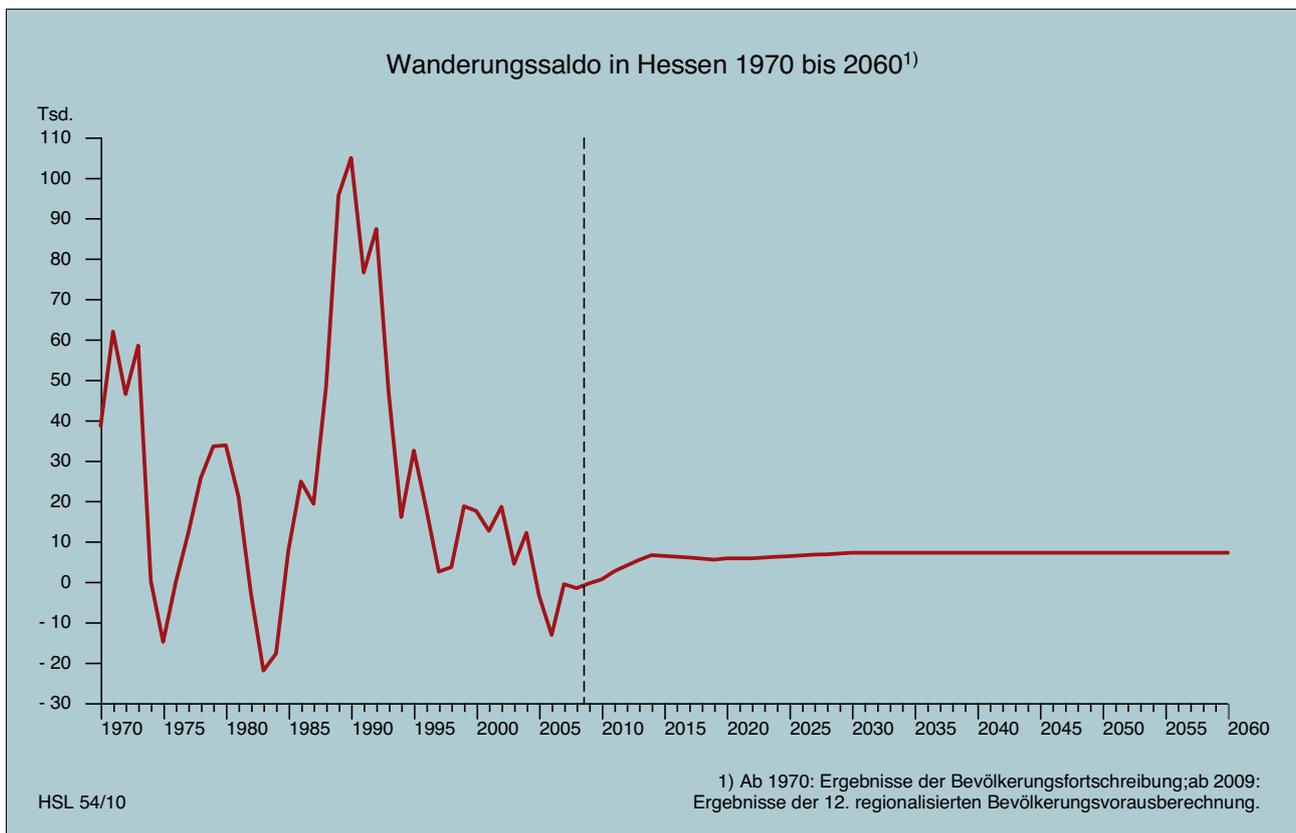
Natürliche Bevölkerungsbewegung

Bei dem in die Vorausberechnung eingeflossenen Geburtenniveau wird eine Generation durch die nachfolgende nur zu etwa zwei Dritteln ersetzt, sodass auch die Zahl der potenziellen Mütter abnimmt. Infolgedessen wird sich die Schere zwischen der Zahl der Geburten und derjenigen der Sterbefälle immer weiter öffnen. Die Entwicklung der Sterbefälle ist ebenfalls im aktuellen Altersaufbau der Bevölkerung vorgezeichnet. Entscheidend für die starke Zunahme ist, dass in den nächsten Jahren die relativ besser besetzten Geburtsjahrgänge aus dem Ende der Dreißigerjahre ein sehr hohes Alter erreichen werden und insbesondere die stark besetzten Jahrgänge der heute 36- bis 44-Jährigen im Vorausberechnungszeitraum in Altersgruppen mit höherem Sterberisiko „hineinwachsen“. Nach den Ergebnissen der Vorausberechnung werden im Jahr 2060 nur noch etwa 36 000 Kinder geboren, während mehr als doppelt so viele Menschen (ca. 77 000) sterben werden. Das Geburtendefizit pro Jahr wird von derzeit gut 8000 auf rund

26 000 im Jahr 2030 bis auf etwa 40 000 im Jahr 2060 ansteigen. In der Summe ergäbe sich für den Vorausberechnungszeitraum ein Geburtendefizit von 1,485 Mill.

Wanderungen

Die zunehmenden Sterbefallüberschüsse in der Bilanz aus Geborenen und Sterbefällen werden von Beginn an zu sinkenden Einwohnerzahlen führen, weil sie die erwarteten Wanderungsgewinne in immer stärkerem Maß übertreffen. Entsprechend den Annahmen der Variante 1 wird die Zahl der Nettozuwanderungen in Hessen von 2010 bis 2030 pro Jahr durchschnittlich 5900 betragen und ab 2030 bis 2060 ist mit einem Wanderungsgewinn von jährlich 7400 Personen zu rechnen. Im gesamten Vorausberechnungszeitraum läge der Wanderungsüberschuss bei insgesamt 344 000 Personen. Auf Landesebene ergibt sich durch die Wanderungsbewegungen ein Verjüngungseffekt, da die über die Landesgrenze zuziehenden Personen im Durchschnitt jünger sind als die Fortziehenden.



Stark fortschreitender Alterungsprozess der Bevölkerung

Der demografische Alterungsprozess, der sich aufgrund der natürlichen Bevölkerungsbewegung ergibt, wird zwar durch Zuwanderungen verzögert, kann aber nicht endgültig aufgehalten werden, da die Zugewanderten selbst auch älter werden. Bereits im Jahr 2020 wird es bei einer Abnahme der Gesamtbevölkerungszahl von knapp 2 % gegenüber 2008 deutliche Verschiebungen im Altersaufbau geben. Die Zahl der unter 20-Jährigen wird um etwa 12 % und die der Personen im Alter zwischen 20 bis unter 65 Jahren um 3 % abnehmen. Zunehmen wird dagegen die Zahl der 65-Jährigen oder Älteren, und zwar um 12 %. Bei längerfristiger Betrachtung sind die Veränderungen noch deutlicher, da insbesondere nach 2020 die geburtenstarken Jahrgänge aus den Sechzigerjahren in das Seniorenalter rücken. Bis 2060 nimmt die Gesamtbevölkerung um etwa 19 % ab. Die Gruppe der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 20 Jahren sowie Personen im Alter zwischen 20 bis unter 65 Jahren werden jeweils um etwa ein Drittel zurückgehen. Die Zahl der Einwohner im Alter von 65 oder mehr Jahren wird 2060 dagegen um rund 36 % größer sein als 2008. Der Anteil der nachwachsenden Generation wird voraussichtlich von gegenwärtig gut 19 auf rund 16 % im Jahr 2060 sinken. Der Bevölkerungsanteil der 20- bis unter 65-Jährigen wird im Berechnungszeitraum von 61 auf 51 % zurückgehen. Jeder Dritte wird 2060 voraussichtlich 65 Jahre oder älter sein, 2008 war

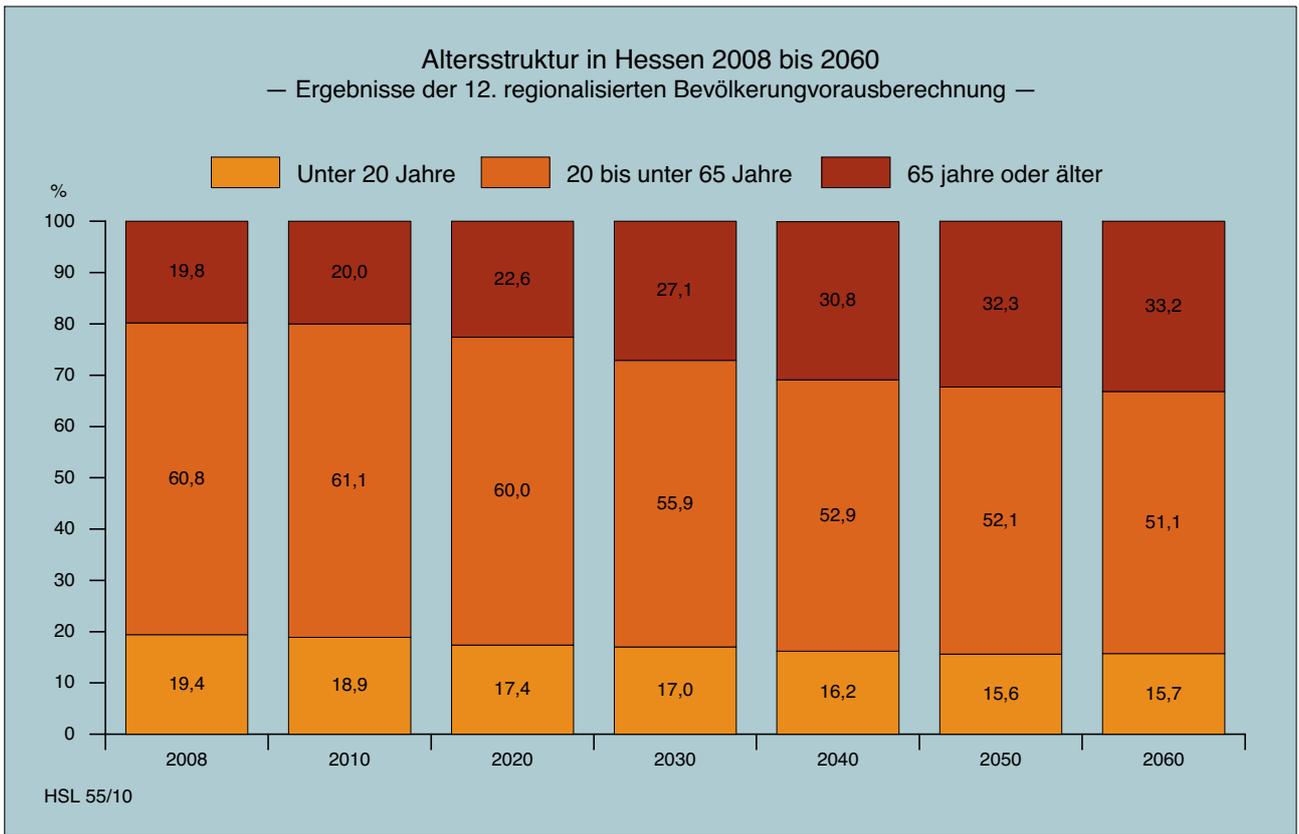
es jeder Fünfte. Damit wird es mehr als doppelt so viele ältere wie junge Menschen geben.

Die große Gruppe der 20- bis unter 65-jährigen Personen, die im Wesentlichen das Erwerbspersonenpotenzial stellt, wird sich zunächst nur wenig verändern. Von 3,69 Mill. im Jahr 2008 wird ihre Zahl bis 2020 auf 3,57 Mill. zurückgehen. Danach tritt eine beschleunigte Abnahme ein, sodass im Jahr 2038 die 3-Mill.-Grenze unterschritten wird. Um 2060 wird die Zahl der 20- bis unter 65-Jährigen mit 2,51 Mill. den gegenwärtigen Stand um 1,18 Mill. unterschreiten.

Das Erwerbspersonenpotenzial nimmt aber nicht nur deutlich ab, sondern es zeigt sich zudem eine Verschiebung in Richtung höherer Altersgruppen. 2008 überwog der jüngere Teil (20- bis unter 45-Jährige) den älteren (45- bis unter 65-Jährige) mit 2,03 Mill. zu 1,66 Mill. Während die Zahl der Jüngeren kontinuierlich bis 2060 auf 1,27 Mill. sinken wird, wird die Zahl der 45- bis unter 65-Jährigen zunächst noch bis auf rund 1,83 Mill. zunehmen. Etwa ab 2017 ist auch ihre Zahl rückläufig, und etwa 2025 werden sich beide Gruppen die Waage halten. Um das Jahr 2060 werden dann 1,27 Mill. Jüngere 1,24 Mill. Älteren gegenüberstehen.

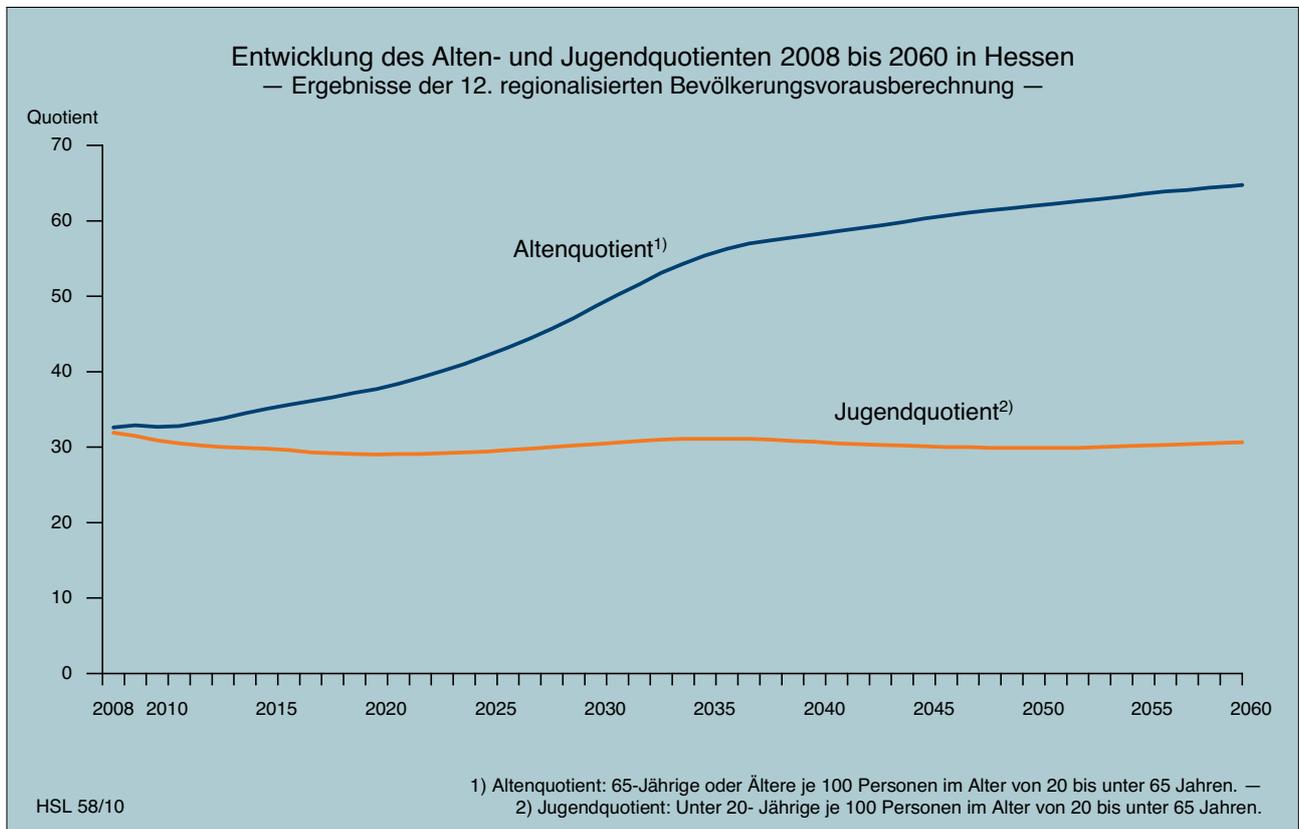
Langfristig steigende „Unterhaltslasten“ auch bei Erhöhung des Renteneintrittsalters

Mit Blick auf das gegenwärtige System der gesetzlichen Sozialversicherungen sind besonders die strukturellen



Verschiebungen von Bedeutung, die sich zwischen der mittleren, im erwerbsfähigen Alter stehenden Generation auf der einen Seite und der nicht erwerbsfähigen älteren sowie der jüngeren Generation auf der anderen Seite ergeben werden. Anhand der sogenannten Be-

lastungsquotienten können Aussagen über die voraussichtliche Entwicklung der durchschnittlichen Zahl der Kinder, Jugendlichen und Älteren, für die jeweils 100 Personen im erwerbsfähigen Alter aufkommen müssen, gewonnen werden. Der Gesamtlastquotient lag 2008



Jugend-, Alten- und Gesamtlastquotient bei unterschiedlichen Altersgrenzen in Hessen bis 2060
 — Ergebnisse der 12. regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung —

Jahr	Jugendquotient			Altenquotient			Gesamtlastquotient		
	60 Jahre	65 Jahre	67 Jahre	60 Jahre	65 Jahre	67 Jahre	60 Jahre	65 Jahre	67 Jahre
2008	34,9	31,9	30,8	45,4	32,6	28,1	80,3	64,5	58,8
2010	34,2	30,9	30,0	47,0	32,7	28,7	81,2	63,6	58,7
2015	33,2	29,8	28,6	50,7	35,1	29,8	83,9	64,9	58,4
2020	32,9	29,0	27,9	56,2	37,7	32,3	89,1	66,8	60,2
2025	34,2	29,4	28,1	64,8	42,1	35,4	98,9	71,5	63,4
2030	35,3	30,4	28,7	72,7	48,7	40,6	108,0	79,1	69,3
2035	35,4	31,1	29,5	76,8	55,4	47,3	112,3	86,5	76,8
2040	35,0	30,7	29,3	80,3	58,2	51,1	115,3	88,9	80,4
2045	34,4	30,1	28,7	83,4	60,3	52,6	117,8	90,4	81,3
2050	34,3	29,9	28,4	86,1	62,0	54,2	120,5	91,9	82,6
2055	34,7	30,2	28,7	88,0	63,6	55,4	122,7	93,7	84,0
2060	35,4	30,7	29,2	89,9	64,9	56,7	125,3	95,6	85,9

bei einem Renteneintrittsalter von 65 Jahren bei 64, d. h. 100 erwerbsfähige Personen zwischen 20 und 65 Jahren hatten die Unterhaltslasten von gut 64 Kindern, Jugendlichen und Älteren zu tragen. Der Quotient dürfte sich bis 2020 leicht auf knapp 67 erhöhen, 2030 wird er voraussichtlich bei etwa 79 liegen und dann auf rund 96 im Jahr 2060 steigen. Der Anstieg des Gesamtlastquotienten ist ausschließlich auf die Entwicklung des Altersquotienten zurückzuführen. Dieser dürfte sich von gut 32 im Jahr 2008 bis auf etwa 38 im Jahr 2020 erhöhen, 2030 läge er bei 49 und bis 2060 voraussichtlich bei 65. Damit ständen 65 nicht mehr erwerbsfähige Ältere 100 Personen im erwerbsfähigen Alter von 20

bis unter 65 Jahren gegenüber. Der Jugendquotient der noch nicht erwerbsfähigen unter 20-Jährigen wird dagegen zunächst von rund 32 auf 29 im Jahr 2020 sinken und anschließend wieder leicht auf etwa 31 im Jahr 2060 ansteigen.

Durch Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre ergibt sich ein deutlich niedrigerer Altenquotient. Die demografische „Belastung“ der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter durch die nicht mehr Erwerbstätigen steigt bei einem Renteneintrittsalter von 67 Jahren bis 2020 moderat an (auf knapp 38). Langfristig (bis 2060) nimmt die „Belastung“ auch bei hoher Altersgrenze stark zu (auf rund 57).

Welche Faktoren beeinflussen die Konsumausgaben der privaten Haushalte?

Analyse und Erklärung der privaten Konsumausgaben sind innerhalb der Makroökonomik wichtige Aufgaben. Denn die Nachfrage der privaten Haushalte nach Konsumgütern macht einen wesentlichen Teil der Gesamtnachfrage aus. Diese wiederum hat einen bedeutenden Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Produktion und somit auf das Bruttoinlandsprodukt. Welche Faktoren beeinflussen also die Konsumausgaben der privaten Haushalte? Ausgangspunkt der Untersuchung ist zunächst die Darstellung des Niveaus und der Entwicklung der privaten Konsumausgaben und deren Anteil am verfügbaren Einkommen. Auch wird untersucht, welche gesamtwirtschaftlichen Wirkungen von den Konsumausgaben der privaten Haushalte ausgehen. Weiterhin wird gezeigt, dass die – insbesondere in den letzten Jahren – festgestellte Konsumschwäche auf verschiedene Einflussgrößen zurückgeführt werden kann. Hierbei spielen die nachlassende Wirtschaftsleistung nach dem IT-Boom und die damit einhergehende rückläufige Arbeitsmarktentwicklung eine Rolle. Hinzu kamen Preissteigerungen der Warengruppen Energie und Nahrung, die die Konsumausgaben belasteten. Außerdem hat sich die Einkommensverteilung hin zu Bevölkerungsgruppen mit einer höheren Sparquote verschoben. Weiterhin gibt es Änderungen im Sparverhalten, für die sowohl Vorsichts- als auch Vorsorgeaspekte ausschlaggebend gewesen sein dürften. Vermögensaspekte spielen dagegen eine untergeordnete Rolle. Ausführliche Definitionen der dargestellten Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und Erläuterungen zur Berechnungsmethodik sowie den Einkommenshypothesen runden die Ausführungen ab.

Entwicklung der Konsumausgaben der privaten Haushalte

Die preisbereinigten Konsumausgaben der privaten Haushalte in Hessen sind im Zeitraum von 1991 bis 2008 von 77,9 Mrd. auf 97,0 Mrd. Euro gestiegen, das entspricht einer Zunahme von 24,6 %. Im Vergleich dazu wuchs das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt mit 25,6 % geringfügig stärker. In nominaler Rechnung nahmen die Konsumausgaben der privaten Haushalte im gleichen Zeitraum um 57,9 % zu und erreichten im Jahr 2008 ein Niveau von knapp 108 Mrd. Euro; damit gab im Jahr 2008 rechnerisch jeder Einwohner Hessens 17 800 Euro für den Konsum aus, 1991 waren es noch 11 800 Euro.

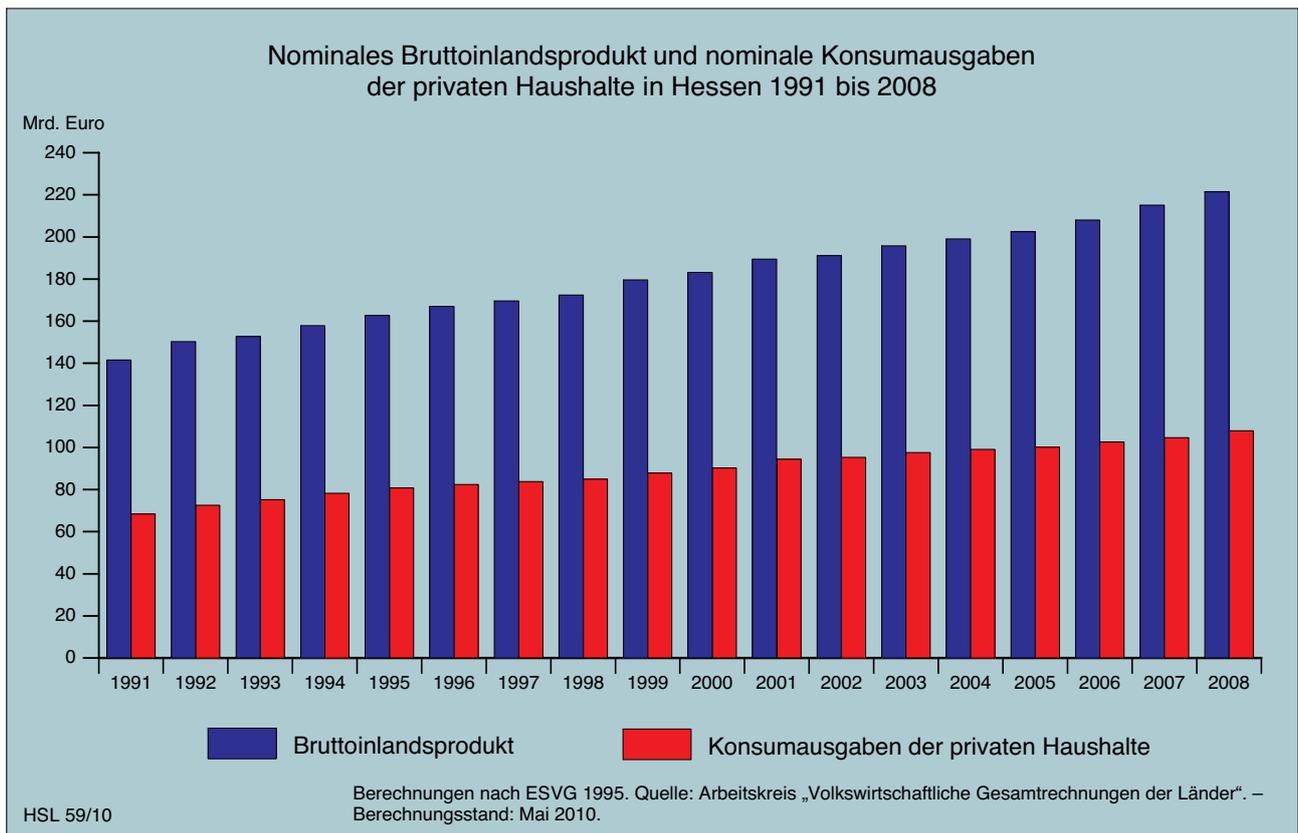
Als private Konsumausgaben werden die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke bezeichnet. Neben den tatsächlichen Käufen, zu denen u. a. Entgelte für häusliche Dienste gehören, wird auch der Konsum einbezogen, der nicht mit einem eindeutig abgegrenzten Güterkauf verbunden ist. Hierzu zählen zum Beispiel der Erwerb von Finanzdienstleistungen, indirekte Messung (FISIM)¹⁾,

1) FISIM ist die Abkürzung des englischen Begriffs „Financial Intermediation Services, Indirectly Measured“, ins Deutsche übersetzt „Finanzserviceleistungen, indirekte Messung“. Die FISIM umfassen die modellhaft ermittelten indirekten Entgelte der Banken aus dem Kredit- und Einlagengeschäft, die diese neben den direkt erzielten Umsätzen in Form von z. B. Kontoführungs- und Safegebühren erzielen. FISIM werden den Wirtschaftssubjekten zugerechnet, die Bankdienstleistungen in Anspruch nehmen (Einleger und Kreditnehmer), können aber auch von Wirtschaftseinheiten im Produktionsprozess als Vorleistungen verwendet werden.

Veränderungsrate der Konsumausgaben der privaten Haushalte und des Bruttoinlandsprodukts sowie Konsumquote in Hessen 1991 bis 2008
(Angaben in %)

Jahr	Konsumausgaben der privaten Haushalte (preisbereinigt)	Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt)	Konsumquote ¹⁾
	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr		
1991	.	.	48,3
1992	2,9	2,0	48,3
1993	1,0	- 1,8	49,2
1994	1,7	1,0	49,6
1995	1,9	1,3	49,6
1996	1,2	2,4	49,4
1997	0,3	1,5	49,4
1998	0,9	1,4	49,3
1999	3,0	3,3	48,9
2000	1,9	3,4	49,3
2001	3,1	1,7	49,8
2002	- 0,1	- 1,0	49,9
2003	1,0	0,5	49,9
2004	0,5	0,4	49,8
2005	- 0,1	1,0	49,4
2006	1,6	2,7	49,3
2007	0,4	2,1	48,7
2008	0,9	1,3	48,8

1) Anteil der nominalen Konsumausgaben der privaten Haushalte am nominalen Bruttoinlandsprodukt. Berechnungen nach ESVG 1995. Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“. – Berechnungsstand: Mai 2010.



der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen und kleiner Reparaturen in den Wohnungen, sogenannte Naturalentgelte für Arbeitnehmer (z. B. Deputate) sowie Aufwendungen für die Verpflegung und Bekleidung der Bundeswehr. Von den Prämien der privaten Haushalte an Lebens-, Schadens-, private Unfall- und Krankenversicherungsunternehmen geht nur das darin enthaltene Dienstleistungsentgelt in den privaten Konsum ein. Das Gleiche gilt für Ausgaben der privaten Haushalte für Lotto, Toto u. Ä. Der Konsum auf Geschäftskosten wird nicht zu den Konsumausgaben der privaten Haushalte gerechnet, sondern zu den Vorleistungen.

In den privaten Konsumausgaben sind auch die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck – das sind beispielsweise Gewerkschaften, Fachverbände, politische Parteien, Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie soziale und kulturelle Vereinigungen wie etwa Sport- und Freizeitvereine – enthalten. Sie bestehen aus dem Eigenverbrauch, d. h. aus dem Wert der von diesen Organisationen produzierten Güter, abzüglich selbst erstellter Anlagen und Verkäufe, sowie den Ausgaben für Güter, die als soziale Sachtransfers den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden.

Zwischen dem Bruttoinlandsprodukt und den Konsumausgaben der privaten Haushalte besteht ein enger Zusammenhang. Im Zeitraum von 1991 bis 2008 betrug die Spannweite des Anteils der privaten Konsumausgaben am Bruttoinlandsprodukt, der sogenannten Konsum-

quote, nur max. 1,6 Prozentpunkte. Im Jahr 1991 lag der Anteilswert bei 48,3 % und stieg bis zum Jahr 1995 auf 49,6 % an. Danach folgte ein kontinuierlicher Rückgang bis zum Jahr 1999 auf 48,9 %. Nach einer Aufwärtsbewegung bis zum Jahr 2003 (49,9 %), folgte ein erneuter Rückgang. Die Konsumquote sank auf unter 49 % am aktuellen Rand. Insgesamt stellen die Konsumausgaben der privaten Haushalte die quantitativ bedeutendste Komponente der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage dar.

Auch wird ein Teil der Konsumgüter, die die privaten Haushalte für den Verbrauch erhalten, über den Staat finanziert. Dazu zählen beispielsweise die öffentlichen Ausgaben für das Unterrichts- und Gesundheitswesen, für die soziale Sicherung oder etwa die Kultur. Diese Ausgabenanteile sollen im vorliegenden Beitrag jedoch nicht betrachtet werden, da diese nicht in der direkten Disposition der privaten Haushalte liegen.

Neben den Konsumausgaben der privaten Haushalte umfasst die Verwendungsrechnung weitere Komponenten, und zwar die Konsumausgaben des Staates, die Bruttoanlageinvestitionen und den Restposten. Auch diese sind nicht Gegenstand des vorliegenden Beitrags. Der Restposten entsteht dadurch, dass die regionalen VGR nicht als geschlossenes Kreislaufsystem dargestellt werden können. Während auf nationaler Ebene die Verwendung des BIP vollständig durch die Aggregate der inländischen Verwendung – Konsumausgaben der privaten Haushalte und des Staates sowie Bruttoanlageinvestitionen – und den Außenbeitrag dargestellt werden,

Berechnungsmethode der Ergebnisse der Konsumausgaben der privaten Haushalte

Die Berechnung der **Konsumausgaben der inländischen privaten Haushalte** stellt einen direkten Bezug zum verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dar. Die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) bilden die Hauptgrundlage für diese Berechnungen.

Aus den Ergebnissen der EVS werden gebietsspezifische Konsumquoten der Haushalte in 7 Einkommensgrößengruppen für die beiden Großraumregionen, d. h. für die alten und die neuen Bundesländer, getrennt berechnet. Aus den gebietsspezifischen Konsumquoten werden mittels Angaben aus dem Mikrozensus über die Zahl der Haushalte nach diesen 7 Einkommensgrößengruppen der Bundesländer Konsumquoten für die einzelnen Bundesländer ermittelt. Diese Konsumquoten werden anschließend auf der Länderebene auf das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte abgestimmt. Daraufhin erfolgt die Abstimmung der länderspezifischen Konsumausgaben der inländischen privaten Haushalte auf das Bundesergebnis.

Das Bundesergebnis der **Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck** wird mittels der durchschnittlichen Bevölkerung auf die einzelnen Bundesländer geschlüsselt. Dabei wird unterstellt, dass zwischen der Inanspruchnahme der Leistungen von den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck durch private Haushalte und der Wohnbevölkerung eine Korrelation besteht.

Die **Konsumausgaben der privaten Haushalte** errechnen sich aus der Summe der Konsumausgaben der inländischen privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Da die EVS nur in größeren Zeitabständen, d. h. alle 5 Jahre, durchgeführt wird, muss in den Zwischenjahren bis zum Vorliegen der neuen Ergebnisse mit den Quoten der letztverfügbaren EVS weitergerechnet werden. Diese werden jedoch mithilfe länderspezifischer Haushaltsstrukturen aus dem Mikrozensus jährlich aktualisiert. Liegen die Ergebnisse der nächsten EVS vor, wird eine originäre Berechnung der privaten Konsumausgaben durchgeführt. Dabei werden die ermittelten gebietsspezifischen Konsumquoten der 7 Einkommensklassen der privaten Haushalte durch lineare Interpolation geglättet.

Die Ergebnisse der Konsumausgaben der privaten Haushalte werden in jeweiligen Preisen erstellt. Die Deflationierung der nominalen Ergebnisse erfolgt i. d. R. mithilfe länderspezifischer Verbraucherpreis-

dizes getrennt für die beiden Rechenbereiche „Konsumausgaben der inländischen privaten Haushalte“ sowie „Konsumausgaben der Organisationen ohne Erwerbszweck“. Die preisbereinigten Konsumausgaben werden durch Addition der beiden Teilbereiche errechnet.

Aufgrund der aufwendigen Berechnungsmethodik, der relativ spät zur Verfügung stehenden Basisdaten und der Abstimmungsprozesse erfolgt die Veröffentlichung der Länderergebnisse erst 17 Monate nach Ablauf des Berichtsjahres.

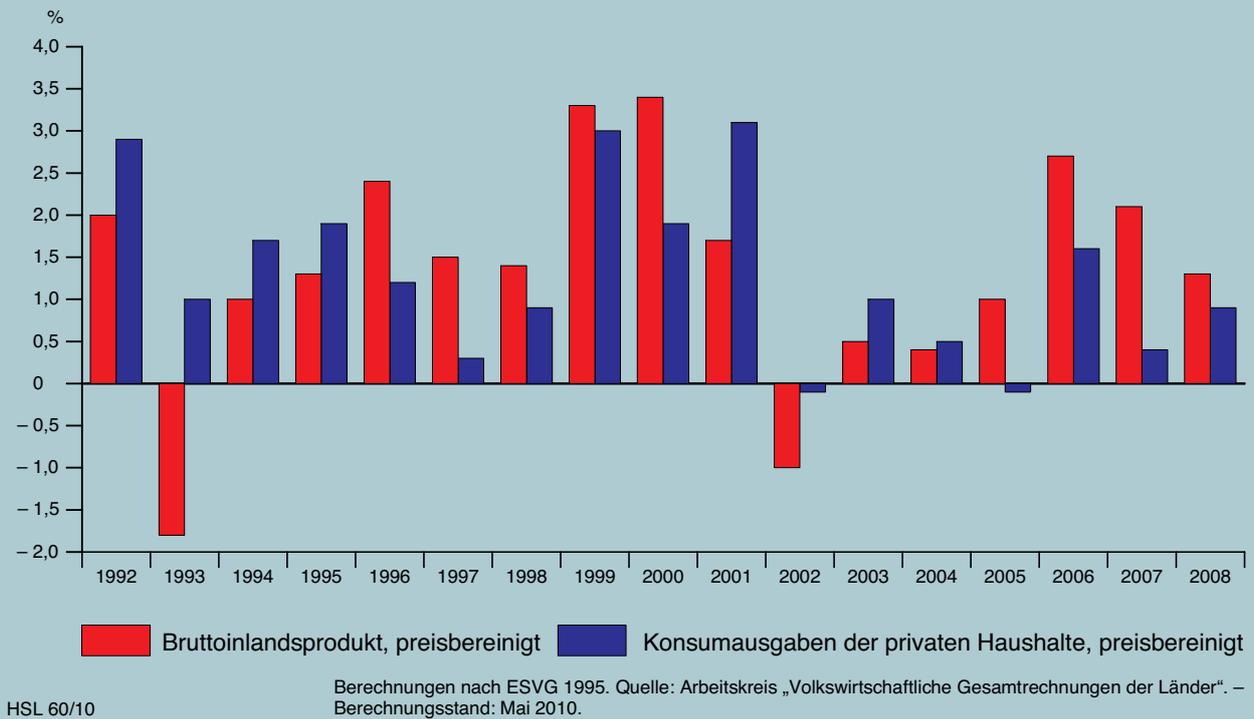
sind diese Aggregate in der regionalen VGR zum Teil nicht vollständig bzw. nicht regional abgrenzbar. Deshalb ergibt sich rechnerisch aus dem Bruttoinlandsprodukt und den regional ermittelbaren Teilen der Verwendungsrechnung der Restposten, der im Wesentlichen die Vorratsveränderungen und den regionalen Außenbeitrag beinhaltet.

Betrachtet man nicht die Niveaus, sondern die Entwicklung der beiden Aggregate, so nahm von 1991 bis 2008 das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt jahresdurchschnittlich um 1,35 % zu und damit stärker als die preisbereinigten Konsumausgaben der privaten Haushalte, die im Jahresdurchschnitt um 1,30 % stiegen. Insbesondere am aktuellen Rand, d. h. ab dem Jahr 2005, konnte der private Konsum nicht mit den Zuwächsen der Wirtschaftsentwicklung Schritt halten und entwickelte sich deutlich schwächer als die gesamtwirtschaftliche Leistung.

Wachstumsbeitrag der privaten Konsumausgaben: Anzeichen der Konsumschwäche

Die ausschließliche Betrachtung der Veränderungsrate liefert nur beschränkt Anhaltspunkte zur tatsächlichen Rolle, die einer Verwendungskomponente des Bruttoinlandsprodukts zukommt. Zu berücksichtigen sind nicht nur die Entwicklung, sondern auch deren Gewicht innerhalb der volkswirtschaftlichen Leistung. Aufgrund der Niveaus der Konsumausgaben der privaten Haushalte – sie machen wie oben dargestellt etwa die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts aus – können auch geringfügige Änderungen einen wesentlichen Einfluss auf das Bruttoinlandsprodukt ausüben. Mit dem Wachstumsbeitrag können sowohl die Entwicklung als auch die Bedeutung, d. h. das Gewicht einer Komponente des Bruttoinlandsprodukts, ausgedrückt werden. Er errechnet sich im vorliegenden Fall durch Multiplikation der preisbereinigten Veränderungsrate der Konsumausgaben der privaten Haushalte der Berichtsperiode mit dem nominalen Anteil dieser Konsumausgaben am Bruttoinlandsprodukt der Vorperiode und zeigt den Anteil dieses Verwendungsaggregats in Prozentpunkten am realen BIP-Zuwachs gegenüber der Vorperiode.

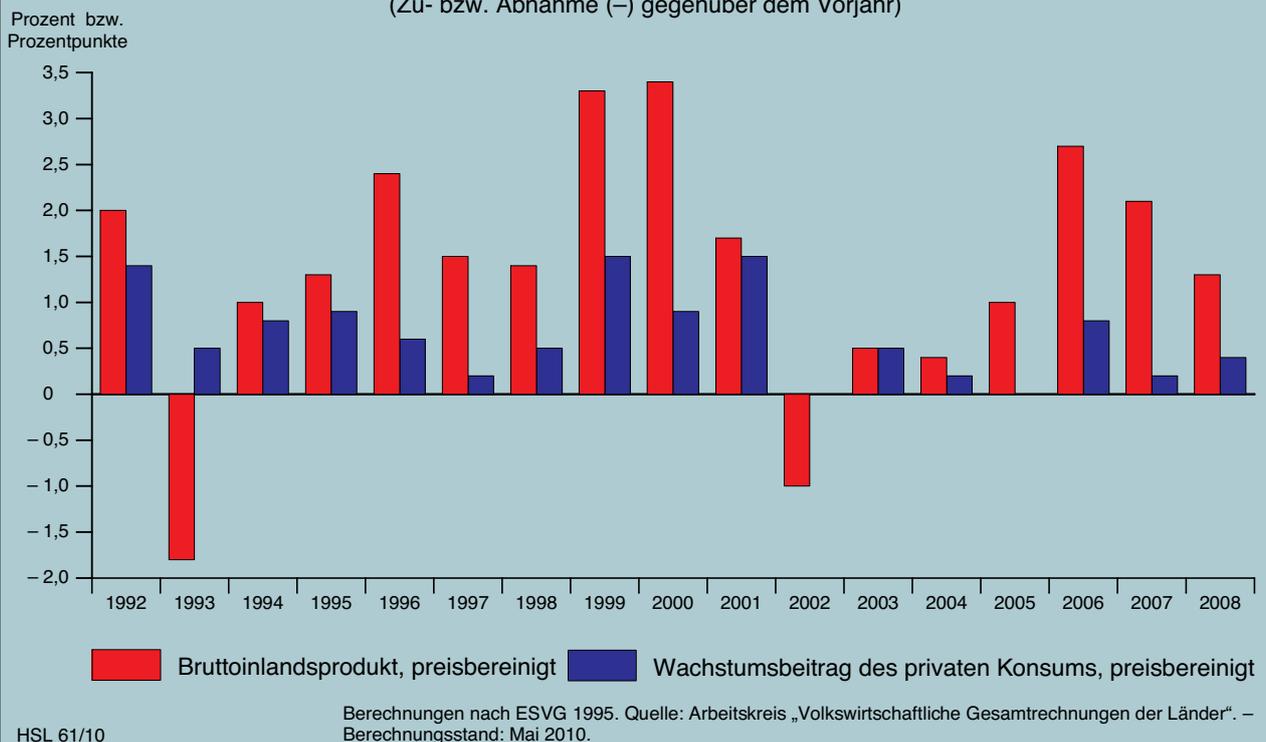
Konsumausgaben der privaten Haushalte (preisbereinigt) und Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) in Hessen 1992 bis 2008 (Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr)



Die Konsumausgaben der privaten Haushalte leisteten in den meisten der Jahre von 1991 bis 2008 einen positiven Beitrag zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts.

Ausnahmen bildeten die Jahre 2002 und 2005, in denen der Beitrag der privaten Konsumausgaben im Vergleich zum Vorjahr jeweils negativ war. Auffallend ist, dass in

Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt, in %) und Wachstumsbeitrag der Konsumausgaben der privaten Haushalte (preisbereinigt) zum Bruttoinlandsprodukt (in Prozentpunkten) in Hessen 1992 bis 2008 (Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr)



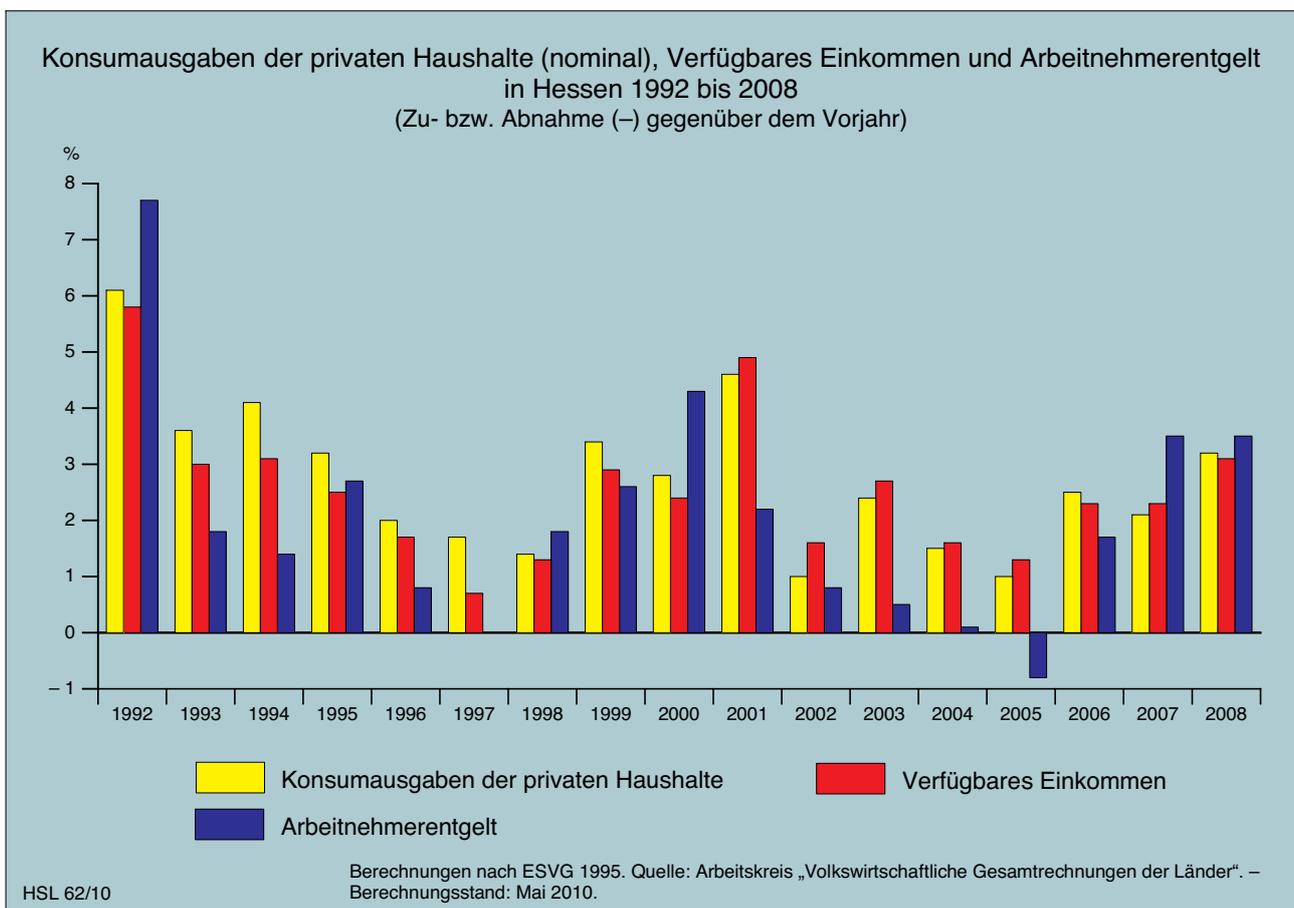
wachstumsstarken Jahren, in denen das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um mehr als 2 % anstieg, der Wachstumsbeitrag der Konsumausgaben der privaten Haushalte nicht einmal die Hälfte dessen betrug. In den Jahren von 2004 bis 2007 leisteten die privaten Konsumausgaben nur geringe Wachstumsbeiträge, die nicht einmal 0,5 Prozentpunkte betragen. Ausnahme bildete das Jahr 2006: Die höheren Konsumausgaben und der damit verbundene etwas stärkere Wachstumsbeitrag von 0,8 Prozentpunkten ist mit Vorzieheffekten im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuererhöhung von 16 auf 19 % im Jahr 2007 zu sehen.

Insgesamt wird deutlich, dass die Wachstumsbeiträge des privaten Konsums zum preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt selbst in Phasen eines robusten Wirtschaftswachstums relativ gering im Vergleich zur Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts ausgeprägt sind. Besonders am aktuellen Rand kann eine deutliche Konsumschwäche ausgemacht werden. Dies bedeutet, dass die anderen Verwendungen des Bruttoinlandsprodukts deutlich stärker als der private Konsum zur gesamtwirtschaftlichen Leistung beigetragen haben. Daher stellt sich die Frage nach den Gründen bzw. Bestimmungsfaktoren für diese Entwicklung. Diese sind vielfältig und sollen im Folgenden dargestellt werden.

Einkommen als Erklärung für die Konsumentwicklung

Das **Verfügbare Einkommen** stellt die finanzielle Basis der privaten Konsumausgaben dar. Zum Verfügbaren Einkommen zählen alle Einkommen aus selbstständiger und unselbstständiger Arbeit sowie aus Vermögen, ferner empfangene laufende Transfers abzüglich geleisteter Transfers und Zinsen auf Hypotheken- und Konsumentenkredite. Zu den empfangenen laufenden Transfers gehören alle Geldleistungen der gesetzlichen Sozialversicherungen (Rente, Arbeitslosengeld sowie der Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung), öffentliche Pensionen und betriebliche Altersversorgung, Leistungen im Rahmen der Grundsicherung (Sozialhilfe, Hartz IV) sowie eine Vielzahl weiterer staatlicher Geldleistungen wie beispielsweise Kinder- und Erziehungsgeld oder Wohngeld. Geleistete Transfers enthalten vor allem jegliche Formen der Einkommensteuer und Sozialbeiträge an gesetzliche wie auch private Sozialversicherungssysteme. Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte entspricht damit dem Einkommen, das die privaten Haushalte für Konsum- und Sparzwecke verwenden können.

Im Zeitraum von 1992 bis 2008 wiesen die Konsumausgaben der privaten Haushalte und das Verfügbare Einkommen hinsichtlich ihrer Veränderungsraten einen



Verfügbares Einkommen, private Konsumausgaben,
Arbeitnehmerentgelt, Erwerbstätige sowie
Arbeitsvolumen in Hessen 1992 bis 2008
(Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber dem Vorjahr in %)

Jahr	Konsumausgaben der privaten Haushalte (preisbereinigt)	Verfügbares Einkommen	Arbeitnehmerentgelt	Erwerbstätige	Arbeitsvolumen
1992	2,9	5,8	7,7	1,3	.
1993	1,0	3,0	1,8	-1,0	.
1994	1,7	3,1	1,4	-0,7	.
1995	1,9	2,5	2,7	-0,4	.
1996	1,2	1,7	0,8	0,2	.
1997	0,3	0,7	0,0	-0,2	.
1998	0,9	1,3	1,8	0,9	.
1999	3,0	2,9	2,6	1,4	1,2
2000	1,9	2,4	4,3	2,3	1,4
2001	3,1	4,9	2,2	1,1	0,3
2002	– 0,1	1,6	0,8	-0,4	-1,0
2003	1,0	2,7	0,5	-1,2	-1,6
2004	0,5	1,6	0,1	0,4	0,9
2005	– 0,1	1,3	-0,8	-0,3	-0,6
2006	1,6	2,3	1,7	0,4	0,1
2007	0,4	2,3	3,5	1,4	1,3
2008	0,9	3,1	3,5	1,1	0,7

Berechnungen nach ESVG 1995. Quellen: Arbeitskreise „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“. – Berechnungsstand: Mai 2010.

weitgehend parallelen Verlauf auf. Aufgrund der oben festgestellten schwächeren Entwicklung des privaten Konsums im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt kann daraus geschlossen werden, dass mit der Entwicklung des verfügbaren Einkommens auch die Konsumententwicklung erklärt wird. Das verfügbare Einkommen bildet das Einkommen nach der staatlichen Umverteilung ab. Es stellt sich somit die Frage, ob das **Arbeitnehmerentgelt** einen ähnlichen Verlauf wie das verfügbare Einkommen aufweist und wie es sich im Vergleich zu den privaten Konsumausgaben entwickelt hat.

Das Arbeitnehmerentgelt setzt sich aus den Bruttolöhnen und -gehältern zusammen. Es beinhaltet sämtliche Geld- und Sachleistungen, die von Arbeitgebern an Arbeitnehmer als Entgelt für die von diesen in einer Periode geleistete Arbeit erbracht werden. Zu den Geldleistungen rechnen auch Zuschläge für Überstunden, Urlaubszuschläge, Trinkgelder, Zahlungen zur Vermögensbildung sowie anlässlich des Ausscheidens von Arbeitnehmern und ferner Zuschüsse zum Essen in bar. Weitere Geldleistungen sind die Sozialbeiträge. Dazu gehören neben den Zahlungen an öffentliche und private Sozialversicherungen auch sogenannte unterstellte Sozialbeiträge. Diese stellen den Gegenwert der sozialen Leistungen dar, die von Arbeitgebern ohne speziel-

le Deckungsmittel gezahlt werden, wie beispielsweise unterstellte Sozialbeiträge für die Beamtenversorgung oder Zuwendungen von Unternehmen an unselbstständige Unterstützungskassen. Sachleistungen, d. h. Naturalentgelte, schließen Erzeugnisse des Arbeitgebers, etwa Deputatkohle, Freifahrten, verbilligte Mahlzeiten sowie Essensgutscheine, Fahrzeuge und Geräte zur persönlichen Nutzung und Zinsverbilligungen ein. Das Arbeitnehmerentgelt stellt somit das Einkommen der abhängig Beschäftigten dar. Nicht als Arbeitsentgelt, sondern als Vorleistungen der Arbeitgeber, werden Trennungsschadensleistungen, Umzugsvergütungen, Ersatz von Reisekosten, Kindergärten, Erholungsheime u. Ä. verbucht.

In den Jahren 1996 bis 1998 stieg das Arbeitnehmerentgelt nur moderat bei einer gleichzeitig schwachen Erwerbstätigenentwicklung. Dieser Zeitraum war auch von schwachen Wachstumsbeiträgen des Konsums der privaten Haushalte zum Bruttoinlandsprodukt geprägt. Dagegen schlugen sich in den Jahren 1999 bis 2001 die erhöhten Wachstumsraten des Arbeitnehmerentgelts auch in zunehmenden Wachstumsbeiträgen der privaten Konsumausgaben zum Bruttoinlandsprodukt nieder. In den Folgejahren von 2002 bis 2006 wies das Arbeitnehmerentgelt geringe Zuwachsraten auf und war mit – 0,8 % im Jahr 2005 sogar rückläufig. Diese Jahre waren von einer mäßigen Arbeitsmarktbilanz geprägt. Sowohl die Zahl der Erwerbstätigen als auch die der geleisteten Arbeitsstunden war rückläufig. In der Mehrzahl der Jahre fielen die Konsumausgaben der privaten Haushalte als Stütze der Wirtschaftsleistung aus, d. h. der Wachstumsbeitrag der realen privaten Konsumausgaben lag deutlich unter der Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts. Insbesondere in den Jahren 1997 bis 2000 trugen die privaten Konsumausgaben nicht einmal die Hälfte zur Wachstumsrate des preisbereinigten BIP bei. Ausnahme bildet das Jahr 1993: Ohne den positiven Wachstumsbeitrag des privaten Konsums wäre die Wirtschaftsleistung noch stärker zurückgegangen. Anders war es im Jahr 2003. Nach einer negativen Veränderung der preisbereinigten privaten Konsumausgaben im Jahr 2002 können für die Entwicklung des Folgejahres Nachholeffekte geltend gemacht werden. Auch der sich erholende Arbeitsmarkt in den Jahren 2007 und 2008 – die Erwerbstätigkeit nahm um jeweils mehr als 1 % zu – und das mit jeweils 3,5 % stark angestiegene Arbeitnehmerentgelt änderten nichts an den geringen Auswirkungen der privaten Konsumausgaben, die 0,2 bzw. 0,4 Prozentpunkte zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts beitrugen.

Umgekehrt wiesen die Jahre 1992, 1999 und 2001 sowohl einen großen Wachstumsbeitrag der Konsumausgaben der privaten Haushalte zum Bruttoinlandsprodukt als auch eine robuste Arbeitsmarktentwicklung in Ge-

stalt von zunehmenden Erwerbstätigenzahlen und eines steigenden Arbeitnehmerentgelts auf. Somit kann mit der Entwicklung des Arbeitsmarktes und damit des Arbeitnehmerentgelts, das sich im Wesentlichen aus Bruttolöhnen und -gehältern zusammensetzt und von der Zahl der Erwerbstätigen abhängt, die Konsumschwäche zum Teil erklärt werden. Bevor weitere Erklärungsfaktoren dargestellt werden, sollen im folgenden Abschnitt zunächst die theoretischen Aspekte des privaten Konsums beleuchtet werden.

Theoretische Erklärungsansätze der privaten Konsumausgaben

Der oben dargestellte Zusammenhang zwischen den Konsumausgaben und dem Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wurde bereits 1936 von John Maynard Keynes beschrieben und als **absolute Einkommenshypothese** bezeichnet. Er spricht von einem „fundamentalen psychologischen Gesetz“, nach dem die Haushalte ihre Konsumentscheidung – und damit auch ihre Sparentscheidung – ausschließlich von der Höhe ihres Einkommens abhängig machen, d. h. zwischen den beiden Aggregaten besteht ein Zusammenhang. Mit steigendem Einkommen fällt der Anteil der Konsumausgaben am Einkommen und damit nimmt der Anteil des Sparens zu²⁾.

Daneben gibt es weitere Erklärungsansätze, die die von Keynes formulierte Einkommenshypothese in ihrer Absolutheit abschwächen. Bei der **relativen Einkommenshypothese** geht man davon aus, dass die Konsumenten bei einem Rückgang des Einkommens versuchen, noch eine gewisse Zeit die alten Verbrauchsgewohnheiten aufrecht zu erhalten. Das bisher erzielte Einkommen in der Vergangenheit bleibt auch in der Gegenwart Konsum beeinflussend. Ebenso verändern sich bei Einkommenserhöhungen die Konsumgewohnheiten nicht schlagartig, sondern passen sich allmählich an den neuen Zustand an.

Im Gegensatz zur relativen Einkommenshypothese stellen die folgenden beiden Ansätze Einkommenshypothesen dar, die das zukünftig zu erwartende Einkommen bei den Konsumentscheidungen berücksichtigen. Die **Lebenszyklushypothese** besagt, dass die Lebensphase das Konsumverhalten beeinflusst. Während der Phase der Erwerbstätigkeit wird vermehrt gespart, um anschließend in der Phase des Ruhestandes entsparen, also Sparguthaben abbauen zu können. Dagegen betrachten die privaten Haushalte bei der **Dauereinkommenshypo-**

these stets das permanente Einkommen, d. h. der gegenwärtige Konsum orientiert sich an den dauerhaften Konsummöglichkeiten und nicht an dem durch vielerlei Zufälligkeiten bedingten Einkommen einer bestimmten Periode³⁾.

Allen Erweiterungen der absoluten Einkommenshypothese ist gemeinsam, dass ein Konsumverzicht in der Gegenwart eine Erhöhung der Konsummöglichkeiten in der Zukunft bedeutet. Einschränkend muss zu den theoretischen Erklärungsansätzen festgestellt werden, dass zukünftige individuelle Einkommensentwicklungen nicht perfekt voraussehbar sind, jedoch kann von erwartungsabhängigen Einflüssen ausgegangen werden. Weiterhin ist ein zeitliches Vorziehen oder Verschieben von Konsumausgaben nicht immer möglich, dagegen sprechen beispielsweise Kreditrestriktionen bzw. persönliche Notwendigkeiten. Auch muss angenommen werden, dass von der Altersstruktur der Bevölkerung durchaus längerfristige Effekte für den privaten Konsum in einer Region von Bedeutung sind.

Sparen als Erklärung für die Konsumententwicklung

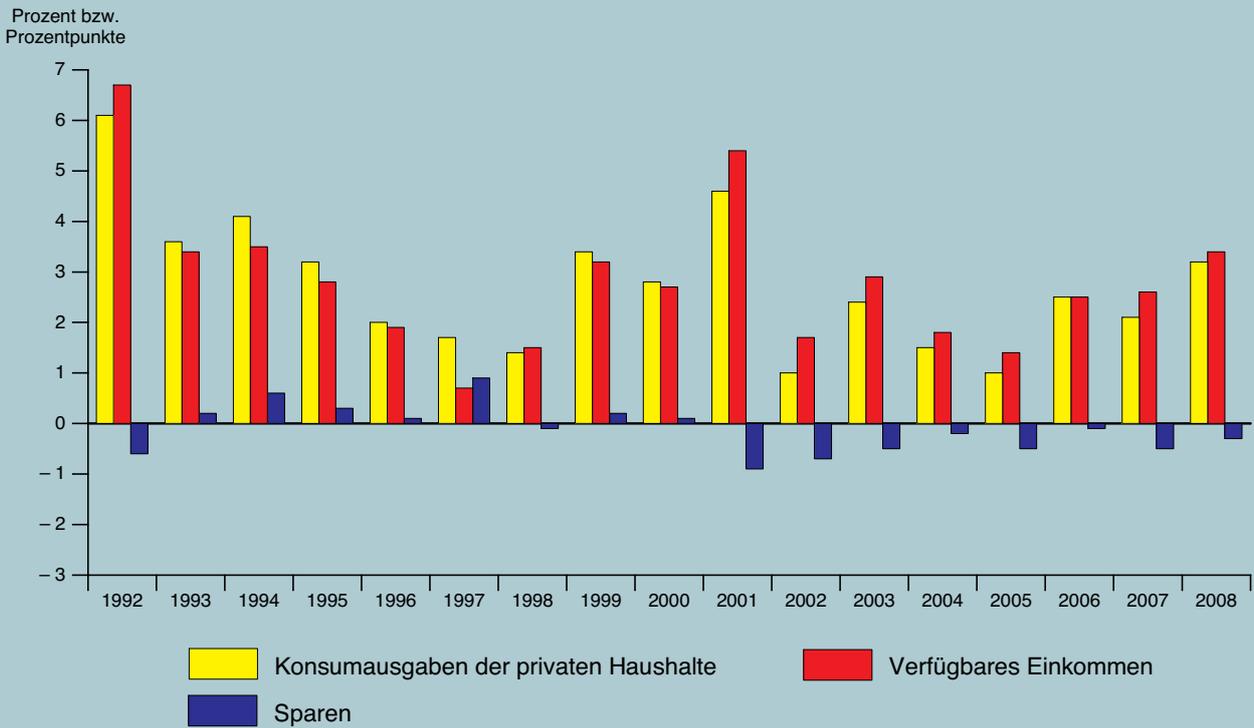
Der Konsum der privaten Haushalte wird aus dem Verfügbaren Einkommen bezahlt. Der übrige Teil des Verfügbaren Einkommens ist das Sparen und stellt somit das Zurücklegen nicht benötigter finanzieller Mittel zur späteren Verwendung dar. Das Sparen wird im vorliegenden Beitrag somit anders als in den VGR definiert. In den VGR wird das Sparen üblicherweise als nicht konsumierter Teil des Verfügbaren Einkommens zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche (Änderung der Deckungsrückstellungen, die durch Beitrags- und Prämienzahlungen entstehen und auf die die privaten Haushalte einen Anspruch haben) ausgewiesen. Die Relation aus dem so ermittelten Sparen zum Verfügbaren Einkommen, erhöht um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche, wird als Sparquote bezeichnet. Die Hinzurechnung der betrieblichen Versorgungsansprüche ist erforderlich, da diese über die Verwendungsseite bei den Arbeitgebern auf die Aufkommenseite der privaten Haushalte und so in das Sparen der privaten Haushalte gelangen; sie werden aber nicht in das Verfügbare Einkommen eingerechnet, da sie nicht für den Konsum verfügbar sind. Von diesem Vorgehen wird hier abgewichen, da die Summe aus Sparen und Konsum das Verfügbare Einkommen ergeben muss, um die Wachstumsbeiträge der beiden Komponenten berechnen zu können. Daher wird im vorliegenden Beitrag die Bezeichnung „Anteil des Sparens am Verfügbaren Einkommen“ anstatt der Sparquote verwendet.

Im Jahr 1991 wurden in Hessen 10,4 Mrd. Euro gespart, 2008 waren es 12,4 Mrd. Euro; dies bedeutet einen Anstieg von 18,9 %. Rein rechnerisch legte jeder Einwoh-

2) John Maynard Keynes, „The General Theory of Employment, Interest and Money“, Chapter 8, III, 1936, London. Eine elektronische Version dieses Buches ist unter <http://homepage.newschool.edu/~het/texts/keynes/gtcont.htm> verfügbar.

3) Neumann, Manfred, „Theoretische Volkswirtschaftslehre I – Makroökonomische Theorie: Beschäftigung, Inflation und Zahlungsbilanz“, 5. Auflage, 1996, München, S. 94 ff.

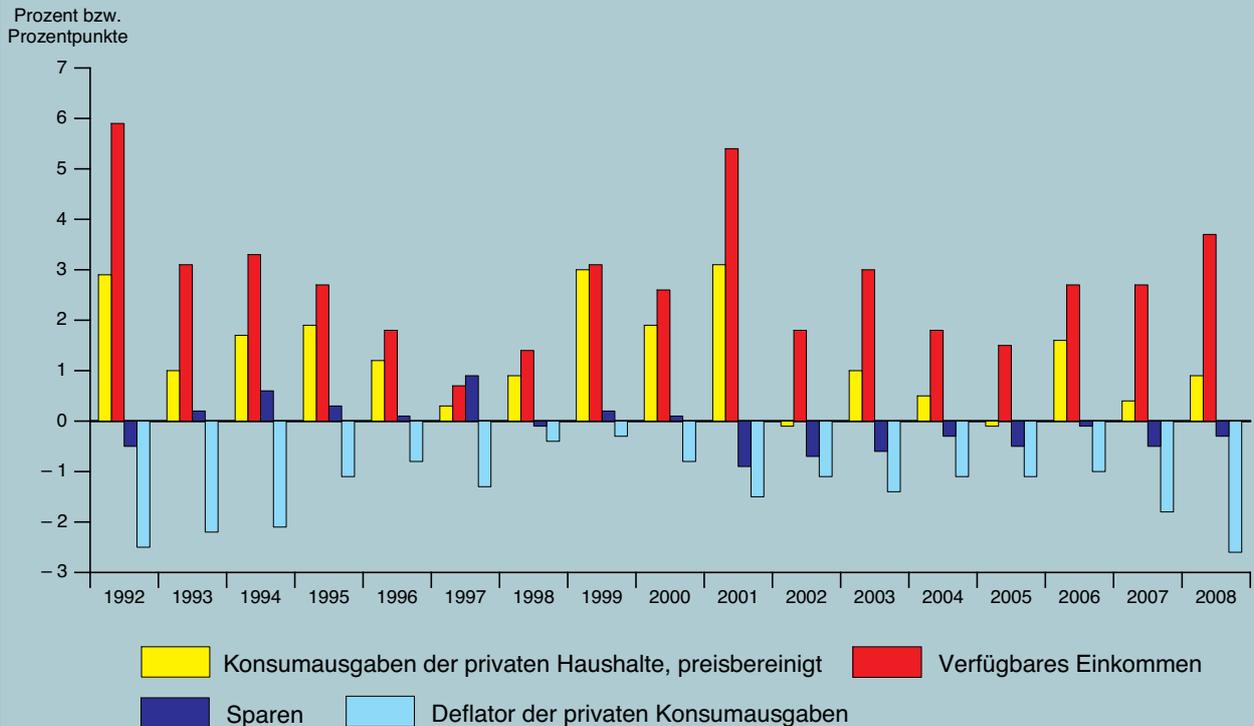
Veränderungsrate der Konsumausgaben der privaten Haushalte (in %) sowie Wachstumsbeiträge des Sparens und des Verfügbaren Einkommens zu den Konsumausgaben der privaten Haushalte (jeweils in Prozentpunkten) in Hessen 1992 bis 2008



HSL 63/10

Berechnungen nach ESGV 1995. Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“. – Berechnungsstand: Mai 2010.

Veränderungsrate der preisbereinigten Konsumausgaben der privaten Haushalte (in %) und Wachstumsbeiträge des Verfügbaren Einkommens, des Sparens und des Deflators der privaten Konsumausgaben zu den Konsumausgaben der privaten Haushalte (jeweils in Prozentpunkten) in Hessen 1992 bis 2008



HSL 64/10

Berechnungen nach ESGV 1995. Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“. – Berechnungsstand: Mai 2010.

ner Hessens im Jahr 1991 knapp 1800 Euro auf die hohe Kante. Bis ins Jahr 2008 stieg das Sparen je Einwohner auf fast 2050 Euro, eine Zunahme von 13,6 %.

Im Folgenden sollen die Wirkungen des Verfügbaren Einkommens und des Sparens auf die Konsumausgaben der privaten Haushalte dargestellt werden. Dies geschieht mithilfe von Wachstumsbeiträgen. Dabei geht die Veränderungsrate des Sparens mit umgekehrten Vorzeichen in die Berechnungen ein, da eine Zunahme des Sparens bei einer angenommenen Konstanz des Verfügbaren Einkommens zu einer Verminderung der privaten Konsumausgaben führt.

Bei der Betrachtung des Einflusses des Sparens auf die Konsumausgaben der privaten Haushalte lassen sich 2 Phasen unterscheiden. Im Zeitraum von 1991 bis 2000 nahmen die privaten Konsumausgaben um 32 % zu. Dies wurde insbesondere durch den Anstieg des Verfügbaren Einkommens um knapp 26 % verursacht. Im gleichen Zeitraum nahm das Sparen dagegen um fast 15 % ab. Dies führte dazu, dass in den meisten Jahren das Sparen positive Wachstumsbeiträge zu den Konsumausgaben in nominaler Rechnung leistete. Die Wachstumsbeiträge fielen jedoch in diesem Zeitraum, der von dem abklingenden Vereinigungsboom (ab 1993), der Asienkrise (1996 und 1997) und dem IT-Boom (1999 und 2001) gekennzeichnet war, recht gering aus.

In der Phase von 2001 bis 2008 nahmen die Konsumausgaben der privaten Haushalte mit rund 14 % weniger als halb so stark zu wie in der fast gleich langen vorangegangenen Phase. Verantwortlich hierfür war auch der geringere Anstieg des Verfügbaren Einkommens um knapp 16 %, vor allem aber die deutliche Zunahme des Sparens um knapp 29 %. Dies führte dazu, dass ab 2001 die Wachstumsbeiträge des Sparens durchweg negativ waren und somit dämpfend auf die Konsumausgaben der privaten Haushalte wirkten.

Die Wirkung von Preiseffekten auf den privaten Konsum

In einem zweiten Schritt werden die im letzten Abschnitt dargestellten Berechnungen in jeweiligen Preisen noch einmal durchgeführt, nun aber preisbereinigt. Damit kann gezeigt werden, wie neben dem Verfügbaren Einkommen und dem Sparen zusätzlich die Preisentwicklung auf die Konsumausgaben der privaten Haushalte wirkt. Die Preiseffekte werden mithilfe des Deflators der privaten Konsumausgaben dargestellt; hierbei werden die nominalen Ergebnisse der Konsumausgaben der privaten Haushalte durch die realen dividiert.

Die Preiseffekte leisteten in den Jahren 1992 bis 1994 stark negative Beiträge zur Veränderungsrate der Konsumausgaben der privaten Haushalte. Der Verbraucher-

preisindex stieg in den genannten Jahren relativ stark an (1992: + 3,8 %, 1993: + 4,1 % und 1994: + 2,6 %). Insbesondere die Ereignisse des Jahres 1993 hinterließen ihre Spuren.

Im Jahr 1993 kam es zum Ende des Vereinigungsbooms. Die in den Jahren zuvor eingeleiteten fiskalpolitischen Maßnahmen in Deutschland zeigten ihre Wirkung: Es kam zu einer Übernachfrage und in Folge dessen zu einem Anstieg der Leitzinsen. Dies brachte das Europäische Währungssystem (EWS) unter Druck, in dem die DM die Leitwährung war, da die EWS-Partnerländer diese Zinserhöhungen nachvollziehen mussten, um nicht ihre monetäre Stabilität durch Währungsabwertungen zu gefährden. Italien und Großbritannien schieden aus dem Wechselkursmechanismus aus, da sie dem Abwertungsdruck aufgrund ihrer prekären Haushaltssituation nicht mehr standhielten. Das EWS wurde Ziel von spekulativen Attacken, da auf die Abwertung der Währung von schwächeren EWS-Mitgliedsländern gesetzt wurde. Letztlich wurde die DM aufgewertet, mit der Folge einer weiterhin hohen Inflationsrate und anhaltend geschwächter Exportposition sowie einer mäßigen Entwicklung der Wirtschaftsleistung in den beiden Folgejahren.

Danach sank die Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex und nahm in den Jahren 1995 bis 2006 Werte zwischen 0,9 und 1,7 % an. Auch der negative Wachstumsbeitrag des Deflators der Konsumausgaben der privaten Haushalte schwächte sich im genannten Zeitraum ab und nahm Werte an, die etwa halb so hoch waren wie in den Jahren zuvor. Ab dem Jahr 2003 waren jedoch erhöhte Preise für importierte Energie zu verzeichnen, hinzu kam in den Jahren 2002, 2003 und 2005 die Erhöhung der Tabaksteuer. Auch die Erhöhung der Ökosteuer und der Versicherungssteuer im Jahr 2002 wirkten belastend auf den privaten Konsum.

Der aktuelle Rand war wiederum von stärkeren Preissteigerungen geprägt: Der Anstieg des Verbraucherpreisindex lag im Jahr 2007 bei 2,2 %, im Jahr 2008 bei 2,8 %. Auch der Deflator der privaten Konsumausgaben wirkte auf den privaten Verbrauch mit - 1,8 bzw. - 2,6 Prozentpunkten stark dämpfend. Verantwortlich hierfür war u. a. die Erhöhung der Mehrwertsteuer im Jahr 2007. Im Folgejahr wirkten insbesondere die stark gestiegenen Nahrungsmittel- sowie die Energie- und Rohstoffpreise dämpfend auf die Konsumausgaben der privaten Haushalte.

Der Zinsfaktor

Weiterhin stellt sich die Frage, welchen Einfluss der Zins auf das Konsumverhalten der privaten Haushalte hat. Aus theoretischer Sicht gibt es folgende 3 Effekte:

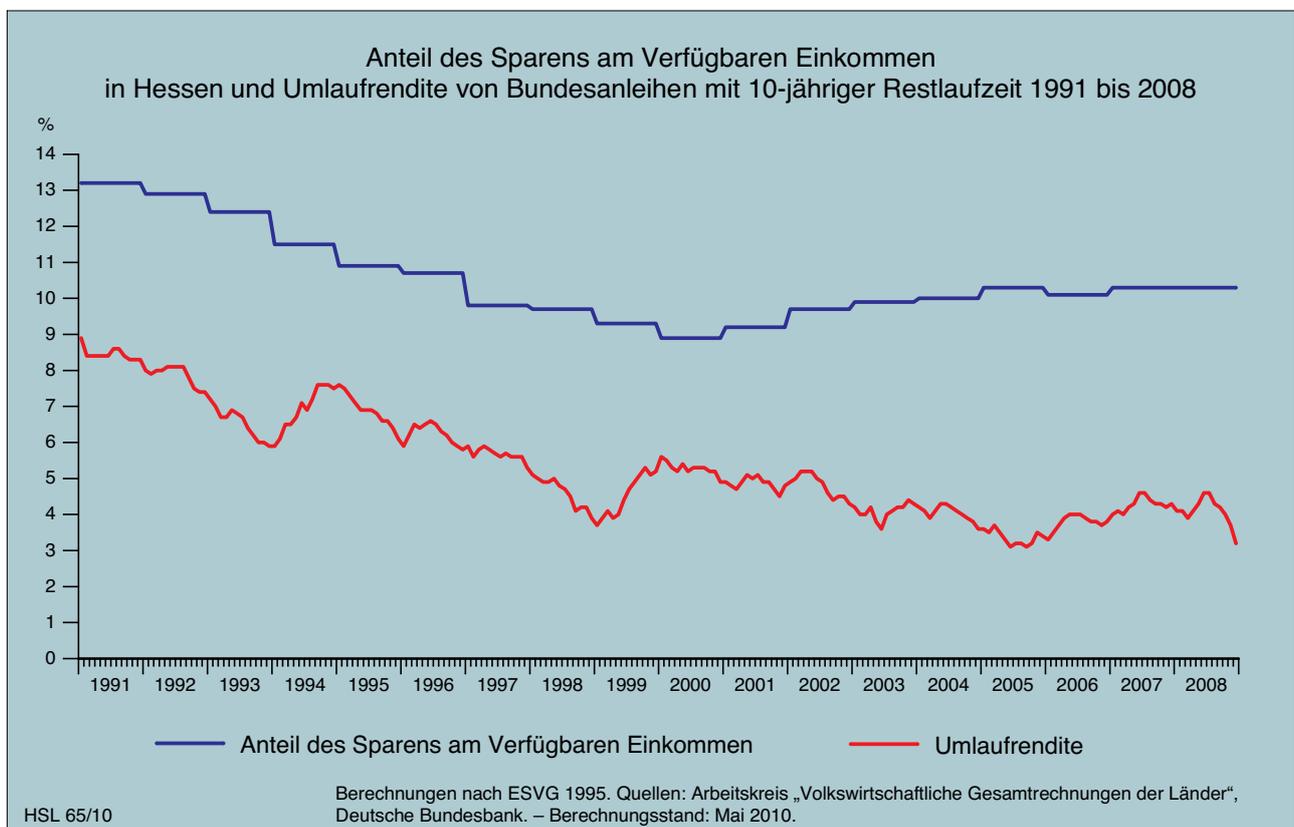
- Substitutionseffekt: Bei einem dauerhaft niedrigen Zinsniveau sinkt der finanzielle Anreiz, zu sparen. Dies führt in der intertemporalen Betrachtung dazu, dass aufgrund der geringen Renditeerwartung in der Gegenwart ein höheres Konsumniveau realisiert wird, zulasten des zukünftigen Konsums.
- Einkommenseffekt: Bei einem dauerhaft niedrigen Zinsniveau sinken die Erträge der Nettogläubiger, d. h. aufgrund niedrigerer Zinseinnahmen verringert sich der Konsum.
- Vermögenseffekt: Bei einem dauerhaft niedrigen Zinsniveau steigt der Marktwert des derzeit gehaltenen Vermögens. Dies bedeutet, dass aufgrund der künftigen Erwartungen bezüglich der Erträge der Investments gegenwärtig mehr als zukünftig konsumiert wird, mit der Folge eines rückläufigen Sparverhaltens.

Betrachtet man die Entwicklung der Umlaufrendite, d. h. den Zinsertrag von Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren und den Anteil des Sparens am Verfügbaren Einkommen, so lässt sich feststellen, dass ab 1991 beide Indikatoren rückläufig waren: Das Zinsniveau lag im Januar 1991 bei 8,9 % – höhere Werte waren nur im Juli 1974 und August 1981 mit jeweils knapp 11 % zu verzeichnen – und ging bis Januar 1999 auf 3,7 % zurück; der Anteil des Sparens am Verfügbaren Einkommen nahm in Hessen von seinem Spitzenwert mit 13,2 % im Jahr 1991 auf 8,9 % im Jahr 2000 ab. Es kann also

angenommen werden, dass in diesem Zeitraum der Substitutions- und Vermögenseffekt den Einkommenseffekt dominierten.

Im Jahresverlauf 1999 stieg das Zinsniveau stark an: In einer Phase des starken Wirtschaftsaufschwungs wurden von der europäischen und amerikanischen Zentralbank die Leitzinsen erhöht, um den Finanzmärkten Liquidität zu entziehen und das Investitionsverhalten der Unternehmen in einer sich überhitzenden Wirtschaft (Dot-Com-Blase) zu drosseln. Ab dem Jahr 2000 jedoch war ein nahezu stetiges Sinken des Zinsniveaus zu beobachten, das im September 2005 seinen Tiefpunkt erreichte. In dieser Phase war gleichzeitig ein Zunehmen des Anteils des Sparens am Verfügbaren Einkommen zu beobachten; der Wert lag im Jahr 2005 bei 10,3 %. Daraus kann geschlossen werden, dass der Einkommenseffekt die anderen beiden Effekte dominierte. Das Zinsniveau stieg daraufhin zyklisch an und erreichte Mitte des Jahres 2007 mit 4,6 % einen vorläufigen Höhepunkt.

Infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise senkten die Zentralbanken die Leitzinsen, sodass das Zinsniveau auf 3,2 % Ende des Jahres 2008 zurückging. Ab dem Jahr 2005 war eine Stagnation des Anteils des Sparens am Verfügbaren Einkommen zu beobachten. Im Jahr 2006 sank der Wert auf 10,1 % und verharrte in den beiden Folgejahren ebenso wie im Jahr 2005 bei 10,3 %. Das bedeutet, dass ab 2005 bei einem zeitweiligen Anstieg als auch bei einer Abnahme des Zinsniveaus am aktuellen Rand die privaten Haushalte den Anteil des Sparens



bzw. des Konsums am Verfügbaren Einkommen konstant gehalten haben. Aus empirischer Sicht ist die Rolle des Zinses für die Entwicklung des privaten Verbrauchs am aktuellen Rand schwer zu deuten. Daraus kann der Schluss gezogen werden, dass noch weitere Faktoren auf das Konsumverhalten der privaten Haushalte gewirkt haben.

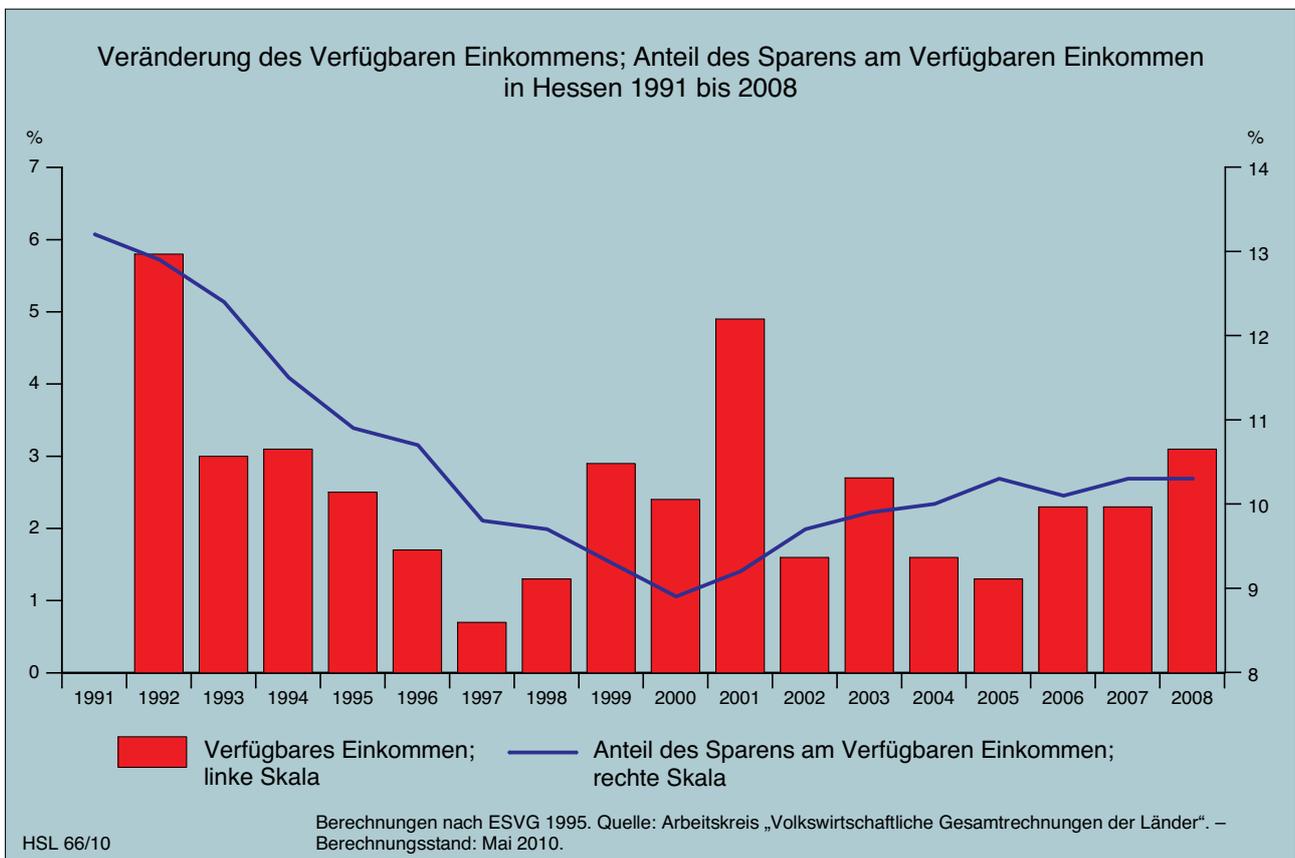
Verfügbares Einkommen und Sparen der privaten Haushalte

In Phasen der Beruhigung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität und der damit einhergehenden niedrigeren Einkommenszuwächse – dargestellt mithilfe des Verfügbaren Einkommens – senken die privaten Haushalte den Anteil des gesparten Einkommens. Steigen die Einkommen aber wieder stärker an, wird der Sparanteil wieder angehoben. Damit weist der Anteil des Sparens am Verfügbaren Einkommen eine antizyklische Wirkung auf den Konsum auf; dies wird auch als Konsumglättung bezeichnet. Dieser Effekt war zu Beginn der Neunzigerjahre bis ins Jahr 1997 zu beobachten. Die Veränderungsraten des Verfügbaren Einkommens waren – mit Ausnahme des Jahres 1994 – rückläufig und der Anteil des Sparens am Verfügbaren Einkommen ging ebenfalls zurück. Als von 1998 bis 2000 die Einkommenszuwächse anstiegen, sank der Sparanteil weiter und erreichte im Jahr 2000 seinen Tiefpunkt mit 8,9 %.

Im Jahr 2001, als der IT-Boom zu Ende ging, und während der anschließenden Abnahme des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 1 % im Jahr 2002 sowie der Stagnation in den folgenden Jahren (2003: + 0,5 %, 2004: + 0,4 %) waren die Zuwachsraten des Verfügbaren Einkommens höher als in den Jahren 1997 und 1998, die die niedrigsten Zunahmen des Beobachtungszeitraums aufwiesen. Und dennoch stieg der Anteil der Konsumausgaben nicht an, sondern war rückläufig, sodass sich der Sparanteil ab 2001 stetig erhöhte und somit prozyklisch wirkte. Selbst in den Jahren 2006 und 2007, in denen das Verfügbare Einkommen um jeweils 2,3 % zunahm, und im Jahr 2008 – hier war eine Zuwachsrate von 3,1 % zu beobachten – nahm der Anteil des Sparens am Verfügbaren Einkommen dennoch nicht zu, sondern verharrte bei gut 10 %. Dementsprechend änderte sich auch der Konsumanteil kaum. Trotz einer verbesserten Einkommenssituation wurde der Anteil des Sparens am Einkommen nicht abgesenkt. Daher stellt sich die Frage, welche Motive hierfür verantwortlich gemacht werden können.

Motive für das Sparen

Der prozyklische Effekt des Sparens deutet darauf hin, dass die Einkommen der privaten Haushalte von ihnen selbst als zu niedrig eingestuft wurden. Um diese Bewertung auszugleichen, wurde der Sparanteil stetig gesteigert. Zwei



Beweggründe können hierfür verantwortlich gemacht werden: das Vorsorgesparen und das Vorsichtssparen.

Das **Vorsorgesparen** gewinnt aufgrund der Belastungen der sozialen Sicherungssysteme durch die zukünftige demografische Entwicklung⁴⁾ und der damit verbundenen Alters- und Krankenversorgung sowie der Erhöhung des Renteneintrittsalters an Bedeutung. Dadurch nimmt die Notwendigkeit der privaten Vorsorge zu. Hierzu zählen auch die staatliche Förderung des Aufbaus einer privaten Altersvorsorge, der sogenannten Riester-Rente, ab dem Jahr 2002. Die Notwendigkeit einer verstärkten privaten Vorsorge für das „Leben im Alter“ hat auf individueller Ebene an Bedeutung gewonnen und das Sparverhalten der privaten Haushalte insgesamt verändert. Der Konsumverzicht in der Gegenwart ist als Ausgleich für erwartete geringere staatliche Transferleistungen in der Zukunft zu sehen, denn dauerhafte Korrekturen bei den gegenwärtigen Rentenansprüchen bedeuten einen geringeren Wert zukünftiger erwarteter staatlicher Transfers. Daraus sind Einschränkungen des privaten Konsums in der Rentenphase zu erwarten. Diese können nur durch eine zeitliche Umverteilung des privaten Konsums geglättet werden. Folglich wird dies durch einen Verzicht an Gegenwartskonsum und durch eine Ausweitung des Sparens kompensiert. Neben der Anpassung an erwartete Alterseinkünfte kann auch ein erwartetes höheres Ausgabenniveau für Gesundheitsaufwendungen aufgrund der Alterung der Bevölkerung eine Rolle spielen. Auf individueller Ebene zeigte sich dies bereits mit der Einführung der Praxisgebühr sowie den Zuzahlungen zu Medikamenten und Heilbehandlungen ab dem Jahr 2004. So erwarten die privaten Haushalte auch erhöhte Beitragszahlungen zur gesetzlichen Krankenversicherung, was durch die Diskussion zur zukünftigen Finanzierung, wie etwa der Kopfpauschale, begründet ist. Beide Aspekte bringen ein erhöhtes Vorsorgemotiv für eine verstärkte Bildung von Ersparnissen zum Ausdruck.

In den letzten Jahren dürfte das **Vorsichtssparen** an Bedeutung gewonnen haben. Aufgrund der Unsicherheiten über die Entwicklung des Arbeitsmarktes und die Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen (Hartz-Gesetze) verhalten sich die privaten Haushalte hinsichtlich ihres Ausgabe- und somit Sparverhaltens vorsichtiger. Auch die Unsicherheit über die Stärke und Dauer der Auswirkungen der sich ab 2008 abzeichnenden Wirtschafts- und Finanzkrise und der damit verbundenen

4) Ausführliche Hinweise hierzu in Schmidt-Wahl, Diana, „Entwicklung der hessischen Bevölkerung bis 2050 – Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausrechnung“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 62. Jahrg., Heft 9, September 2007, S. 191 ff.

5) Die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 liegen noch nicht vor. Ein Ausweis und somit direkter Vergleich der Ergebnisse der Jahre 1998 und 2003 ist nur eingeschränkt möglich, da die Daten des Jahres 1998 in DM und die des Jahres 2003 in Euro vorliegen und somit die einzelnen Einkommensklassen nicht vollständig vergleichbar sind. Eine Umrechnung der alten Ergebnisse in Euro ist nicht vorgehen.

Rezession im Jahr 2009 spricht dafür, dass das gegenwärtige Sparverhalten der privaten Haushalte beibehalten wird und auch in einer Aufschwungphase nicht mit einem Anstieg der Konsumquote zu rechnen sein dürfte.

Personelle Einkommensverteilung

Entscheidend für das Ausgabeverhalten der privaten Haushalte insgesamt ist auch die Verteilung des Gesamteinkommens auf einzelne Haushalte bzw. Haushaltsgruppen. Fragen zur personellen Einkommensverteilung können mit makroökonomischen Daten der VGR nicht beantwortet werden. Hierfür sind tiefer disaggregierte Daten aus Haushaltsbefragungen notwendig. Hinweise auf Konsumquoten, d. h. den Anteil des Konsums am Nettoeinkommen der privaten Haushalte, differenziert nach Einkommensklassen, liefert die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die jedoch nur in einem Abstand von 5 Jahren erhoben wird. Es zeigt sich, dass beim Vergleich der Jahre 1998 und 2003⁵⁾ mit zunehmendem Haushaltsnettoeinkommen der Anteil des Einkommens, der für den Konsum ausgegeben wird, sinkt. Dies ist gleichbedeutend mit einem Anstieg des Anteils, der für das Sparen verwendet wird.

Gleichzeitig hat die Ungleichverteilung der Nettoeinkommen der privaten Haushalte zugenommen. Der Anteil des Gesamteinkommens, der von Haushalten in höheren Einkommensklassen gehalten wird, hat zugenommen. Da – wie oben dargestellt – mit zunehmendem Haushaltsnettoeinkommen der Anteil der Konsumausgaben am Einkommen sinkt, nimmt der Anteil des Sparens zu. Damit wird sowohl der Anstieg des aggregierten Sparens als auch der Anstieg des Anteils des Sparens am Haushaltseinkommen erklärlich.

Einfluss des Vermögens auf die privaten Konsumausgaben

Abschließend soll noch ein Blick auf die Einflüsse des Vermögens auf den privaten Konsum gerichtet werden. Analysen für Deutschland, die den langfristigen Zusammenhang zwischen den Konsumausgaben, dem verfügbaren Einkommen und dem Gesamtvermögen der privaten Haushalte untersuchen, kommen zum Ergebnis, dass die schwache Konsumententwicklung eher die Erwartung niedriger Einkommenszuwächse widerspiegelt als Veränderungen im Vermögensbestand. Dies liegt daran, dass Vermögenspreisänderungen häufig vorübergehender Natur sind und auch so wahrgenommen werden. Die privaten Konsumausgaben in Deutschland hängen zum größten Teil von der Entwicklung des verfügbaren Einkommens – wie bereits oben für Hessen festgestellt – ab. Dagegen sind Änderungen des Vermögens eher von untergeordneter Bedeutung.

Eine Untersuchung der Deutschen Bundesbank für den Zeitraum von 1980 bis 2003 kam zum Ergebnis, dass die Neigung zu Konsumausgaben aus einem zusätzlichen Euro an Verfügbarem Einkommen bei durchschnittlich rund 80 Cent liegt (marginale Konsumquote). Dagegen beträgt die Ausgabenneigung bei der Erhöhung des Vermögens um einen Euro durchschnittlich 4,5 Cent.

Im Vergleich zu angelsächsischen Ländern dürfte die Bedeutung der Finanzmärkte für das private Konsumverhalten eher marginal sein. Aufgrund der geringen Verbreitung von Aktienvermögen in Deutschland haben Vermögenspreisänderungen keine nennenswerten Auswirkungen auf das Konsumverhalten der privaten Haushalte. Darüber hinaus hat die Ungleichverteilung des Geldvermögens zugenommen, d. h. ähnlich wie bei den Einkommen haben die oberen Vermögensklassen stärker an der wirtschaftlichen Entwicklung partizipiert. Mit zunehmendem Vermögen sinkt die Konsumneigung. Auch dies erklärt zum Teil die Zunahme des Sparens insgesamt. Konsumschocks sind vielmehr Ausdruck einer nachhaltig wirkenden Einkommensänderung, ein Ergebnis, das im Einklang mit der Dauereinkommenshypothese steht.

Das Immobilienvermögen ist ein Teil des Gesamtvermögens. Allerdings dürften die Einflüsse des Immobilienvermögens auf den privaten Konsum relativ gering sein. Dies hängt damit zusammen, dass es sich hierbei um eine eher illiquide Anlageform handelt und Investments in dieser Form als langfristig zu sehen sind. Weiterhin fallen bei Erwerb und Verkauf – im Vergleich zu anderen Anlageformen wie etwa Aktien – hohe Transaktionskosten an. Zwar unterliegen auch Immobilien Wertänderungen, diese werden jedoch seltener realisiert. Auch die Nutzung gestiegener Immobilienwerte zur Besicherung zusätzlicher Konsumentenkredite spielte bisher eine eher geringe Rolle⁶⁾.

Fazit und Ausblick

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte weisen selbst in Phasen einer starken Wirtschaftsentwicklung gemessen an der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts nur einen vergleichsweise geringen Wachstumsbeitrag auf. Insbesondere am aktuellen Rand kann eine ausgeprägte Konsumschwäche festgestellt werden. Vor allem wirkt die Arbeitsmarktsituation auf die privaten

6) Hamburg, Britta; Hoffmann, Mathias; Keller, Joachim, „Consumption, wealth and business cycles: why is Germany different?“, Discussion Paper, Series 1: Economic Studies, No 16/2005, Deutsche Bundesbank sowie Deutsche Bundesbank, „Der private Konsum seit der deutschen Wiedervereinigung“, Monatsbericht September 2007, S. 41 ff.

Konsumausgaben: Eine stagnierende oder abnehmende Zahl der Erwerbstätigen korrespondiert mit einem zurückhaltenden Konsumverhalten. Weitere Einflussfaktoren auf die privaten Konsumausgaben konnten in einem steigenden Preisniveau, der Entwicklung der Sparzinsen sowie der Zunahme des Sparens, die z. T. auf die Verschiebung der personellen Einkommensverteilung zurückzuführen ist, ausgemacht werden.

Aufgrund dieser Einflussfaktoren wird deutlich, dass die Veränderung der Konsumausgaben der privaten Haushalte keineswegs monokausal erklärbar ist. Die Stärkung der privaten Konsumausgaben, die zusammen mit den Konsumausgaben des Staates und den Bruttoanlageinvestitionen die Binnennachfrage darstellen, wird oftmals als wirtschaftspolitisches Ziel formuliert, um das Bruttoinlandsprodukt gegenüber externen Einflüssen, wie etwa einer abnehmenden Exportnachfrage, zu stabilisieren. Einzelne Maßnahmen, die makroökonomische Zusammenhänge nicht berücksichtigen, führen zu einer Fehlallokation und können nur punktuell ihre Wirkung entfalten; dauerhafte und nachhaltige Effekte sind jedoch nicht zu erwarten.

In naher Zukunft sind die Aussichten für den privaten Verbrauch vorsichtig zu beurteilen, da mit einer Reihe unterschiedlich wirkender Einflussfaktoren zu rechnen ist. Positiv auf die privaten Konsumausgaben wirkten die starken Entlastungen seitens der Preisentwicklungen, insbesondere der rückläufigen Energie- und Lebensmittelpreise. Infolge der relativ starken Wirtschaftsentwicklung der Jahre 2006 und 2007 – das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nahm jeweils um mehr als 2 % zu – wurden im Jahr 2008 seitens der Tarifparteien relativ hohe Gehalts- und Lohnabschlüsse ausgehandelt. Auch hiervon könnten positive Impulse auf das private Konsumverhalten ausgehen.

Negative Wirkungen auf die privaten Konsumausgaben sind allerdings von den Auswirkungen des Rückgangs der Wirtschaftstätigkeit zu erwarten. Zwar zeigte sich im Jahr 2009 der Arbeitsmarkt aufgrund staatlicher Stützungsmaßnahmen, wie etwa die Verlängerung der Kurzarbeit oder durch die aufgelegten Konjunkturpakete, relativ robust, es bleibt jedoch ein erhöhtes Arbeitsplatzrisiko bestehen. Auch die internationalen Rahmenbedingungen, wie etwa die Sorge um den Euro und die damit verbundenen Finanzmarktspekulationen sowie die realwirtschaftlichen Auswirkungen, lassen sich derzeit nicht zuverlässig einschätzen. Damit dürfte zukünftig das Vorsichtssparen nicht an Bedeutung verlieren, ebenso wie das Vorsorgesparen, da die zu erwartende demografische Entwicklung die sozialen Sicherungssysteme vor große Herausforderungen stellen wird.

Integrierte Ausbildungsberichterstattung für Hessen und die Regionen

Nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schulen haben junge Erwachsene vielfältige Möglichkeiten, ihren Einstieg in die Arbeitswelt zu gestalten. Nach wie vor ist dabei der Übergang in eine Ausbildung im dualen System der wichtigste Bereich der Berufsausbildung in Deutschland. Gleichzeitig gibt es ein breites Angebot an schulischen Ausbildungsgängen. Doch nicht alle Jugendlichen meistern den Weg in eine Berufsausbildung eigenständig. Vielfach sind ergänzende Unterstützungsangebote notwendig, um Jugendlichen bei der Überwindung der ersten Arbeitsmarktschwelle behilflich zu sein. Die Berufswahl und der Zugang zu beruflicher Bildung sind eine wichtige Weichenstellung für den weiteren beruflichen Werdegang von jungen Menschen. Um Jugendliche auf ihrem Weg in die Arbeitswelt zu unterstützen und Hilfestellungen gezielt planen und steuern zu können, ist es unerlässlich, eine Vorstellung von der quantitativen Bedeutung einzelner Bereiche im Ausbildungssystem zu haben. Zur Beurteilung der Lage am Ausbildungsmarkt standen sich bisher verschiedene Statistiken wie beispielsweise die Schulstatistik oder Berufsbildungsstatistik der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie die Förderstatistik der Bundesagentur für Arbeit gegenüber. Um die vielfältigen Ausbildungsleistungen, die in Hessen stattfinden, vollständig zu erfassen, ist eine Gesamtschau notwendig, die alle relevanten beruflichen Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote in einer Darstellung vereint. Genau dieses Kriterium erfüllt das Instrumentarium „Integrierte Ausbildungsberichterstattung“.

Aufgaben und Stand der Projektarbeiten

Das Projekt „Implementierung einer integrierten Ausbildungsberichterstattung für Hessen“ wurde vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (HMWVL) in Auftrag gegeben und wird aus Mitteln des Landes Hessen und des Europäischen Sozialfonds finanziert.

Ziel des Projektes ist es, den Verbleib eines Abgängerjahrgangs der Sekundarstufe I der allgemeinbildenden Schulen möglichst transparent abzubilden. Darüber hinaus wird eine kompakte und systematische Darstellung aller relevanten beruflichen Ausbildungs- und Qualifizierungswege für Hessen, möglichst auch auf regionaler Ebene, erstellt. Dazu wurde ein vom Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) Köln erarbeitetes Konzept zur integrierten Ausbildungsstatistik (Anger et al., 2007) überarbeitet und weiterentwickelt. Die Übertragbarkeit des Konzepts auf die Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte in Hessen wurde geprüft und die Berichterstattung um die regionale Ebene erweitert. Insgesamt ist ein umfangreiches Indikatorenset entstanden, das eine tiefere Analyse der Lage im hessischen Ausbildungssystem ermöglicht. Die Daten der Ausbildungsjahre 2006 bis 2008 wurden zusammengestellt und für die Berichterstattung aufbereitet. Des Weiteren wurde ein erstes Basispaket an Daten für das Ausbildungsjahr 2008/09 an die OloV-Regionen¹⁾ geliefert. Mit der Erstellung und Abgabe des internen Zwischenberichts für das HMWVL wurde die erste Projektphase abgeschlossen.

1) OloV ist eine landesweite Strategie zur Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen.

Das Konzept

Um dem Nutzer einen kompakten und systematischen Überblick über die Bildungsgänge des hessischen Ausbildungs- und Schulsystems zu geben, werden die Bildungsgänge in Form von Einzelkonten nach ihren vorrangigen Bildungszielen Zielbereichen zugeordnet.

Zielbereich I „Berufsabschluss“ umfasst alle vollqualifizierenden Bildungsgänge, die zum Erwerb eines anerkannten Berufsabschlusses dienen. Zu diesen zählen beispielsweise die Ausbildung im dualen System, aber auch vollzeitschulische Ausbildungsgänge wie z. B. das Einzelkonto „Schulen des Gesundheitswesens“.

Zielbereich II „Hochschulreife“ beinhaltet alle Bildungsgänge, die darauf ausgerichtet sind, einen studienqualifizierenden Abschluss zu erwerben. Zu diesen gehören z. B. die gymnasiale Oberstufe an allgemeinbildenden Schulen und das berufliche Gymnasium.

Zielbereich III „Übergangsbereich“ schließt Bildungsgänge ein, die Jugendliche und junge Erwachsene auf eine berufliche Ausbildung oder Tätigkeit vorbereiten. Dies kann beispielsweise durch das Nachholen von Schulabschlüssen an zweijährigen Berufsfachschulen oder durch die Qualifikation im Rahmen von Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit erfolgen.

Zum **Zielbereich IV** „Hochschulabschluss“ (nur nachrichtlich) gehören Bildungsgänge, die mit einem (Fach-) Hochschulabschluss abgeschlossen werden. Junge Erwachsene können ihren Abschluss zum einen im Rahmen einer dualen Hochschulausbildung an Verwaltungsfachhochschulen oder in ausbildungsintegrierten Studi-

1. Das Zielbereiche-Modell



Quelle: Anger et al., 2007: S.50; Erweiterungen: Hessisches Statistisches Landesamt.

engängen an Hochschulen oder Berufsakademien und zum anderen durch das Absolvieren einer klassischen Hochschulausbildung erwerben.

Untersuchungsgegenstand und Indikatoren

Die integrierte Ausbildungsberichterstattung erfasst Anfänger, Bestände und Absolventen/Abgänger beruflicher Bildungsgänge sowie der Sekundarstufe II an allgemeinbildenden Schulen.

Darüber hinaus liegt ein Augenmerk auf der Darstellung der Schulentlassenen und Übergänger der Sekundarstufe I der allgemeinbildenden Schulen.

Neben der allgemeinen Darstellung der Gesamtgrößen, bietet die integrierte Ausbildungsberichterstattung ein umfangreiches Indikatorenset an, um eine genauere Einsicht in das Ausbildungssystem in Hessen sowie der Landkreise und kreisfreien Städte zu gewinnen.

Das Indikatorenset beinhaltet zum einen allgemeine Indikatoren, die Strukturen und Entwicklungen aufzeigen sollen, z. B. durch die Darstellung von zeitlichen Entwicklungen, und zum anderen soziodemografische Indikatoren, die strukturelle Änderungen in der Zusammensetzung der Bildungsteilnehmer sichtbar machen (Frauenquote, Ausländerquote, Durchschnittsalter, Übergangsquoten, Anteilsquoten zur schulischen Vorbildung). Für die regionale Darstellung werden zusätzlich Vergleiche zwischen Gesamthessen und den Landkreisen bzw. kreisfreien Städten gezogen.

Daneben bietet die integrierte Ausbildungsberichterstattung Pendleranalysen und eine Kohortenbetrachtung der Altersjahrgänge.

Datenquellen

Hauptdatenlieferant der Daten für die integrierte Ausbildungsberichterstattung ist die Statistik der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen des Hessischen Statistischen Landesamtes (HSL). Aufgrund der Umstellung des Erhebungsverfahrens der Schulstatistik (zentrale Lehrer- und Schülerdatenbank [LUSD]) können derzeit noch nicht alle Fragestellungen mit dem vorhandenen Datenmaterial beantwortet werden. Datenmängel sind bei den Merkmalen zur schulischen Vorbildung (z. B. erreichter Abschluss und zuvor besuchte Schulform) vorhanden. Die Datenqualität der Schulstatistik und damit der entsprechenden Indikatoren der integrierten Ausbildungsberichterstattung hat sich seit der Umstellung bereits verbessert und wird zukünftig weiterhin steigen. Darüber hinaus werden Daten aus der amtlichen Hochschulstatistik integriert. Die Förderstatistik der Bundesagentur für Arbeit wird dazu genutzt, die Einzelkonten „Einstiegsqualifizierung“ und „Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit“ zu füllen. Aus der Personalstandstatistik des Statistischen Bundesamtes und des HSL werden Zahlen zu Beamtenanwärtern im mittleren Dienst gewonnen. Für das Einzelkonto „Schulen des Gesundheitswesens“ liegen lediglich rudimentäre Daten vor, da es im Gegensatz zu anderen Bundesländern in Hessen keine umfassende Datenerhebung gibt. Die Daten zu den Gesundheitsberufen an Schulen des Gesundheitswesens beruhen daher größtenteils auf Schätzungen.

Vorteile und Nutzen

Mit der integrierten Ausbildungsberichterstattung ist eine umfassende Übersicht entstanden. Die Einteilung in

Zielbereiche ermöglicht dem Nutzer, sich schnell einen kompakten Überblick über die Situation im hessischen Ausbildungssystem zu verschaffen. Da die integrierte Ausbildungsberichterstattung auch regionale Auswertungen beinhaltet, steht nun Datenmaterial zur Verfügung, das einen Vergleich der Regionen untereinander sowie der einzelnen Regionen im Verhältnis zu Hessen ermöglicht.

Aktuelle Ergebnisse für die Jahre 2006 bis 2009

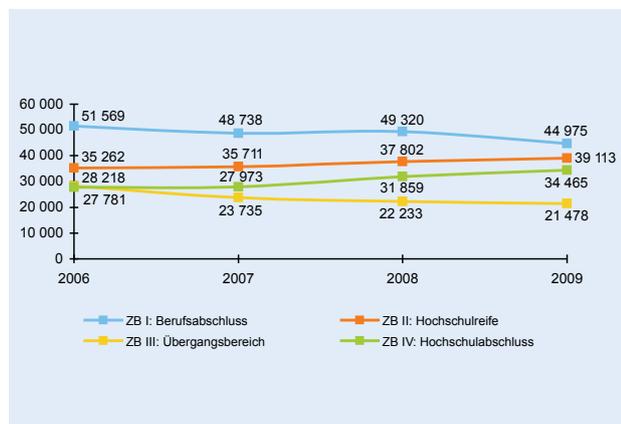
Im Zeitverlauf nahm die Zahl der Einmünder in eine studienqualifizierende Schule sowie die Zahl der Studienanfänger im Erststudium (nachrichtlich)²⁾ in Hessen seit 2006 stetig zu (siehe Schaubild 2).

Im Gegensatz dazu nahm die Zahl der jungen Erwachsenen, die anfangen, sich auf eine berufliche Tätigkeit oder Ausbildung vorzubereiten (ZB III), kontinuierlich ab. Im Zielbereich I „Berufsabschluss“ gingen zwischen den Ausbildungsjahren 2006 und 2007 die Anfängerzahlen zurück, stiegen jedoch im Folgejahr wieder leicht an, um im Jahr 2009 auf das im betrachteten Zeitraum niedrigste Niveau von rund 44 980 Einmündern abzufallen. Nichtsdestotrotz blieb der Zielbereich „Berufsabschluss“ in Hessen auch im Jahr 2009 der zahlenmäßig wichtigste Zielbereich bei den Anfängern.

Vergleicht man die Zahlen Hessens mit den Zahlen der kreisfreien Stadt Wiesbaden, zeigt sich, dass auch hier im Jahr 2009 der größte Anteil der rund 5910 Anfänger in eine anerkannte Berufsausbildung einmündete (vgl. Schaubild 3). Im Landkreis Kassel waren dagegen 2009 die Schüler, die sich auf den Erwerb eines studienqualifizierenden Abschlusses vorbereiten, mit dem höchsten Prozentsatz vertreten.

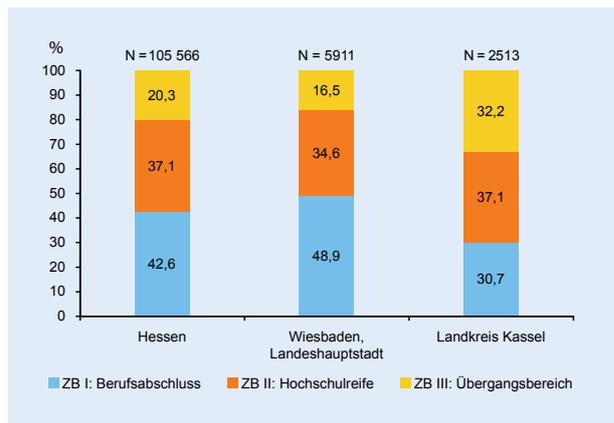
Insgesamt lässt sich festhalten, dass im Ausbildungsjahr 2009/10 in Hessen rund 105 570 Schüler in einen

2. Anfänger in Hessen 2006 bis 2009



2) Studenten stehen nicht im Fokus der Ausbildungsberichterstattung, werden allerdings nachrichtlich aufgenommen, um eine vollständige Gesamtschau aller relevanten Qualifizierungsangebote zu erstellen.

3. Anfänger in Hessen, Wiesbaden und LK Kassel 2009



Bildungsgang der integrierten Ausbildungsberichterstattung einmündeten (siehe Tabelle 1). Darüber hinaus begannen rund 34 470 Personen ein Erststudium an einer Hochschule oder Berufsakademie. Damit nahm die Zahl der Anfänger, die sich insgesamt im Ausbildungssystem befinden, im Jahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr ab.

Ausblick

Das Projekt „Implementierung einer integrierten Ausbildungsberichterstattung für Hessen“ hat eine Laufzeit von 18 Monaten und endet im August 2010. In der letzten Projektphase werden die Daten für das Ausbildungsjahr 2009/10 gesammelt und aufbereitet. Es erfolgt eine erneute Datenlieferung an die OloV-Regionen mit Daten für das Ausbildungsjahr 2009/10. Darüber hinaus wird ein Endbericht mit Darstellungen auf regionaler Ebene erstellt, der veröffentlicht werden soll.

Die Aussagekraft und die Auswertungsmöglichkeiten der integrierten Ausbildungsberichterstattung für die landesweite und die regionale Bildungspolitik und -planung werden in den nächsten Jahren weiter ansteigen, da die durch die Umstellung auf die zentrale LUSD entstandenen Lücken bzgl. der Merkmale zur schulischen Vorbildung geschlossen werden. Ferner kann der Verbleib eines Absolventenjahrgangs aus allgemeinbildenden Schulen zukünftig transparenter gemacht werden. Darüber hinaus würde eine vollständige Erhebung der Daten zu den Schulen des Gesundheitswesens die Aussagekraft der integrierten Ausbildungsberichterstattung weiter erhöhen. Ziel ist eine frühzeitige Informationsbereitstellung.

Die Verstetigung des entwickelten Konzeptes über die Projektlaufzeit hinaus ist grundsätzlich gewährleistet. Die Struktur der endgültigen Gestaltung wird in Kürze festgelegt.

1. Anfänger und Bestände der integrierten Ausbildungsberichterstattung in Hessen, Wiesbaden und Landkreis Kassel im Ausbildungsjahr 2009/10¹⁾

Zielbereiche	Einzelkonten	Hessen			Wiesbaden, Landeshauptstadt			Landkreis Kassel		
		Anfänger		Bestände	Anfänger		Bestände	Anfänger		Bestände
		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%	
Zielbereich I: Berufsabschluss	Duales System (Berufsschulen)	34 325	32,5	112 044	2 370	40,1	7 309	631	25,1	2 093
	Beamte in Ausbildung im mittleren Dienst ²⁾³⁾	443	0,4	885	19	0,3	38	1	0,0	1
	Berufsfachschulen mit Berufsabschluss	125	0,1	670	–	–	–	–	–	–
	Zweij. Höhere Berufsfachschulen (Assistenten)	2 157	2,0	5 115	190	3,2	366	8	0,3	8
	Zweij. Höhere Berufsfachschulen für Sozialassistenten	1 525	1,4	3 355	51	0,9	89	23	0,9	44
	Schulen des Gesundheitswesens ²⁾³⁾	4 970	4,7	11 750	228	3,9	513	109	4,3	249
Fachschulen für Sozialwesen	1 430	1,4	5 713	34	0,6	186	–	–	–	
Zielbereich I: Berufsabschluss zusammen		44 975	42,6	139 532	2 892	48,9	8 501	772	30,7	2 395
Zielbereich II: Hochschulreife	Berufliche Gymnasien	4 924	4,7	12 855	276	4,7	575	–	–	–
	Gymnasiale Oberstufe an allgemeinbildenden Schulen	26 206	24,8	69 687	1 390	23,5	3 545	735	29,3	1 861
	Fachoberschulen Organisationsform A	7 983	7,6	17 647	377	6,4	782	198	7,9	469
Zielbereich II: Hochschulreife zusammen		39 113	37,1	100 189	2 043	34,6	4 902	933	37,1	2 330
Zielbereich III: Übergangsbereich	Zweijährige Berufsfachschulen	5 706	5,4	12 829	166	2,8	383	219	8,7	524
	Einjährige Höhere Berufsfachschulen	1 569	1,5	1 751	68	1,2	68	4	0,2	9
	Berufsgrundbildungsjahr schulische Form	1 581	1,5	1 745	43	0,7	45	60	2,4	70
	Berufsgrundbildungsjahr kooperative Form	454	0,4	494	–	–	–	–	–	–
	Einstiegsqualifizierung (EQ) ⁴⁾	1 253	1,2	1 253	22	0,4	22	23	0,9	23
	Besondere Bildungsgänge Vollzeit	3 425	3,2	3 973	192	3,2	203	211	8,4	309
	Besondere Bildungsgänge Teilzeit	1 597	1,5	2 815	60	1,0	71	64	2,5	115
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen der BA ²⁾⁴⁾	5 893	5,6	5 893	425	7,2	425	227	9,0	227	
Zielbereich III: Übergangsbereich zusammen		21 478	20,3	30 753	976	16,5	1 217	808	32,2	1 277
Insgesamt		105 566	100	270 474	5 911	100	14 620	2 513	100	6 002
Nachrichtlich Zielbereich IV: Hochschulabschluss (Erststudium)	Duales Studium (ausbildungsintegriert)	836	X	2 946	–	–	–	–	–	–
	Verwaltungsfachhochschulen	1 010	X	3 083	260	X	765	–	–	–
	Studiengänge an Hochschulen	32 619	X	155 811	1 174	X	4 806	–	–	–
Nachrichtlich: Zielbereich IV: Hochschulabschluss (Erststudium) zusammen		34 465	X	161 840	1 434	X	5 571	–	–	–

1) Nachweis erfolgt grundsätzlich auf Basis des Ausbildungsortes/Schulstandortes. Ausnahme siehe Fußnote 4. – 2) Anfängerzahlen zu Beamten in Ausbildung im mittleren Dienst (Quelle: Destatis, HSL) geschätzt. Vorjahreswerte für 2009 übernommen. – 3) Zahlen zu Schulen des Gesundheitswesens (Quellen: HMAFG, RP Gießen, RP Darmstadt) teilweise geschätzt (vorläufige Werte). – 4) Zahlen zu BvB und EQ (Quelle: BA) liegen nur auf Basis des Wohnorts vor. Bestandswerte zum Stichtag 31.12.

Literatur

Anger, Christina; Tröger, Michael; Voß, Hendrik und Dirk Werner (2007): Machbarkeitsstudie zur Entwicklung einer Integrierten Ausbildungsstatistik am Beispiel Hessen, Köln. (Download unter: http://www.iwkoeln.de/Portals/0/pdf/pma_220207_endbericht.pdf).

Neumann, Michael; Voß, Hendrik und Dirk Werner (2008): Umsetzung einer integrierten Ausbildungsstatistik in Hessen für das Ausbildungsjahr 2007/08, Köln (unveröffentlicht).

Neues Schätzverfahren zur Optimierung der Ernteterminierung auf regionaler Ebene

Anhand von statistischen Gesetzmäßigkeiten und empirischem Material wird im vorliegenden Beitrag der Frage nachgegangen, ab welcher Anzahl von Einzelwerten eine Schätzung von Ertragszahlen vertrauenswürdig ist und von welchen Größen sie abhängt. Daran anschließend wird ein Verfahren vorgestellt, wie man vorhandenes Wissen über Anbauregionen bei der statistischen Berechnung von Erträgen auf Kreisebene nutzen kann. Eine weitere Optimierung, das Einfließenlassen der Information über Anbauverhältnisse in Kleinstregionen (Gemeindeteilen), wird skizziert.

Einführung

Seit 1878 werden in Deutschland mit Hilfe von Ernteberichterstatern Ernteerträge geschätzt, um einen Überblick über die Erntemenge im Land zu bekommen. Galt es zu dieser Zeit hauptsächlich, aufkommende Nahrungsmittelknappheit früh zu erkennen, haben heutzutage die Punkte Planung und Steuerung (Agrar- und Wirtschaftspolitik) sowie Markttransparenz (Betriebs- und Marktwirtschaft) an Bedeutung gewonnen. Bei den Berichterstatern handelt es sich um erfahrene Landwirte, die im Zeitraum von April bis November regelmäßig über die Situation auf den Feldern berichten und ihre Einschätzungen über die Ernteaussichten und -ergebnisse den statistischen Landesämtern melden. Dank der freiwilligen Ernteberichterstatler können auf Landesebene die Erntemengen für die meisten angebauten Kulturarten sehr genau geschätzt werden. Sehr oft werden aber auch die Erträge für die einzelnen Landkreise nachgefragt. Für eine vertrauenswürdige Schätzung von Erträgen und Erntemengen für alle Kulturen bis auf Kreisebene reicht das Datenmaterial beim derzeitigen Verfahren aber nicht immer aus.

Genauigkeit einer Schätzung

Die Genauigkeit einer Schätzung hängt von 4 Parametern ab: der Varianz der Daten (σ^2), der Größe der Stichprobe (n), der benötigten Genauigkeit (d) und der Irrtumswahrscheinlichkeit (α). Bei normalverteilten Daten – und um solche handelt es sich in der Regel bei den Schätzungen der Erntemelder – gilt folgende Funktion:

$$n = \text{kleinste ganze Zahl} \left(t_{1-\alpha/2; n-1}^2 * \frac{d^2}{\sigma^2} \right)$$

mit

- n : Stichprobenumfang
- t : Quantil der t-Verteilung
- α : Irrtumswahrscheinlichkeit
- $n-1$: Freiheitsgrade
- σ^2 : geschätzte Varianz
- d : Genauigkeitsvorgabe.

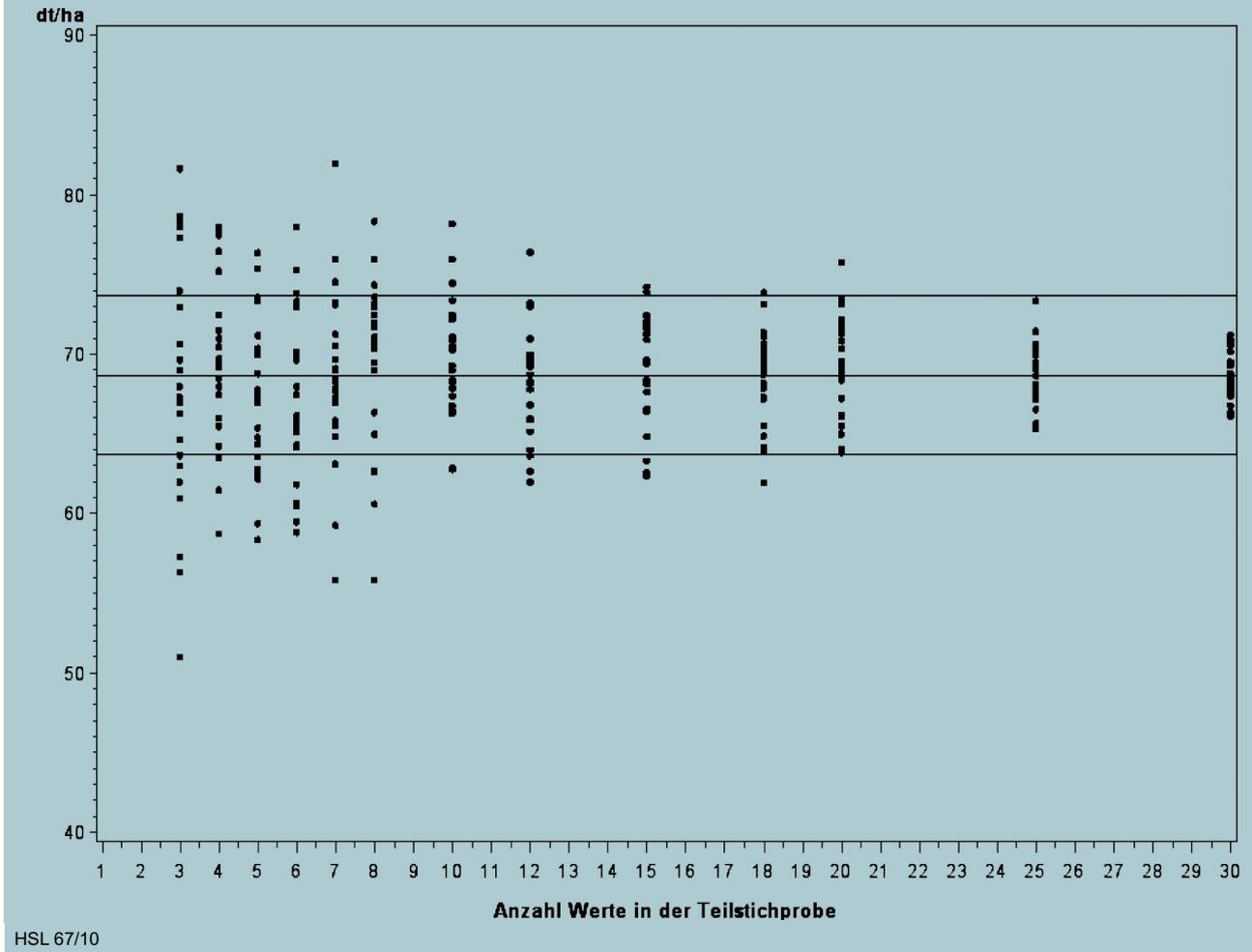
In 80 % des Datenmaterials konnte die Annahme der Normalverteilung nicht widerlegt werden (Shapiro-Wilk-Test, $\alpha = 0.05$), d. h. man kann davon ausgehen, dass die Daten normalverteilt sind. Die nicht normalverteilten Daten können mit Hilfe von mathematischen Funktionen so transformiert werden, dass auch sie die Bedingung der Normalverteilung erfüllen. Untersuchungen an empirischem Material aus verschiedenen Ländern (Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Niedersachsen) und verschiedenen Jahren bestätigen diese Ergebnisse. Dabei wurde das vorliegende Material – hier beispielhaft Wintergerste 2009 im Regierungsbezirk Darmstadt (Abb. 1) mit einem $N = 158$ – als Grundgesamtheit angesehen, aus der jeweils 100 zufällige Stichproben im Umfang n gezogen und deren Mittelwerte berechnet wurden. Der Umfang n – abgetragen auf der Abszisse – wurde schrittweise erhöht. Die errechneten Mittelwerte wurden auf der Ordinate aufgetragen. Die Grafik veranschaulicht, dass man ab einem Stichprobenumfang $n = 12$ in der Regel stabile Mittelwerte erwarten kann. Die nicht normalverteilten Daten zeigten bei einem größeren n das gleiche Verhalten wie die normalverteilten Daten.

Abbildung 2 veranschaulicht den Einfluss der **Varianz** auf die Schätzgenauigkeit. Je größer die Varianz, desto größer muss der Stichprobenumfang sein, um eine gleichwertige Aussage machen zu können.

Empirisches Material

Die endgültigen Erträge werden bei der Ernteberichterstattung im November erfragt. Für 2009 meldeten 350 Berichterstatler dem Hessischen Statistischen Landes-

1. Mittelwerte in Abhängigkeit des Stichprobenumfangs für Wintergerste im Regierungsbezirk Darmstadt 2009



amt aus den 26 Landkreisen für 22 Kulturen insgesamt 1962 Erträge. Anhand dieser Zahlen (Tab. 1) erkennt man, dass nicht für alle Kreise und alle Kulturen der Mindestumfang von $n = 12$ für eine belastbare Schätzung erreicht wird. Des Weiteren zeigen die Daten der Melder, dass die Varianzen innerhalb einer Kultur zwischen den Landkreisen stärker schwanken (Tab. 2). Dabei bleibt zu beachten, dass eine Varianz erst ab einem Stichprobenumfang von $n = 25$ zuverlässig geschätzt werden kann und erste Stabilisierungen ab $n = 16$ zu beobachten sind¹⁾, weshalb hier nur die Kreise und Kulturen mit ihren Varianzen vorgestellt werden, bei denen es mindestens 20 Werte gab.

Wege aus dem Dilemma – Aggregation der Daten über Wirtschaftsgebiete

Die politische Einteilung Hessens in 26 Landkreise und kreisfreie Städte ist bezüglich der landwirtschaftlichen Anbaubedingungen willkürlich. Es gibt zwar Landkreise, wie z. B. Waldeck-Frankenberg (635) oder auch Offen-

1) Siehe auch: Sachs, Lothar (2003), Angewandte Statistik (11. Auflage); Springer Verlag.

bach (438), in denen überwiegend einheitliche Anbaubedingungen herrschen, aber in der Mehrzahl der Kreise ist das nicht der Fall. Im Schwalm-Eder-Kreis (634) finden sich z. B. 4 sehr unterschiedliche landwirtschaftliche Vergleichsgebiete. Insgesamt ist Hessen in 10 solcher Wirtschaftsgebiete (im Folgenden auch als Vergleichsgebiete bezeichnet) eingeteilt (Tab. 3 und Abb. 3). Eine Wirtschaftsregion definiert sich dabei als Raum mit möglichst einheitlichen Bedingungen für die Produktion landwirtschaftlicher Güter und berücksichtigt bei der Einstufung u. a. die durchschnittlichen Jahrestemperaturen, die Jahresniederschläge und die Bodenklimazahlen.

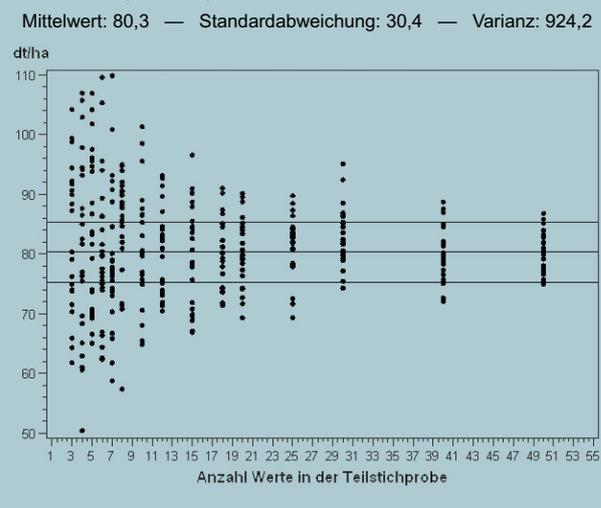
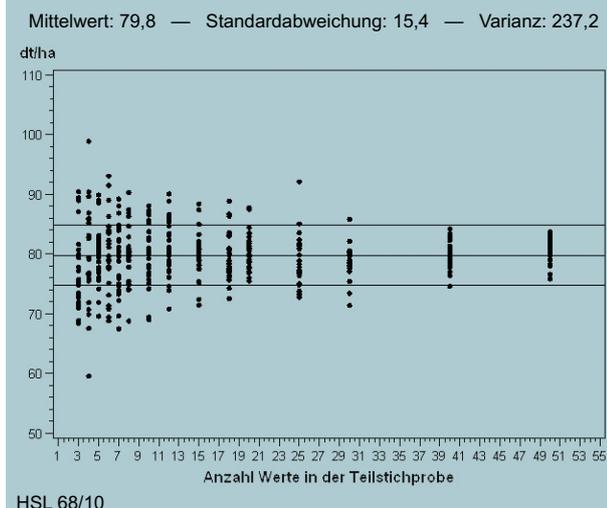
Der Gedanke liegt nun nahe, die Meldungen der Ernteberichterstatte nicht über die 26 Kreise zu aggregieren, sondern über die 10 Vergleichsgebiete. Einerseits erhöht man dadurch den Stichprobenumfang je Beobachtungsräum, andererseits ist zu erwarten, dass durch die Homogenität des Wirtschaftsgebietes die Varianzen in den Gruppen kleiner werden. Beides sind Parameter, die, wie oben erläutert, die Genauigkeit der Schätzung maßgeblich beeinflussen. Daten werden aus unterschiedlichen Gründen aber immer wieder für politische

1. Anzahl der Ertragsmeldungen nach ausgewählten Kulturen und Landkreisen 2009

Kultur	Kreisfreie Städte und Landkreise ¹⁾																			Insgesamt										
	411	412	413	414	431	432	433	434	435	436	437	438	439	440	531	532	533	534	535		611	631	632	633	634	635	636			
Ackerbohnen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	5
Dauerweiden	1	3	—	—	1	5	3	1	14	—	4	1	4	8	8	2	11	16	13	—	15	15	2	19	16	7	—	169		
Erbisen	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	2	1	—	—	3	11	
Gras	—	2	—	—	—	3	—	1	4	—	1	—	2	—	1	1	4	2	2	—	4	5	1	4	6	—	—	43		
Hafer	—	3	—	—	—	2	2	1	9	—	2	1	5	6	9	1	10	18	9	—	6	3	2	13	14	3	—	119		
Frühkartoffeln	—	1	—	—	1	3	4	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	1	2	—	—	—	16		
Körnermais	—	1	—	—	1	8	—	—	6	—	2	—	—	3	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	24		
Klee	—	1	—	—	—	2	—	1	1	—	1	—	1	—	1	—	2	2	2	—	—	4	—	3	—	—	—	22		
Luzerne	—	2	—	—	—	2	—	1	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	11		
Mittelfr. u. späte Speisekartoffeln	—	2	—	—	1	4	4	—	3	—	—	—	—	—	1	3	2	3	7	4	—	1	5	2	5	4	2	53		
Mähweiden	1	1	—	—	1	2	1	1	10	—	7	1	4	3	4	1	7	12	14	—	15	15	9	16	23	4	—	152		
Winterraps	1	2	—	3	3	7	3	2	12	—	4	—	7	16	18	1	11	19	17	—	13	18	20	34	21	14	—	246		
Sommergerste	—	2	—	—	1	3	6	2	6	—	1	—	5	4	11	—	10	9	10	—	4	8	—	1	7	3	—	93		
Silomais	1	—	—	—	1	5	1	2	7	—	6	—	—	2	1	—	10	9	7	—	7	9	7	15	14	5	—	109		
Sommernuggetreide	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	1	—	—	2	—	—	2	—	1	—	—	—	8		
Sommerrap und Rübsen	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2		
Sommerweizen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	
Triticale	—	—	—	—	—	3	—	1	6	—	1	1	—	—	2	—	5	8	7	—	10	16	6	13	9	3	—	91		
Wintergerste	1	3	—	1	2	6	4	1	15	—	5	1	5	13	17	1	16	27	22	—	19	20	22	43	31	13	—	288		
Winterroggen (incl. WMG)	1	1	—	1	1	4	4	3	5	—	2	—	—	2	3	1	1	18	4	—	10	9	7	2	9	3	—	91		
Winterweizen	1	3	—	3	3	11	9	4	18	—	7	—	7	18	20	1	18	25	22	—	19	21	22	45	29	14	—	320		
Zuckerrüben	—	3	—	1	2	8	8	2	4	—	1	—	—	13	4	—	1	1	2	—	—	1	10	18	—	—	—	83		
Z u s a m m e n	7	31	—	10	18	79	49	23	123	—	44	5	40	90	105	13	110	176	141	—	123	153	115	243	183	81	—	1962		

1) 411 = Darmstadt, Wissenschaftsstadt, 412 = Frankfurt am Main, St., 413 = Offenbach am Main, St., 414 = Wiesbaden, Landeshauptstadt, 431 = Landkreis Bergstrasse, 432 = Landkreis Darmstadt-Dieburg, 433 = Landkreis Groß-Gerau, 434 = Hochtaunuskreis, 435 = Main-Kinzig-Kreis, 436 Main-Taunus-Kreis, 437 = Odenwaldkreis, 438 = Landkreis Offenbach, 439 = Rheingau-Taunus-Kreis, 440 = Wetterau, 531 = Landkreis Gießen, 532 = Lahn-Dill-Kreis, 533 Landkreis Limburg-Weilburg, 534 = Landkreis Marburg-Biedenkopf, 535 = Vogelsbergkreis, 611 = Kassel, documenta-Stadt, 631 = Landkreis Fulda, 632 = Landkreis Hersfeld-Rotenburg, 633 = Landkreis Kassel, 634 = Schwalm-Eder-Kreis, 635 = Landkreis Waldeck-Frankenberg, 636 = Werra-Meißner-Kreis.

2. Einfluss der Varianz auf die Schätzgenauigkeit



Einheiten und nicht nur für die naturräumlichen Gebiete benötigt. Um den Datennutzern diese Information bereitzustellen, muss sich ein weiterer Schritt an die Schätzung anschließen.

Die Grenzen der Vergleichsgebiete decken sich mit den Grenzen von Gemeindeteilen, für die jährlich aktuelle Daten über die tatsächliche Nutzung vorliegen, so z. B. auch für die Acker- und Grünlandnutzung. Damit kann für einen Kreis exakt berechnet werden, wie viele ha Ackerfläche – respektive wie viel Prozent – in den einzelnen Vergleichsgebietsteilen seines Kreises liegen

2. Varianzen für ausgewählte Landkreise und Kulturen 2009

Landkreis	Stichprobenumfang (n)	Mittelwert	Standardabweichung	Varianz
Winterweizen				
Gießen	20	74,7	14,5	210,3
Marburg-Biedenkopf	25	74,3	10,3	106,1
Vogelsbergkreis	22	72,9	14,1	198,8
Hersfeld-Rotenburg	21	67,3	16,3	265,7
Kassel	22	80,9	10,2	104,0
Schwalm-Eder-Kreis	45	73,9	19,7	388,1
Waldeck-Frankenberg	29	74,4	10,2	104,0
Wintergerste				
Marburg-Biedenkopf	27	63,5	11,5	132,3
Vogelsbergkreis	22	66,5	18,0	324,0
Hersfeld-Rotenburg	20	64,1	12,9	166,4
Kassel	22	75,9	11,0	121,0
Schwalm-Eder-Kreis	43	71,3	16,2	262,4
Waldeck-Frankenberg	31	66,4	9,8	96,0
Winterraps				
Kassel	20	43,9	6,0	36,0
Schwalm-Eder-Kreis	34	41,8	8,2	67,2
Waldeck-Frankenberg	21	37,8	7,6	57,8

(Tab. 4 und Tab. 5). Die mit den Prozentanteilen gewichteten Durchschnittserträge der Wirtschaftsgebiete ergeben dann den Durchschnittsertrag des Kreises. Im Lahn-Dill-Kreis (532) kommen z. B. die 4 Wirtschaftsgebiete 2, 6, 8 und 9 mit 3,7 %, 13,4 %, 28,9 % und 53,9 % vor. In diesen Wirtschaftsgebieten wurden 2009 für Winterweizen Erträge von 86,4 dt/ha, 76,6 dt/ha, 76,0 dt/ha und 78,1 dt/ha ermittelt. Die gewichtete Auswertung berechnet einen durchschnittlichen Kreisenertrag von 77,6 dt/ha (Tab. 6)

Vergleich der Varianzen in den Vergleichsgebieten und in den Kreisen

Die Varianzen bei den einzelnen Kulturen liegen im Mittel in den Wirtschaftsgebieten im Vergleich zu den Varianzen in den Kreisen niedriger (Tab. 2 und Tab. 7). Eine statistisch gesicherte Aussage kann diesbezüglich noch nicht gemacht werden, da es zur Zeit noch zu wenige Werte über Varianzen gibt, die in Stichproben mit einem

3. Wirtschaftsgebiete¹⁾ und deren Ackerflächen in Hessen 2009

Nr.	Wirtschaftsgebiet	Ackerfläche ²⁾ (in km ²)
1	Bergstrasse, Vorderer Odenwald, Rheingau	517
2	Wetterau, Rhein-Main-Gebiet	735
3	Werragebiet	122
4	Niederhessische Senke, Amöneburger Becken	779
5	Rodgau, Limburger Becken	259
6	Mittelhessisches Ackerbaugebiet, Fuldaer Becken	499
7	Nordhessisches Ackerbaugebiet	304
8	Südhessische Mittelgebirgslagen	549
9	Nordwesthessische Mittelgebirgslagen	930
10	Osthessische Mittelgebirgslagen	1 421

1) Mitteilung des LLH. — 2) Ackerfläche nach ATKIS (Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem). Abweichungen zwischen den Angaben aus der Flächenerhebung der tatsächlichen Nutzung und denen des ATKIS sind systembedingt. Die Verhältnisse bleiben erhalten.

3. Wirtschaftsgebiete in Hessen



Umfang größer gleich 25 geschätzt wurden. Auffallend ist, dass die Varianzen im Schwalm-Eder-Kreis (634), in dessen Gebiet 4 Wirtschaftsgebiete liegen, sehr hoch und die Varianzen im Landkreis Waldeck-Frankenberg (635), dessen Ackerland zu knapp 95 % in nur einem Wirtschaftsgebiet liegt, sehr niedrig sind. Diese Beobachtung bestätigt die theoretische Überlegung, dass durch die Schätzung in den gegenüber den Landkreisen homogenen Vergleichsgebieten die Schätzgenauigkeit erhöht wird. Weiterhin kann beobachtet werden, dass das bezüglich der Anbaubedingungen sehr heterogene Wirtschaftsgebiet 10 (Osthessische Mittelgebirgs-lagen) eine wesentlich größere Streuung der Daten aufweist als die anderen Wirtschaftsgebiete.

Schätzung der Vergleichsbereichsmittelwerte

Wie oben angeführt, bedarf es für die belastbare Schätzung landwirtschaftlicher Ertragsdaten in den Kreisen in Abhängigkeit der Genauigkeitsvorgabe und der Varianz rund 12 Beobachtungen. In den Vergleichsgebieten wird bei Beibehaltung der Mindeststichprobenanforde-

rung von 12 die Genauigkeit aufgrund der niedrigeren Varianz erhöht. Obwohl es nur 10 Vergleichsgebiete in Hessen gibt, stand nicht immer die Mindestanzahl an Beobachtungen zur Verfügung. In diesen Fällen wurden die Mittelwerte der Wirtschaftsgebiete durch eine Zuschätzung aus dem stabilen Landeswert adjustiert.

Dafür wurde im ersten Schritt für jedes Wirtschaftsgebiet aus den Meldedaten ein Vergleichsfaktor berechnet. Dieser Faktor beschreibt die durchschnittliche bessere bzw. schlechtere Stellung des Vergleichsgebietes zum Landesdurchschnitt. Für seine Bestimmung wurden zuerst für alle Kulturen Kulturvergleichswerte in den Wirtschaftsgebieten berechnet und diese dann über alle Kulturen – getrennt nach Acker- und Grünlandnutzung – gemittelt (Tab. 8). Mit dem Landesmittelwert einer Kultur und dem Vergleichsfaktor des betreffenden Wirtschaftsgebietes kann so ein Wirtschaftsgebietwert geschätzt werden, auch wenn nur wenige bis keine Werte zu diesem Gebiet vorliegen. Die Adjustierung des Wirtschaftsgebietesmittelwertes mit der Information aus Landeswert und Vergleichsfaktor erfolgt anteilig dann, wenn weni-

4. Ackerlandflächen 2008 nach Landkreisen und Wirtschaftsgebieten (Angaben in ha)

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Wirtschaftsgebiet										Anzahl Wirtschafts- gebiete
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Darmstadt, Wissenschaftsst.	—	—	—	—	1 679	—	—	—	—	—	1
Frankfurt am Main, St.	—	5 946	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Offenbach am Main, St.	—	—	—	—	384	—	—	—	—	—	1
Wiesbaden, Landeshauptst.	—	4 267	—	—	—	—	—	340	—	—	2
Bergstraße	15 308	—	—	—	—	—	—	6 035	—	—	2
Darmstadt-Dieburg	20 130	—	—	—	2 800	—	—	1 356	—	—	3
Groß-Gerau	20 569	—	—	—	874	—	—	—	—	—	2
Hochtaunuskreis	—	1 477	—	—	—	75	—	6 766	—	—	3
Main-Kinzig-Kreis	—	13 662	—	—	—	—	—	—	—	18 455	2
Main-Taunus-Kreis	—	5 896	—	—	—	—	—	1 652	—	—	2
Odenwaldkreis	586	133	—	—	—	—	—	12 029	—	—	3
Offenbach	—	—	—	—	6 041	—	—	—	—	—	1
Rheingau-Taunus-Kreis	1 886	—	—	—	—	—	—	15 124	—	—	2
Wetteraukreis	—	38 211	—	—	—	3 928	—	478	—	5 166	4
Gießen	—	5 390	—	—	—	19 778	—	592	1 075	33	5
Lahn-Dill-Kreis	—	658	—	—	—	2 382	—	5 137	9 573	—	4
Limburg-Weilburg	—	—	—	—	13 751	—	—	11 572	—	—	2
Marburg-Biedenkopf	—	—	—	8 487	—	1 174	—	—	29 411	—	3
Vogelsbergkreis	—	—	—	1 362	—	11 490	—	—	—	23 357	3
Kassel, documenta-St.	—	—	—	952	—	—	—	—	—	—	1
Fulda	—	—	—	—	—	8 610	—	—	—	25 378	2
Hersfeld-Rotenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	32 657	1
Kassel	—	—	—	20 064	—	—	25 102	—	—	2 269	3
Schwalm-Eder-Kreis	—	—	—	45 175	—	—	89	—	3 518	11 380	4
Waldeck-Frankenberg	—	—	—	—	—	—	2 897	—	52 111	—	2
Werra-Meißner-Kreis	—	—	12 155	—	—	—	—	—	—	20 904	2
Insgesamt	58 479	75 642	12 155	76 040	25 528	47 437	28 088	61 080	95 688	139 601	10

ger als 12 Meldedaten vorliegen. Dabei gilt: Je weniger Werte es gibt, desto stärker wirkt die Zuschätzung.

Ausblick

Da zurzeit bei der Berechnung der Kreiszahlen lediglich die Flächenanteile der einzelnen Wirtschaftsgebiete in einem Kreis berücksichtigt werden, nicht aber die besonderen regionalen Anbauswerpunkte, kommt es noch zu Verzerrungen in den berechneten Erträgen. So wird z. B. im Landkreis Limburg-Weilburg, dessen Ackerlandflächen zu 54,3 % im Wirtschaftsgebiet 5 (Rodgau, Limburger Becken) und zu 45,7 % im Wirtschaftsgebiet 8 (Südhessische Mittelgebirgslagen) liegen, der Silomais

über den Kreis nicht gleichverteilt angebaut, sondern schwerpunktmäßig in den bevorzugten Lagen des Limburger Beckens.

Der nächste Schritt in der Optimierung der Schätzung besteht darin, dass man mit den Daten der Flächennutzung aus der aktuellen Totalerhebung eine weitere Gewichtung vornimmt. So kann man mit dem vorhandenen Datenmaterial exakt das Anbauverhalten bis auf Gemeindeteilebene berücksichtigen. Wegen des geänderten Merkmalskatalogs bei der aktuellen Erhebung (Landwirtschaftszählung 2010) kann dieses erst zum Ende des Jahres in die Auswertungen eingearbeitet werden.

5. Anteil der Ackerlandflächen 2008 nach Landkreisen und Wirtschaftsgebieten
(Angaben in %)

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Wirtschaftsgebiet									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Darmstadt, Wissenschaftsst.	—	—	—	—	100	—	—	—	—	—
Frankfurt am Main, St.	—	100	—	—	—	—	—	—	—	—
Offenbach am Main, St.	—	—	—	—	100	—	—	—	—	—
Wiesbaden, Landeshauptst.	—	92,6	—	—	—	—	—	7,4	—	—
Bergstraße	71,7	—	—	—	—	—	—	28,3	—	—
Darmstadt-Dieburg	82,9	—	—	—	11,5	—	—	5,6	—	—
Groß-Gerau	95,9	—	—	—	4,1	—	—	—	—	—
Hochtaunuskreis	—	17,8	—	—	—	0,9	—	81,3	—	—
Main-Kinzig-Kreis	—	42,5	—	—	—	—	—	—	—	57,5
Main-Taunus-Kreis	—	78,1	—	—	—	—	—	21,9	—	—
Odenwaldkreis	4,6	1,0	—	—	—	—	—	94,4	—	—
Offenbach	—	—	—	—	100	—	—	—	—	—
Rheingau-Taunus-Kreis	11,1	—	—	—	—	—	—	88,9	—	—
Wetteraukreis	—	80,0	—	—	—	8,2	—	1,0	—	10,8
Gießen	—	20,1	—	—	—	73,6	—	2,2	4,0	0,1
Lahn-Dill-Kreis	—	3,7	—	—	—	13,4	—	28,9	53,9	—
Limburg-Weilburg	—	—	—	—	54,3	—	—	45,7	—	—
Marburg-Biedenkopf	—	—	—	21,7	—	3,0	—	—	75,3	—
Vogelsbergkreis	—	—	—	3,8	—	31,7	—	—	—	64,5
Kassel, documenta-St.	—	—	—	100	—	—	—	—	—	—
Fulda	—	—	—	—	—	25,3	—	—	—	74,7
Hersfeld-Rotenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100
Kassel	—	—	—	42,3	—	—	52,9	—	—	4,8
Schwalm-Eder-Kreis	—	—	—	75,1	—	—	0,1	—	5,8	18,9
Waldeck-Frankenberg	—	—	—	—	—	—	5,3	—	94,7	—
Werra-Meißner-Kreis	—	—	36,8	—	—	—	—	—	—	63,2

6. Berechnung des gewichteten Kreisertrages für Winterweizen im Lahn-Dill-Kreis 2009

Wirtschaftsgebiet Kreis	Flächenanteil	Ertrag	Ertragsanteil
	%	dt/ha	%
Wetterau Rhein-Main-Gebiet (2)	3,7	86,4	4,1
Mittelhessisches Ackerbaugebiet, Fuldaer Becken (6)	13,4	76,6	13,3
Südhessische Mittelgebirgslagen (8)	28,9	76,0	28,4
Nordwesthessische Mittelgebirgslagen (9)	53,9	78,1	54,3
Lahn-Dill-Kreis	100	77,6	100

7. Varianzen für ausgewählte Wirtschaftsgebiete und Kulturen 2009

Wirtschaftsgebiet	Stichprobenumfang (n)	Mittelwert	Standardabweichung	Varianz
Winterweizen				
1	21	75,9	11,4	130,0
2	35	84,0	8,1	65,6
4	50	79,0	15,4	237,2
6	32	74,4	12,1	146,4
8	30	71,6	15,0	225,0
9	52	73,8	10,8	116,6
10	70	65,9	16,9	285,6
Wintergerste				
2	24	75,0	10,7	114,5
4	47	73,2	14,6	213,2
6	30	67,4	12,8	163,8
8	21	60,8	13,8	190,4
9	57	66,0	10,3	106,1
10	69	61,0	16,4	269,0
Winterraps				
2	30	47,5	5,0	25,0
4	34	43,3	6,6	43,6
6	27	40,5	8,0	64,0
8	22	41,4	8,9	79,2
9	42	39,6	7,9	62,4
10	55	38,9	6,1	37,2

8. Landesvergleichsfaktoren der Wirtschaftsgebiete 2009

Nr.	Wirtschaftsgebiet	Landesvergleichsfaktor (in %)
1	Bergstrasse, Vorderer Odenwald, Rheingau	99,04
2	Wetterau, Rhein-Main-Gebiet	106,34
3	Werragebiet	96,06
4	Niederhessische Senke, Amöneburger Becken	103,96
5	Rodgau, Limburger Becken	96,51
6	Mittelhessisches Ackerbaugebiet, Fuldaer Becken	100,56
7	Nordhessisches Ackerbaugebiet	109,61
8	Südhessische Mittelgebirgslagen	95,41
9	Nordwesthessische Mittelgebirgslagen	96,20
10	Osthessische Mittelgebirgslagen	93,48

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel ⁵⁾	Preise		Arbeitsmarkt ⁸⁾			
	Volumenindex des Auftrags- einkommens ²⁾ 2000 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags- einkommens ⁴⁾ 2005 = 100	Index der Umsätze ⁶⁾ 2005 = 100	Verbraucherpreis- index ⁷⁾ 2005 = 100	Arbeitslose ⁹⁾	Arbeitslosen- quote ¹⁰⁾	Offene Stellen ⁹⁾	Kurz- arbeit (Perso- nen) ⁹⁾	
	ins- gesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹¹⁾												
2007 D	107,6	103,3	111,5	355 609	108,4	23 277	97,7	103,6	236 162	8,6	46 671	4 000
2008 D	104,1	99,1	108,7	360 679	113,7	23 721	99,6	106,5	204 417	7,4	45 563	7 201
2009 D	92,9	90,1	95,4	346 683	113,0	23 064	97,2	106,6	211 156	7,7	30 773	73 030
2009 1. Vj. D	86,1	78,5	93,0	352 367	94,2	22 571	91,5	106,4
April	82,0	71,8	91,2	348 425	111,7	22 974	100,5	106,4	223 110	8,1	31 687	104 745
Mai	82,6	71,9	92,2	346 962	96,9	22 837	95,6	106,4	215 980	7,8	31 373	98 871
Juni	89,5	81,7	96,3	346 270	126,3	22 889	92,6	106,8	210 806	7,6	31 350	93 841
2. Vj. D	84,7	75,2	93,2	347 219	111,6	22 900	96,2	106,5
Juli	134,3	175,7	96,7	345 090	107,9	22 969	96,4	106,6	216 598	7,8	31 642	77 747
August	84,6	81,8	87,2	344 480	128,7	23 430	90,9	106,9	216 760	7,8	31 122	68 462
September	101,5	96,9	105,5	344 955	166,7	23 374	95,1	106,4	205 855	7,5	30 125	70 745
3. Vj. D	106,8	118,1	96,5	344 842	134,4	23 258	94,1	106,6
Oktober	102,0	93,5	109,7	343 641	119,6	23 802	103,5	106,4	198 385	7,2	29 788	70 436
November	93,9	91,7	95,9	342 351	79,9	23 537	98,9	106,3	195 081	7,1	25 935	63 930
Dezember	86,0	80,3	91,2	340 917	135,3	23 246	118,4	107,2	197 599	7,2	26 601	52 425
4. Vj. D	94,0	88,5	98,9	342 303	111,6	23 528	106,9	106,6
2010 Januar	102,7	91,2	113,1	337 352	79,2	22 873	87,5	106,6	215 652	7,8	26 199	59 272
Februar	98,2	91,6	104,1	336 084	83,2	22 689	86,5	107,0	217 103	7,9	27 789	57 072
März	124,8	120,3	128,8	337 070	103,6	22 997	104,0	107,4	213 659	7,7	28 569	48 244
1. Vj. D	108,6	101,0	115,3	336 835	88,7	22 853	92,7	107,0
April	103,2	93,5	112,0	337 170	78,4	23 133	98,9	107,3	208 241	7,5	31 606	...
Mai	97,1	89,5	103,8	337 036	107,3	23 278	97,0	107,3	200 136	7,2	34 999	...
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
2007 D	6,0	3,0	8,7	1,6	6,4	0,7	-2,8	2,2	-16,9	.	23,5	-0,7
2008 D	-3,3	-2,5	-4,1	1,4	4,9	1,9	1,9	2,8	-13,4	.	-2,4	80,0
2009 D	-10,8	-9,1	-12,2	-3,9	-0,7	-2,8	-2,4	0,1	3,3	.	-32,5	...
2009 1. Vj.	-23,8	-25,5	-22,4	-1,6	-21,7	-4,9	-3,0	3,0
April	-28,4	-34,6	-23,3	-3,0	1,2	-3,7	-0,4	0,3	5,6	.	-34,4	2 776,0
Mai	-19,1	-26,0	-13,5	-3,4	-11,8	-3,9	-4,6	-0,4	5,7	.	-34,4	3 409,8
Juni	-18,0	-24,4	-12,5	-4,2	-3,5	-3,6	-0,9	-0,3	5,1	.	-41,6	3 742,8
2. Vj.	-22,0	-28,4	-16,6	-3,5	-4,6	-3,7	-2,0	-0,2
Juli	-26,9	72,1	-11,4	-4,9	-5,7	-3,5	-0,7	-0,9	4,5	.	-34,6	3 991,9
August	-13,1	-13,9	-12,1	-5,3	31,0	-1,1	-5,3	-0,3	8,6	.	-29,2	2 668,4
September	-6,2	-13,5	0,8	-5,3	24,9	-1,4	-4,5	-0,8	5,9	.	-31,3	1 957,1
3. Vj.	2,9	14,7	-7,6	-5,2	16,5	-2,0	-3,6	-0,7
Oktober	5,0	0,1	9,3	-5,4	8,7	-0,6	0,5	-0,1	3,4	.	-31,3	992,0
November	-4,1	11,6	-14,4	-5,3	7,2	-0,7	-4,4	0,3	2,4	.	-35,6	451,9
Dezember	9,3	9,7	9,0	-4,9	10,6	0,0	0,2	0,8	1,3	.	-25,2	119,7
4. Vj.	3,1	6,8	0,2	-5,2	9,1	-0,4	-1,2	0,3
2010 Januar	22,6	16,5	27,4	-4,9	6,5	0,4	-4,4	0,5	0,4	.	-20,4	56,8
Februar	16,6	18,2	15,3	-4,6	12,4	1,6	0,7	0,3	-0,8	.	-17,9	-8,6
März	38,1	50,8	28,8	-3,8	-22,8	1,7	7,2	0,8	-2,9	.	-13,1	-35,4
1. Vj.	26,1	28,7	24,0	-4,4	-5,9	1,2	1,3	0,6
April	25,9	30,2	22,8	-3,2	-29,8	0,7	-1,6	0,8	-6,7	.	-0,3	...
Mai	17,6	24,6	12,6	-2,9	10,8	1,9	1,5	0,8	-7,3	.	11,6	...
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
2009 1. Vj.	-5,6	-5,3	-5,8	-2,4	-7,9	-4,5	-15,4	0,1
April	-9,3	-10,0	-8,8	-0,5	-16,8	1,6	3,6	-0,1	1,4	.	-3,6	40,2
Mai	0,7	0,1	1,1	-0,4	-13,3	-0,6	-4,9	0,0	-3,2	.	-1,0	-5,6
Juni	8,4	13,6	4,4	-0,2	30,4	0,2	-3,1	0,4	-2,4	.	-0,1	-5,1
2. Vj.	-1,6	-4,2	0,2	-1,5	18,5	1,5	5,1	0,1
Juli	50,1	115,1	0,4	-0,3	-14,5	0,3	4,1	-0,2	2,7	.	0,9	-17,7
August	-37,0	-53,4	-9,8	-0,2	19,2	2,0	-5,7	0,3	0,1	.	-1,6	-11,9
September	20,0	18,5	21,0	0,1	29,6	-0,2	4,6	-0,5	-5,0	.	-3,2	3,3
3. Vj.	26,1	57,0	3,5	-0,7	20,4	1,6	-2,2	0,1
Oktober	0,5	-3,5	4,0	-0,4	-28,3	1,8	8,8	0,0	-3,6	.	-1,1	-0,4
November	-7,9	-1,9	-12,6	-0,4	-33,2	-1,1	-4,4	-0,1	-1,7	.	-12,9	-9,2
Dezember	-8,4	-12,4	-4,9	-0,4	69,4	-1,2	19,7	0,8	1,3	.	2,6	-18,0
4. Vj.	-12,0	-25,1	2,5	-0,7	-17,0	1,2	3,3	0,0
2010 Januar	19,4	13,6	24,0	-1,0	-41,4	-1,6	-26,1	-0,6	9,1	.	-1,5	13,1
Februar	-4,4	0,4	-8,0	-0,4	5,0	-0,8	-1,1	0,4	0,7	.	6,1	-3,7
März	27,1	31,3	23,7	0,3	24,6	1,4	20,2	0,4	-1,6	.	2,8	-15,5
1. Vj.	15,5	14,1	16,6	-1,6	-20,5	-2,9	-13,3	0,4
April	-17,3	-22,3	-13,0	0,0	-24,4	0,6	-4,9	-0,1	-2,5	.	10,6	...
Mai	-5,9	-4,3	-7,3	-0,0	36,9	0,6	-1,9	0,0	-3,9	.	10,7	...

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 Erfassung nach WZ 2008. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 6) Ohne Umsatzsteuer. — 7) Alle privaten Haushalte. — 8) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen; Ergebnisse ab Januar 2004 nach geändertem Verfahren (Data Warehouse-Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. Ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 9) Bei Monatswerten Stand: Monatsmitte. — 10) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2008		2009				2010
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 065,0	6 062,0	6 066,6	6 065,0	6 063,7	6 066,1	6 064,7	6 062,0	6 061,1
N a t ü r l i c h e B e v ö l k e r u n g s - b e w e g u n g:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 224	2 271	1 519	2 993	590	2 183	1 395	3 518	590
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,4	4,5	3,0	5,8	1,1	4,2	2,8	6,8	1,1
* Lebendgeborene	"	4 313	4 229	3 719	5 915	2 675	4 373	4 065	5 486	2 896
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	8,5	8,4	7,5	11,5	5,2	8,5	8,2	10,7	5,6
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 007	5 057	4 574	6 345	4 504	4 392	5 081	7 341	4 171
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,9	10,0	9,2	12,3	8,7	8,5	10,2	14,3	8,1
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	17	14	12	24	6	10	21	20	7
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,0	3,3	3,2	4,1	2,2	2,3	5,2	3,6	2,4
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorenen (-)	"	- 694	- 828	- 855	- 430	- 1 829	- 19	- 1 016	- 1 855	- 1 275
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 1,4	- 1,6	- 1,7	- 0,8	- 3,6	- 0,0	- 2,0	- 3,6	- 2,5
W a n d e r u n g e n:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	"	13 255	13 247	11 548	10 381	12 965	16 945	11 937	9 561	11 873
* darunter aus dem Ausland	"	5 283	5 518	4 466	3 824	5 245	6 288	4 762	3 747	5 235
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	13 373	12 772	14 263	11 670	12 419	14 553	12 357	10 766	11 473
* darunter in das Ausland	"	5 797	5 335	7 662	5 161	5 375	4 951	5 456	4 854	4 957
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	- 117	474	- 2 715	- 1 289	546	2 392	- 420	- 1 205	400
* Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	"	17 234	17 232	16 067	15 709	17 614	19 063	17 154	14 979	16 908

Arbeitsmarkt ³⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Arbeitslose (Monatsmitte)	Anzahl	204 417	211 156	223 110	215 980	210 806	213 659	208 241	200 136	196 143
und zwar										
Frauen	"	100 392	97 340	101 694	98 701	96 569	95 775	95 873	93 615	92 753
Männer	"	104 023	113 816	121 416	117 279	114 237	117 884	112 368	106 521	103 390
Ausländer	"	51 205	50 819	53 569	52 156	50 779	50 827	50 071	48 558	47 531
Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	"	21 357	23 371	23 909	22 746	22 077	21 932	20 127	18 813	18 888
* Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt	%	6,6	6,8	7,2	7,0	6,8	6,9	6,7	6,5	6,3
und zwar der										
Frauen	"	7,0	6,7	7,1	6,8	6,7	6,6	6,6	6,4	6,4
Männer	"	6,3	6,9	7,3	7,0	6,9	7,1	6,8	6,5	6,3
Ausländer	"	14,7	14,8	15,4	15,2	14,8	14,8	14,6	14,2	13,9
Jüngeren von 15 bis unter 25 Jahren	"	6,4	7,0	7,2	6,8	6,6	6,5	6,0	5,7	5,8
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	7 201	73 030	104 745	98 871	93 841	48 244
* Gemeldete Stellen (Monatsmitte)	"	45 563	30 773	31 687	31 373	31 350	28 569	31 606	34 999	37 175

Erwerbstätigkeit ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2007	2008	2007		2008		2009		
		30.6.		Sept.	Dez.	Sept.	Dez.	Juni	Sept.	Dez.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ⁶⁾⁷⁾	1000	2 129,6	2 165,9	2 172,5	2 162,2	2 211,6	2 192,3	2 165,8	2 197,6	2 183,1
und zwar										
Frauen	"	940,6	958,8	960,1	959,7	983,4	981,5	973,2	991,5	989,6
Ausländer	"	209,7	215,9	213,6	209,5	219,7	214,6	214,5	217,5	212,4
Teilzeitbeschäftigte	"	395,1	406,9	399,0	400,8	413,6	414,6	423,5	428,1	429,7
darunter Frauen	"	325,7	335,4	329,3	330,5	341,2	342,1	348,6	353,2	354,2
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ⁸⁾ davon										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	.	7,7	.	.	7,5	6,7	7,5	7,7	6,9
darunter Frauen	"	.	2,6	.	.	2,6	2,4	2,6	2,6	2,4
Produzierendes Gewerbe	"	.	568,3	.	.	578,3	569,9	559,7	563,9	553,0
darunter Frauen	"	.	125,0	.	.	127,2	125,9	123,8	125,0	122,7
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	"	.	529,2	.	.	540,0	535,4	527,9	533,9	530,0
darunter Frauen	"	.	231,6	.	.	236,8	236,2	232,6	235,6	234,0
Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	"	.	554,6	.	.	562,7	552,7	543,1	552,9	549,1
darunter Frauen	"	.	247,4	.	.	252,2	249,8	245,2	250,3	249,1
Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	"	.	505,4	.	.	523,0	527,3	527,6	539,0	543,9
darunter Frauen	"	.	352,0	.	.	364,4	367,2	369,0	377,8	381,2

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Ergebnisse sind vorläufig; die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen. Beim Nachweis der Merkmale nach Geschlecht sind Fälle „ohne Angaben“ in den „Insgesamt“ Positionen enthalten. — 5) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; (vorläufige Werte). — 6) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung. — 7) Erstellungsdatum: 29.06.2010. — 8) Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar.

Hessischer Zahlenspiegel

Landwirtschaft										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Schlachtungen¹⁾										
Rinder insgesamt	Anzahl	4 455	4 411	5 264	4 224	3 865	4 037	5 045	3 825	3 528
darunter	"									
Kälber ²⁾	"	185	185	237	240	156	142	280	141	148
Jungrinder	"	.	52	69	63	32	32	65	41	67
Schweine	"	55 402	52 749	59 975	51 782	51 220	43 985	54 707	44 426	50 484
darunter hausgeschlachtet	"	2 933	2 496	3 919	2 391	1 573	2 955	3 391	2 029	1 482
Schlachtmen³⁾										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	6 714	6 354	6 996	6 463	6 259	5 224	6 659	5 564	5 988
darunter	"									
* Rinder insgesamt	"	1 227	1 204	1 335	1 158	1 110	1 017	1 336	1 056	888
* darunter	"									
Kälber ²⁾	"	22	23	29	30	20	18	35	18	19
Jungrinder	"	.	7	8	9	4	4	8	5	9
* Schweine	"	4 934	4 752	5 344	4 681	4 706	3 917	4 884	4 076	4 670
* Geflügelfleisch ⁴⁾	"	2 677	2 451	2 374	2 357	2 569
* Erzeugte Konsumeier ⁵⁾	1000 St.	28 514	21 111	26 907	23 863	24 250	13 003	14 617	13 919	14 251
Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Betriebe	Anzahl	1 415	1 396	1 395	1 399	1 405	1 336	1 354	1 364	1 364
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	360,7	347,0	350,3	348,4	347,0	336,1	337,1	337,2	337,0
* Geleistete Arbeitsstunden	"	46 317	41 973	45 590	41 076	40 059	42 049	47 486	43 039	41 297
* Brutto Lohn- und Gehaltssumme	Mill. Euro	1 321,8	1 243,7	1 201,7	1 227,5	1 314,0	1 144,4	1 222,1	1 305,1	1 316,4
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	7 900,6	6 873,1	7 132,0	6 491,2	6 565,8	6 886,6	8 182,1	7 181,5	7 640,7
* darunter Auslandsumsatz	"	3 926,3	3 367,6	3 377,7	3 070,6	3 305,4	3 618,0	4 048,4	3 445,6	3 983,2
Exportquote ⁷⁾	%	49,7	49,0	47,4	47,3	50,3	52,5	49,5	48,0	52,1
Volumenindex des Auftragseingangs ⁸⁾ insgesamt	2005 = 100 % ⁹⁾	- 3,3	- 10,6	- 18,6	- 28,4	- 19,1	16,6	38,1	25,9	17,6
davon	"									
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 2,1	- 13,1	- 21,8	- 30,5	- 20,8	30,8	62,6	32,3	23,3
Investitionsgüterproduzenten	"	- 4,6	- 13,3	- 28,4	- 35,4	- 27,2	9,2	21,5	32,6	17,0
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 5,2	- 38,0	- 36,5	- 52,2	- 44,2	9,7	17,1	19,5	33,1
Verbrauchsgüterproduzenten	"	0,3	1,9	13,8	- 8,2	1,7	- 1,5	12,9	3,9	5,7
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:	"									
Chemische Industrie	% ¹⁰⁾	- 1,7	- 5,4	- 4,7	- 21,3	- 11,1	8,4	38,8	20,0	12,0
Maschinenbau	"	- 9,3	- 28,0	- 37,5	- 42,1	- 36,5	25,2	33,9	43,8	34,0
Kraftwagen und -teile	"	- 6,2	- 0,9	4,8	- 26,3	2,3	- 12,2	2,6	23,0	- 1,6
Herstellung von Metallerezeugnissen	"	- 6,8	- 29,6	- 37,7	- 43,0	- 43,6	39,1	34,4	42,5	38,3
Energie- und Wasserversorgung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Betriebe ¹⁰⁾	Anzahl	107	108	108	108	109	108	107	107	106
* Beschäftigte ¹⁰⁾	"	16 555	16 580	16 470	16 455	16 494	15 823	15 836	15 843	15 877
* Geleistete Arbeitsstunden ¹⁰⁾¹¹⁾	1000 h	2 092	2 110	2 305	2 056	1 996	1 968	2 240	1 955	1 859
* Bruttoentgeltsumme ¹⁰⁾	Mill. Euro	65,1	67,4	61,4	64,7	63,7	63,4	58,8	64,7	61,4
* Stromerzeugung (brutto) der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ¹²⁾	Mill. kWh	2 595,1	1 098,2	975,4	645,6	597,3	1 883,8	2 265,7	2 163,2	2 050,2

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. — 3) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Lämmer, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 4) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 5) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. — 6) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten; teilweise vorläufige Werte; rückwirkende Aktualisierungen wurden vorgenommen. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. — 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 8) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 9) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 10) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 11) Tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. — 12) Mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW.

Hessischer Zahlenspiegel

Handwerk										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2008		2009				2010
		Durchschnitt		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
* Beschäftigte ¹⁾	2007 = 100 ²⁾	97,2	95,7	98,7	96,7	95,2	95,4	96,8	94,8	96,3
* Umsatz ³⁾	2007 = 100 ⁴⁾	101,2	98,6	104,7	110,1	82,5	100,0	102,3	110,7	77,8
Baugewerbe ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
B a u h a u p t g e w e r b e⁶⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	47,7	46,2	45,7	46,5	46,2	44,7	45,3	45,5	45,8
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	4 459	4 289	4 294	4 676	4 521	2 361	4 410	4 638	4 455
darunter										
* Wohnungsbau	"	1 815	1 693	1 740	1 875	1 823	990	1 725	1 783	1 783
* gewerblicher Bau	"	1 309	1 320	1 375	1 414	1 376	810	1 367	1 346	1 278
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 335	1 276	1 179	1 387	1 322	561	1 318	1 509	1 394
* Brutto Lohn- und Gehaltssumme	Mill. Euro	106,0	102,7	92,9	107,1	105,0	73,6	95,9	113,9	105,9
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	476,2	441,9	377,3	420,7	437,2	196,7	359,9	420,4	450,2
darunter										
* Wohnungsbau	"	152,2	131,4	116,4	123,5	131,0	53,9	115,5	129,3	148,7
* gewerblicher Bau	"	163,1	159,4	149,1	161,3	149,7	81,2	119,8	127,0	137,1
* öffentlicher und Straßenbau	"	160,8	151,1	111,6	135,9	156,4	61,7	124,6	164,0	164,5
Index des Auftragsseingangs ⁷⁾	2005 = 100	113,7	113,0	134,2	111,7	96,9	83,2	103,6	78,4	107,3
darunter										
Wohnungsbau	"	101,4	102,0	109,9	110,2	72,8	46,3	136,1	80,8	92,3
gewerblicher Bau	"	127,4	106,8	116,1	105,1	79,4	83,1	106,6	79,8	87,0
öffentlicher und Straßenbau	"	106,8	120,5	154,3	117,1	116,4	93,1	92,7	76,6	126,5
A u s b a u g e w e r b e⁸⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁹⁾	1000	18,6	20,0	19,9	.	.	.	19,0	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 522	5 998	5 833	.	.	.	5 478	.	.
* Brutto Lohn- und Gehaltssumme	Mill. Euro	141,9	155,6	146,6	.	.	.	141,1	.	.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	543,3	598,7	437,6	.	.	.	475,7	.	.
Baugenehmigungen										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	404	421	379	462	415	356	503	408	377
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	359	380	347	426	368	311	466	366	325
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	498	499	459	513	600	436	515	447	465
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	91	93	82	95	113	85	96	84	85
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	124 238	128 017	114 730	124 825	154 491	116 471	135 961	119 578	125 935
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	145	134	128	107	108	102	138	106	139
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	1 449	1 106	1 521	913	1 624	879	1 200	573	787
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	223	183	260	129	267	149	168	97	128
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	248 879	198 662	274 560	96 965	359 427	222 957	158 542	83 876	121 364
* Wohnungen insgesamt ¹⁰⁾	Anzahl	1 011	936	912	783	1 200	898	1 061	825	853
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen) ¹⁰⁾	"	5 214	5 154	5 095	5 059	6 376	4 757	5 665	4 651	4 849
Großhandel ¹¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
G r o ß h a n d e l¹²⁾										
* Index der Umsätze ¹³⁾ — real	2005 = 100	108,5	95,4	103,1	102,3	87,7	86,2	111,4	94,9	92,6
* Index der Umsätze ¹³⁾ — nominal	"	110,4	92,5	100,5	99,2	85,2	83,9	110,6	95,3	92,3
* Beschäftigte (Index)	"	100,8	96,6	97,8	97,5	97,0	92,0	92,7	92,4	91,8

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am Ende des Kalendervierteljahres. — 2) Hier: 30.09.2007 = 100. — 3) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 4) Vierteljahresdurchschnitt 2007 = 100. —

5) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt; führende Ergebnisse sind weitgehend vergleichbar. — 6) Bau

von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 7) Betriebe von Unternehmen

mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 8) Bauinstallation und sonstiger Ausbau; Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Viertel-

jahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 9) Am Ende des Berichtsvierteljahres. — 10) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen

an bestehenden Gebäuden. — 11) Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungstichproben aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden

Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 12) Einschl. Handelsvermittlung; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 13) Ohne Umsatzsteuer;

teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Einzelhandel und Gastgewerbe ¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
E i n z e l h a n d e l²⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	99,3	97,1	96,8	99,3	94,7	86,4	102,9	97,3	95,8
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	99,6	97,2	97,0	100,5	95,6	86,5	104,0	98,9	97,0
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	95,8	93,2	92,4	97,0	94,1	84,1	96,9	92,2	91,9
Apotheken ⁵⁾	"	99,0	102,7	101,0	103,8	99,2	97,9	109,4	104,9	100,9
Bekleidung	"	107,9	105,9	100,7	116,1	106,0	83,1	111,9	109,5	102,4
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ⁶⁾	"	101,2	101,5	107,1	100,1	92,4	88,8	111,5	99,9	96,1
Geräten d. Informations- u. Komm.technik ⁶⁾	"	109,2	105,6	101,5	80,2	86,0	96,3	105,6	88,4	99,7
Versand- u. Internet-Eh.	"	83,0	75,2	82,1	78,8	63,3	77,4	94,2	85,0	74,8
* Beschäftigte (Index)	"	94,9	94,6	94,4	94,0	94,1	93,1	93,6	94,0	94,1
K f z - H a n d e l⁷⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	95,1	98,7	133,3	116,6	102,3	75,2	101,2	94,3	91,3
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	96,6	100,8	136,0	119,3	104,6	77,0	103,8	96,9	93,5
* Beschäftigte (Index)	"	99,7	98,5	98,9	98,5	98,7	96,6	96,5	97,0	96,7
G a s t g e w e r b e										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	91,9	87,8	91,5	85,0	95,1	79,0	86,0	89,6	93,1
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	98,3	93,9	97,5	90,5	101,8	86,4	94,2	98,4	102,2
darunter										
Hotels, Gasthöfe u. Pensionen	"	101,9	94,0	104,1	86,4	106,2	92,5	98,3	107,3	109,5
Restaurants, Gastst., Imbiss-, Cafés u. Ä.	"	94,9	92,7	90,8	92,7	101,3	80,6	91,0	95,4	100,4
Caterer u. sonst. Verpflegungsdienstleist.	"	102,3	98,8	106,6	93,7	97,2	93,5	100,8	94,2	99,5
Ausschank von Getränken	"	88,6	84,2	76,8	92,6	93,2	67,2	72,4	81,3	82,3
* Beschäftigte (Index)	"	97,0	98,3	97,5	99,5	100,6	93,7	93,9	96,6	97,6
Außenhandel ⁸⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	4 279,4	3 592,1	3 757,5	3 405,4	3 182,8	3 756,3	4 497,6	3 864,4	4 281,6
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	106,9	105,5	100,0	94,9	87,9	96,0	100,1	94,8	93,5
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	3 979,2	3 333,7	3 485,5	3 155,0	2 945,1	3 536,6	4 249,9	3 640,4	4 053,0
davon										
* Rohstoffe	"	15,4	11,2	12,0	12,9	8,2	11,7	16,7	14,6	13,6
* Halbwaren	"	334,1	239,9	256,1	274,5	205,6	334,2	345,4	323,8	438,5
* Fertigwaren	"	3 629,7	3 082,6	3 217,4	2 867,6	2 731,3	3 190,6	3 887,9	3 302,0	3 601,0
davon										
* Vorerzeugnisse	"	623,3	467,8	477,1	431,9	416,8	541,1	699,8	623,1	630,6
* Enderzeugnisse	"	3 006,4	2 614,8	2 740,3	2 435,6	2 314,5	2 649,5	3 188,0	2 678,9	2 970,4
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	1 062,1	981,8	992,1	972,4	833,9	1 077,3	1 296,7	1 096,6	1 093,6
Maschinen	"	531,3	419,9	434,4	405,8	409,2	401,7	459,4	401,5	461,8
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	448,4	397,4	458,4	318,8	406,9	419,2	492,2	450,9	521,9
elektrotechnische Erzeugnisse	"	423,5	328,7	322,8	279,3	290,2	347,8	543,6	361,4	432,2
Eisen- und Metallwaren	"	302,5	237,8	223,7	211,3	189,4	232,4	280,8	276,5	275,9
davon nach										
* Europa	"	3 094,6	2 512,1	2 623,6	2 408,7	2 331,8	2 569,4	2 960,5	2 586,8	2 951,9
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	2 677,5	2 143,5	2 239,8	2 027,5	2 042,8	2 246,0	2 538,5	2 220,1	2 598,0
* Afrika	"	91,0	74,7	130,5	66,8	50,0	85,0	112,9	92,5	85,3
* Amerika	"	472,9	442,0	446,8	452,1	329,5	481,2	610,2	557,1	603,4
* Asien	"	585,6	529,9	523,9	442,6	436,8	584,3	771,9	587,1	600,1
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	35,4	33,5	32,7	35,2	34,8	36,4	42,1	41,0	40,9
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ⁹⁾	"	5 895,2	4 877,8	5 746,2	4 957,2	4 293,9	4 749,2	5 806,8	5 052,2	6 154,8
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	219,9	203,5	210,1	198,7	192,1	183,6	198,3	199,9	231,4
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	5 224,4	4 384,1	5 213,0	4 466,6	3 827,4	4 292,2	5 312,6	4 588,0	5 634,0
davon										
* Rohstoffe	"	126,1	87,5	78,2	60,8	45,3	163,2	162,8	118,3	143,6
* Halbwaren	"	729,3	517,9	739,1	695,0	457,7	486,1	595,6	567,8	1 200,2
* Fertigwaren	"	4 369,1	3 778,7	4 395,7	3 710,8	3 324,4	3 642,8	4 554,2	3 901,9	4 290,2
davon										
* Vorerzeugnisse	"	553,7	399,4	405,0	367,2	331,4	426,7	571,4	429,9	495,9
* Enderzeugnisse	"	3 815,4	3 413,7	3 990,7	3 343,7	2 993,0	3 216,2	3 982,8	3 472,0	3 794,3
davon aus										
* Europa	"	3 959,9	3 203,7	3 865,0	3 297,3	2 916,1	3 037,6	3 687,9	3 253,6	3 997,9
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	3 517,8	2 813,8	3 334,0	2 809,7	2 555,3	2 654,9	3 239,1	2 879,8	3 106,2

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 2) Einschl. Tankstellen. — 3) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse. — 4) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 5) Sowie Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 6) Sowie Hausrat a. n. g. — 7) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 8) Ab Januar 2005 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 9) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch in den Gesamt-Positionen enthalten. — 10) Einschl. Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben für 2005 bis 2006 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Außenhandel										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Noch: E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ¹⁾										
* noch: davon aus										
* Afrika	Mill. Euro	125,6	110,7	181,1	111,5	100,4	117,0	123,1	113,0	243,3
* Amerika	"	641,4	527,0	641,3	559,3	437,5	497,0	672,1	577,9	622,4
* Asien	"	1 157,5	1 023,6	1 045,6	970,6	828,5	1 091,9	1 308,9	1 098,5	1 270,7
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	10,9	12,9	13,1	18,6	11,4	5,8	14,9	9,2	20,5
Tourismus ²⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Gästeankünfte	1000	960	932	919	839	1 076	815	896	958	1 103
und zwar										
* von Auslandsgästen	"	235	218	206	190	241	210	200	229	254
auf Campingplätzen	"
* Gästeübernachtungen	"	2 277	2 244	2 139	2 091	2 570	1 906	2 057	2 282	2 588
und zwar										
* von Auslandsgästen	"	442	412	389	355	450	424	370	428	474
auf Campingplätzen	"
Gästeübernachtungen nach Berichtsgemeindegruppen										
Heilbäder	"	609	621	724	586	677	550	560	606	669
Luftkurorte	"	123	121	89	111	157	81	86	107	152
Erholungsorte	"	78	77	43	76	101	39	40	64	94
sonstige Gemeinden	"	1 466	1 426	1 401	1 317	1 635	1 237	1 371	1 505	1 673
darunter Großstädte	"	682	669	606	591	708	669	690	724	748
Verkehr										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
B i n n e n s c h i f f f a h r t										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	895	867	958	833	768	742	1 194	942	934
davon										
* Gütereingang	"	707	698	761	689	599	592	950	756	768
* Güterversand	"	189	169	197	144	169	150	243	187	166
S t r a ß e n v e r k e h r										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ³⁾	Anzahl	29 607	32 766	41 107	40 833	40 341	21 123	34 173	32 457	29 079
darunter										
* Personenkraftwagen ⁴⁾	"	25 529	29 657	36 216	36 358	36 365	19 362	29 449	28 408	25 491
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 973	1 438	1 428	1 573	1 967	1 171	1 736	1 725	1 728
Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 636	1 297	2 953	2 409	1 579	357	2 527	1 898	1 369
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	278	286	365	390	365	146	331	333	388
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ⁵⁾	"	2 641	2 585	2 390	2 631	2 690	1 808	2 235	2 414	2 596
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	1 905	1 867	1 708	2 013	2 020	1 103	1 575	1 848	1 861
* getötete Personen	"	26	26	35	36	35	15	22	24	26
* verletzte Personen	"	2 481	2 450	2 211	2 687	2 664	1 498	2 099	2 484	2 469
Liniennahverkehr der Verkehrsunternehmen⁶⁾										
Fahrgäste ⁷⁾	1000	126 759	128 392	385 258	.	.	.	388 273	.	.
und zwar mit										
Eisenbahnen	"	87 269	87 978	265 721	.	.	.	267 287	.	.
Straßenbahnen	"	17 496	17 917	54 781	.	.	.	56 022	.	.
Omnibussen	"	23 158	23 282	67 472	.	.	.	67 713	.	.
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	2 499 503	2 506 168	7 362 476	.	.	.	7 455 868	.	.
davon mit										
Eisenbahnen	"	2 270 524	2 281 000	6 686 820	.	.	.	6 783 099	.	.
Straßenbahnen	"	73 972	75 640	231 221	.	.	.	235 874	.	.
Omnibussen	"	155 006	149 528	444 435	.	.	.	436 895	.	.
Linienfernverkehr mit Omnibussen⁶⁾										
Fahrgäste	1000	57	47	100	.	.	.	253	.	.
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	64 317	53 093	112 987	.	.	.	265 083	.	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2005 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten; in der Untergliederung nach Gemeindegruppen ab Januar 2008 **einschl.** Camping. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet. — 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; ab dem Berichtsmontat Oktober 2005 werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung wie Wohnmobile und Krankenwagen den Pkw zugeordnet. Im Jahresdurchschnitt 2005 sind die Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung von Jahresbeginn an berücksichtigt. — 5) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschl. Dezember unter Alkoholeinwirkung). — 6) Vierteljahresergebnisse (März = 1 Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; Unternehmen, die mindestens 250 000 Fahrgäste im Vorjahr befördert haben (ohne Schienenfernverkehr). — 7) Benutzt ein Fahrgast während einer Fahrt mehrere Verkehrsmittel eines Unternehmens, so ist die addierte Fahrgastzahl im Liniennahverkehr nach Verkehrsmitteln (Verkehrsmittelfahrten) höher als die Fahrgastzahl im Liniennahverkehr zusammen (Unternehmensfahrten).

Hessischer Zahlenspiegel

Geld und Kredit										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
B a n k e n¹⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. Euro	205 837	189 688	602 373	.	.	.	511 813	.	.
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	"	138 894	138 731	439 339	.	.	.	376 248	.	.
davon										
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	26 205	28 872	100 044	.	.	.	65 690	.	.
Kredite über 1 Jahr ³⁾	"	112 688	109 859	339 295	.	.	.	310 558	.	.
Einlagen und aufgenommene Gelder ²⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	189 793	178 457	555 834	.	.	.	509 882	.	.
I n s o l v e n z e n										
* Insolvenzen	Anzahl	912	957	925	1 002	857	868	1 297	948	900
davon										
* Unternehmen	"	137	163	151	179	153	127	226	141	146
* Verbraucher	"	561	567	548	575	516	540	777	576	570
* ehemals selbstständig Tätige	"	173	187	181	198	152	168	218	189	146
* sonstige natürliche Personen ⁴⁾ , Nachlässe	"	42	41	45	50	36	33	76	42	38
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	529 442	225 927	142 282	200 666	187 640	311 782	184 360	177 709	429 104
Gewerbeanzeigen ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	6 328	6 511	7 297	6 383	5 902	6 472	7 837	6 722	6 404
* Gewerbeabmeldungen	"	5 621	5 756	6 214	5 410	4 837	5 510	6 538	5 118	4 922
Preise										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
V e r b r a u c h e r p r e i s e										
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005 = 100	106,5	106,6	106,5	106,4	106,4	107,0	107,4	107,3	107,3
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	113,5	111,9	113,2	113,3	112,4	112,5	113,5	114,4	113,5
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	108,8	112,2	110,4	110,5	110,5	113,8	113,9	113,8	113,5
Bekleidung, Schuhe	"	98,9	98,5	100,3	100,0	99,0	96,4	96,9	97,3	96,7
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ⁶⁾	"	108,0	108,7	109,2	108,5	108,5	108,6	108,9	109,2	109,2
*Nettokalmmieten	"	103,9	105,2	104,8	104,9	105,1	106,0	106,1	106,1	106,1
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ⁷⁾	"	103,0	103,9	103,8	104,0	104,0	104,0	103,9	103,8	104,0
Gesundheitspflege	"	102,3	104,4	103,9	104,4	104,5	106,3	106,3	106,4	106,4
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	111,2	109,1	107,1	108,2	109,0	111,2	113,3	113,5	113,4
Nachrichtenübermittlung	"	91,8	89,8	90,1	90,1	89,9	88,6	88,5	88,5	88,3
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	98,9	100,4	100,1	100,2	99,3	100,2	100,1	97,2	98,1
Bildungswesen	"	146,0	105,2	104,6	104,4	104,5	108,2	108,2	107,9	107,7
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	"	105,5	107,5	106,9	105,7	107,7	108,8	108,4	107,4	108,5
B a u p r e i s e										
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ⁸⁾	2005 = 100	110,6	111,9	.	.	111,8	112,5	.	.	113,2
Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Steueraufkommen insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	4 051,7	3 877,6	4 213,5	3 589,2	4 176,3	3 221,0	3 578,1	3 460,9	3 582,2
davon										
Gemeinschaftssteuern	"	3 871,5	3 735,4	4 077,8	3 241,6	4 013,2	3 125,3	3 501,0	3 307,4	3 494,2
davon										
Lohnsteuer ¹⁰⁾	"	1 556,2	1 500,4	1 525,5	1 473,7	1 596,3	1 313,4	1 460,9	1 427,5	1 573,6
veranlagte Einkommensteuer	"	197,7	166,7	321,2	96,8	44,5	- 14,5	429,8	85,4	79,8
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	219,2	194,0	81,7	147,7	365,2	89,9	113,5	125,3	131,9
Zinsabschlag ¹⁰⁾	"	423,0	360,6	272,8	352,4	371,9	297,7	171,2	285,4	204,1
Körperschaftsteuer ¹⁰⁾	"	72,3	- 12,5	522,7	- 355,7	- 17,0	- 73,5	326,6	127,7	- 98,9
Umsatzsteuer	"	1 281,8	1 432,5	1 248,5	1 447,1	1 555,5	1 428,0	889,8	1 164,7	1 459,3
Einfuhrumsatzsteuer	"	121,2	93,7	105,3	79,6	96,7	84,1	109,2	91,4	144,4

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 2) Einschl. durchlaufender Kredite. — 3) Ohne durchlaufende Kredite. — 4) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 5) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 6) Und andere Brennstoffe. — 7) Sowie deren Instandhaltung. — 8) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 9) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 10) Vor Zerlegung.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Noch: Steueraufkommen insgesamt ¹⁾ noch: davon Bundessteuern darunter Mineralölsteuer Versicherungsteuer Zölle ²⁾ Landessteuern darunter Vermögensteuer Erbchaftsteuer Grundwerbsteuer Kraftfahrzeugsteuer sonstige Landessteuern Gewerbsteuerumlage	Mill. Euro
		151,7	123,0	135,7	286,0	154,2	75,1	77,2	90,0	88,0
		- 0,1	- 0,0	0,1	- 0,2	- 0,2	0,4	- 0,1	0,2	0,0
		38,5	45,9	36,9	185,7	67,8	23,3	29,1	45,6	42,5
		41,2	34,5	32,0	31,2	26,6	26,0	38,4	29,7	32,2
		56,6	29,1	58,8	58,6	48,6	0,0	0,0	0,0	0,0
		15,6	13,6	7,9	10,8	11,4	25,4	9,7	14,6	13,3
		28,4	19,2	0,0	61,6	8,9	20,6	0,0	63,5	0,0
Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2008		2009				2010
		Durchschnitt ³⁾		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände davon Grundsteuer A Grundsteuer B Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) Gemeindeanteil an der Einkommensteuer andere Steuern ⁴⁾	Mill. Euro	2 035,2	1 311,2	2 044,0	2 455,3	1 152,9	1 743,9	1 529,6	2 347,9	1 018,9
		2,9	3,1	5,7	3,8	4,7	4,1	5,6	3,6	4,3
		122,2	126,7	222,9	155,9	162,6	181,6	214,5	162,7	170,3
		798,0	630,8	1 085,5	901,1	837,2	766,1	655,8	919,8	703,9
		524,4	479,6	631,8	1 198,7	135,3	699,8	554,2	1 083,4	125,5
		9,2	8,3	17,5	15,2	10,9	11,0	17,8	11,4	11,7
Verdienste ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2008		2009				2010
		Durchschnitt		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
* Bruttononatsverdienste ⁶⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁷⁾ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich und zwar * männlich * weiblich * Produzierendes Gewerbe * Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden * Verarbeitendes Gewerbe * Energieversorgung * Wasserversorgung ⁸⁾ * Baugewerbe * Dienstleistungsbereich * Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz * Verkehr und Lagerei * Gastgewerbe * Information und Kommunikation * Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen * Grundstücks- und Wohnungswesen * Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen * Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen * Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung * Erziehung und Unterricht * Gesundheits- und Sozialwesen * Kunst, Unterhaltung und Erholung * Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	Euro	3 932	3 924	3 457	3 482	3 464	3 493	3 527	3 542	3 561
		4 205	4 172	3 664	3 690	3 658	3 687	3 727	3 749	3 762
		3 292	3 346	2 972	2 997	3 011	3 038	3 058	3 061	3 094
		3 794	3 736	3 379	3 381	3 280	3 310	3 367	3 400	3 378
		3 240	3 159	3 038	2 974	2 916	2 953	3 009	2 950	2 892
		3 906	3 825	3 447	3 451	3 339	3 361	3 426	3 469	3 481
		4 814	5 019	4 176	4 146	4 233	4 362	4 317	4 304	4 245
		3 354	3 418	3 080	3 097	3 136	3 144	3 136	3 168	3 161
		2 960	2 957	2 830	2 820	2 703	2 781	2 831	2 824	2 623
		4 003	4 022	3 497	3 534	3 559	3 588	3 609	3 615	3 652
		3 672	3 651	3 267	3 283	3 268	3 277	3 277	3 310	3 289
		3 721	3 751	3 306	3 335	3 307	3 397	3 421	3 429	3 379
		2 317	2 421	2 150	2 193	2 223	2 273	2 301	2 253	2 273
		5 169	5 292	4 488	4 525	4 547	4 558	4 564	4 564	4 586
		6 585	6 128	4 818	4 857	4 907	4 904	4 942	4 951	5 196
		4 562	4 401	3 821	3 819	3 825	3 941	3 920	3 932	4 022
		5 525	5 571	4 615	4 649	4 682	4 735	4 710	4 740	4 748
		2 402	2 576	2 245	2 292	2 368	2 419	2 393	2 405	2 410
		3 164	3 263	3 022	3 038	3 088	3 092	3 147	3 147	3 153
		3 846	3 960	3 712	3 738	3 793	3 800	3 896	3 896	3 910
		3 291	3 408	3 100	3 132	3 148	3 191	3 200	3 213	3 192
		4 905	4 967	4 426	4 783	4 384	4 609	4 790	4 849	4 827
		3 481	3 513	3 166	3 201	3 205	3 190	3 183	3 219	3 189
* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht. 1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Einschl. Zoll-Euro. — 3) Vierteljahresdurchschnitte. — 4) Und steuerähnliche Einnahmen. — 5) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse ab März 2007 wurden entsprechend umgerechnet. — 6) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni usw., ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten; er ergibt sich als Durchschnitt der Ergebnisse für die Monate März, Juni, September und Dezember. — 7) Einschl. Beamte. — 8) Einschl. Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung.										

Ausgewählte Veröffentlichungen aus dem Bereich „Bevölkerung und Gebiet“



STATISTIK HESSEN

Amtliches Verzeichnis der Gemeinden und Gemeindeteile in Hessen (Gebietsstand: 1. Januar 1981)¹⁾

Stand: Aktuell (Exceldatei); Inhalt: Amtliche Schlüsselnummer einschl. Orts- und Stadtteilschlüssel, amtliche Schreibweise der hessischen Gemeinden, Orts- und Stadtteile.

Anschriftenverzeichnis der Magistrate, Gemeindevorstände, Kreisausschüsse und Regierungspräsidenten¹⁾

Stand: Aktuell (Exceldatei); Inhalt: Amtliche Schlüsselnummer, Anschrift der Verwaltungseinheit, Name Regierungspräsident/in, Landrat/rätin, Oberbürgermeister/in, Bürgermeister/in, Telefon- und Faxnummer, E-Mail- und Internetadresse.

Die Bevölkerung der hessischen Gemeinden¹⁾

Statistischer Bericht A I 1 mit A I 2, A I 4, A II 1, A III 1, A V 1, A V 2 (halbjährlich); Inhalt: Gesamtbevölkerung, Nichtdeutsche, lebend Geborene, Gestorbene, Zu- und Fortgezogene, jeweils nach dem Geschlecht; Gemarkungsfläche und Bevölkerungsdichte, Gebiets- und Gemeindenamensänderungen; Ergebnisse gemeindeweise.

Bevölkerungsvorgänge in Hessen²⁾

Statistischer Bericht A I 1 mit A I 3, A I 4, A II 1, A II 2, A III 1, A III 2 (jährlich); Inhalt: Bevölkerung nach dem Alter, Eheschließungen, Geborene und Gestorbene, gerichtliche Ehelösungen, Zu- und Fortgezogene, jeweils nach dem Geschlecht sowie nach deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit; Ziffern der natürlichen Bevölkerungsbewegung, allgemeine/abgekürzte Sterbetafeln; Hauptergebnisse kreisweise.

Die Bevölkerung der kreisfreien Städte und Landkreise Hessens nach Alter und Geschlecht²⁾

Statistischer Bericht A I 3 mit A I 4 (jährlich); Inhalt: Bevölkerung nach Altersjahren, ausgewählten Altersgruppen und Geburtsjahren, jeweils nach dem Geschlecht sowie nach deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit; Ergebnisse kreisweise.

Ausländer in Hessen (Ergebnisse des Ausländerzentralregisters)²⁾

Statistischer Bericht A I 4 (jährlich); Inhalt: Ausländer nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten, Altersgruppen und Geschlecht; Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet für alle Staatsangehörigkeiten; Kreisergebnisse nur für ausgewählte Staatsangehörigkeiten.

Bevölkerung in Hessen 2050 (Ergebnisse der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung)¹⁾ **inkl. CD-ROM**

Statistischer Bericht A I 8 (unregelmäßig)

1) Preis auf Anfrage bzw. kann unserem Veröffentlichungsverzeichnis im Internet (www.statistik-hessen.de) entnommen werden.

2) Steht als kostenlose Download-Datei als PDF-Datei mit Excel-Anhang unter www.statistik-hessen.de zur Verfügung.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 · Fax: 0611 3802-992

E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de · Internet: www.statistik-hessen.de



W_175

Hessische Kreiszahlen



STATISTIK HESSEN

Ausgewählte neue Daten für Landkreise und kreisfreie Städte

Mit dieser zweimal jährlich herausgegebenen Veröffentlichung ist reichhaltiges Material über jeden Landkreis und seine Struktur, für Kreisvergleiche nach verschiedenen Gesichtspunkten sowie für Untersuchungen über die innere Landesstruktur verfügbar.

Die „Hessischen Kreiszahlen“ bringen den Beziehern eine erhebliche Arbeits-, Zeit- und Kostenersparnis, weil sie regelmäßig neue Kreisdaten bieten, die sonst aus vielen fachstatistischen Veröffentlichungen zusammengestellt werden müssten. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet. Jeder Band enthält zusätzlich Daten für die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 oder mehr Einwohnern und für den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt Rhein-Main.

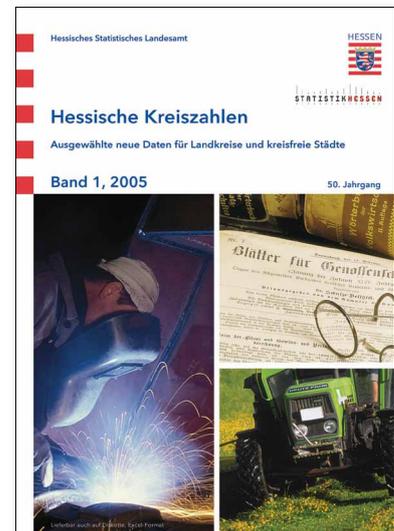
Die Veröffentlichung enthält aktuelle Daten u. a. zu den Bereichen:

- Gebiet und Bevölkerung,
- Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt,
- Bildung und Kultur,
- Gesundheitswesen,
- Landwirtschaft,
- Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe,
- Gewerbeanzeigen,
- Verkehr, Tourismus,
- Geld und Kredit,
- Steuern, Finanzen,
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen,
- Umwelt.

Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 · Fax: 0611 3802-992
E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de · Internet: www.statistik-hessen.de



Printversion:
DIN A 4, kartoniert

Online:
Excel-Format

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.



W_143

Strukturwandel in Medienberufen

Neue Profile in der Content-Produktion. Reihe: Berichte zur beruflichen Bildung. Von Julia Flasdick, Lutz Goertz, Heike Krämer, Lutz P. Michel, 191 Seiten, kartoniert, 29,90 Euro, W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld 2010.

„Alles Content, oder was?“. Medialer Content wird heute nicht nur von medienspezifischen Wirtschaftssektoren oder Berufen geprägt. Besonders im Internet rückt nicht-journalistischer Content aus Public Relations oder Werbung immer näher an das Erscheinungsbild von journalistischem Content heran. Die „neuen“ Content-Produzenten reichen vom Werbetexter über den Webmaster bis zum Werkzeitungs- oder Internetredakteur ohne medienspezifische Ausbildung. Die vorliegende Studie untersucht im Auftrag des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) den Wandel in den Medienberufen, ermittelt Kompetenzprofile für „Content-Produzenten“ und gibt Empfehlungen zu beruflichen Qualifikationen für diesen Arbeitsbereich. Die Studie erfasst sowohl journalistischen als auch berufs- und branchenfremden Content und seine Produzenten. Auf der Basis von Experteninterviews, Fallstudien, einer Delphi-Befragung sowie Expertenworkshops untersucht die Studie den Wandel in der gesamten Medienbranche sowie in Anwenderunternehmen. Anhand der erhobenen Daten überprüfen die Autoren bestehende Berufsbilder auf ihre Eignung für die Contenterstellung und entwickeln Empfehlungen zur Novellierung bestehender Berufe sowie zur Schaffung neuer Qualifikationsprofile. 7379

PISA 2006 in Deutschland

Die Kompetenzen der Jugendlichen im dritten Ländervergleich. Herausgegeben vom PISA-Konsortium Deutschland, 436 Seiten, kartoniert, 19,90 Euro, Waxmann, Münster/New York/ Berlin/ München 2008.

Pisa, das von der OECD koordinierte „Programme for International Student Assessment“, untersucht, wie gut 15-jährige Schülerinnen und Schüler auf die Anforderungen der Wissensgesellschaft vorbereitet sind. Zum dritten Mal wurden im Jahr 2006 die Kompetenzen von Jugendlichen in den Bereichen „Naturwissenschaften“, „Lesen“ und „Mathematik“ erfasst, wobei diesmal die Naturwissenschaften den Schwerpunkt der Untersuchung bildeten. Der vorliegende dritte Vergleich der Länder Deutschlands erlaubt eine differenzierte Betrachtung der bei PISA 2006 in Deutschland erzielten Ergebnisse. Er ordnet die von den 15-jährigen Schülerinnen und Schülern in den Ländern erreichten Kompetenzen national wie international ein und analysiert diese Ergebnisse im Zusammenhang mit Merkmalen der Schulen, des naturwissenschaftlichen Unterrichts sowie des sozialen und kulturellen Hintergrunds der Jugendlichen. Dieser Band stellt auch dar, wie sich die Qualität der Bildungsergebnisse der Länder seit 2000 entwickelt hat. In detaillierten Landeskapiteln werden die Ergebnisse der verschiedenen Schularten betrachtet. Die Befunde weisen auf Stärken und Schwächen in den Bildungssystemen der einzelnen Länder hin. Insgesamt lässt der Vergleich der Länder weitere Herausforderungen für die Weiterentwicklung von Unterricht und Schule in Deutschland erkennen. 7363

Armut von Kindern mit Migrationshintergrund

Ausmaß, Erscheinungsformen und Ursachen. Von Carolin Butterwegge, 580 Seiten, kartoniert, 49,95 Euro, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2009.

Kinder mit Migrationshintergrund leben hierzulande mehr als doppelt so häufig in Armut wie diejenigen ohne diesen Hintergrund. Wie sich die Armut im Bereich des Wohnens, der Gesundheit, der Bildung und in sozialen Kontakten bei verschiedenen Gruppen von Zuwandererfamilien äußert, zeigt die Verfasserin mittels umfassender Analysen. Sie belegen, dass die Armut von Migranten in eine klassen- und migrationsspezifische Neustrukturierung von sozialer Ungleichheit im Zuge neoliberaler Gesellschaftsveränderungen eingebettet ist. Auslöser von Armut sind z. B. die Exklusion auf dem Arbeitsmarkt, (Aus-)Bildungsdefizite und Kinderreichtum. Über die Schichtzugehörigkeit eines Migranten bestimmt auch das Ausländerrecht. Ob ein Kind trotz Armutsbedingungen im Wohlbefinden aufwächst, entscheidet sich indes durch ein für Migrantenkinder weitgehend unerforschtes Zusammenspiel von vor allem personalen und familiären Risiko- und Schutzfaktoren. Der Band gliedert sich die folgenden 3 Hauptkapitel: I. Begriffe, Untersuchungsgruppe, Forschungsstand und Konzeption der Untersuchung – II. Analyse der Lebenslagen von Kindern mit Migrationshintergrund bzw. ihrer Familien – III. Ansätze zur Erklärung der hohen Armutsrisiken von Kindern mit Migrationshintergrund. 7389

Bildungsbedarfsanalyse in Unternehmen

Von Lesya Zalenska, XII, 135 Seiten, kartoniert, 43,00 Euro, Josef Eul Verlag, Lohmar – Köln 2009.

Personal- und Organisationsentwicklung bauen auf der betrieblichen Weiterbildung auf, die sowohl wirtschaftlichen als auch pädagogischen Gesichtspunkten unterworfen ist. Die Auseinandersetzung mit dem Bildungscontrolling hat begonnen. Dies ist offensichtlich nicht nur ein Trend, sondern eine Notwendigkeit der Zeit. Insbesondere wird auf die Bildungsbedarfsanalyse gesetzt, um bedarfsgerechte Bildungsmaßnahmen durchzuführen. Dennoch zeigen empirische Untersuchungen, dass lediglich 40 % der weiterbildenden Unternehmen systematische Analysen bezüglich des Bildungsbedarfs durchführen. Wie und mit welchen Methoden lässt sich der Bildungsbedarf ermitteln? Wie gelingt das proaktiv? Diesen Fragestellungen widmet sich das vorliegende Buch und versucht, Möglichkeiten der Bedarfsanalyse aufzuzeigen. Das Buch gibt einen Überblick über die Grundlagen des Bildungscontrollings und zeigt den Unterschied zu Qualitätsmanagement und Evaluation. Grundlegende Verfahren und ausgewählte Instrumente der Bedarfsanalyse werden dargestellt, wobei die praktischen Realisierungschancen abgeklöpft werden. Die Autorin geht auf theoretische Überlegungen und vorliegende empirische Untersuchungen ein. Darauf basierend, wird ein erprobtes Konzept zur Bedarfsanalyse und ein Muster eines Förderungs- und Entwicklungsplanes mit Hinweisen zur Umsetzung dargestellt. Zudem wird eine Handlungsempfehlung gegeben, die entweder dem Aufbau oder der Evaluation der Bedarfsanalyse dienen kann. Da die Bildungsbedarfsanalyse noch in den Kinderschuhen steckt, wird der Forschungsbedarf aufgezeigt. 7392

BUCHBESPRECHUNGEN

Die fehlende Akzeptanz von Hartz IV

Eine Realanalyse individuellen Verhaltens jenseits des Homo oeconomicus Modells. Von Aysel Yollu-Tok, 215 Seiten, kartoniert, 29,00 Euro, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2010.

Die Hartz IV-Reform brach mit der Tradition der sozialen Sicherung bei Erwerbslosigkeit. Die fehlende Akzeptanz dieser Reform wurde mit einer Welle von Demonstrationen unterstrichen. Der vorliegende Band geht der Frage nach, auf welche Verhaltensmotive dieses Akzeptanzproblem zurückgeführt werden kann. Dazu wird das Modell des Homo oeconomicus um sozialpsychologische Erkenntnisse erweitert; es kann nach eigennützigem Verhalten, aber auch nach weiteren Verhaltensmotiven fragen. Welches sind die Gründe für die fehlende Akzeptanz der Grundsicherungsreform? Welchen Einfluss haben hierbei eigennützige Präferenzen? Wurden durch Hartz IV unterschiedliche Gerechtigkeitsvorstellungen gebrochen? Welchen Einfluss haben unterschiedliches Gewinn- und Verlustempfinden? usw. Die Untersuchung hat das Ziel, die Einstellung der relevanten Akteure differenzierter zu betrachten, um die Beweggründe für bestimmtes Verhalten sowie mögliche Grenzen des Wandels zu erklären und hieraus Handlungsanleitungen für die Politik zu formulieren. Als Analyserahmen wurde die ökonomische Institutionenanalyse verwendet. 7388

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM JULI 2010

(K = mit Kreisergebnissen, G = mit Gemeindeergebnissen)

Statistische Berichte – kostenfreie Download-Dateien

Die Bevölkerung der hessischen Gemeinden am

31. Dezember 2009; (A I 1 mit A I 2, A I 4, A II 1, A III 1, A V 1, A V 2 - hj 2/09); (G); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Bevölkerungsvorgänge in Hessen im 4. Vierteljahr 2009 (Vorläufige Ergebnisse); (A I 1 mit A I 4, A II 1 und A III 1 - vj 4/09); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Ausländer in Hessen am 31. Dezember 2009; (A I 4 - j/09); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Hessen am 30. Juni 2009 (Vorläufige Werte); A VI 5 - vj 2/09); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Hessen am 30. September 2009 (Vorläufige Werte); A VI 5 - vj 3/09); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Die allgemeinbildenden Schulen in Hessen 2009; Teil 1: Grundschulen, Hauptschulen, Förderstufen, Förderschulen, Sonderpädagogische Förderung an allgemeinen Schulen (Stand: 2. Oktober 2009); (B I 1 - j/09); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Die allgemeinbildenden Schulen in Hessen 2009; Teil 4: Gesamtschulen (Stand: 2. Oktober 2009); (B I 1 - j/09); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Auszubildende und Prüfungen in Hessen 2009 (Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik); (B II 5 - j/09); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Flächenerhebung in Hessen zum 31.12.2009 (Tatsächliche Nutzung); (C I 2 - j/09); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Mai 2010; (E I 3 - m 05/10); PDF-Format

Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Mai 2010; (E II 1 - m 05/10); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Energieversorgung in Hessen im März 2010; (E IV 1, E IV 2 mit E IV 3 - m 03/10); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Das Handwerk in Hessen im 1. bis 4. Vierteljahr 2009 und im Jahr 2009; Zulassungspflichtiges Handwerk (Endgültige Ergebnisse); (E V 1 - vj 04/09); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Das Handwerk in Hessen im 1. Vierteljahr 2010; Zulassungspflichtiges Handwerk Vorläufige Ergebnisse); (E V 1 - vj 01/10); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Baugenehmigungen in Hessen im Mai 2010; (F II 1 - m 05/10); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Baugenehmigungen in Hessen im Juni 2010; (F II 1 - m 06/10); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Bauüberhang in Hessen am 31. Dezember 2009; (F II 3 - j/09); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz in Hessen im Mai 2010 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 05/10); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel und in der Handelsvermittlung in Hessen im Mai 2010 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 05/10); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Die Ausfuhr Hessens im April 2010 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 04/10); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im April 2010 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - m 04/10); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus im Mai 2010 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 05/10); (G); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im Mai 2010 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 05/10); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Mai 2010 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 05/10); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Die Kinder- und Jugendhilfe in Hessen im Jahr 2009; Adoptionen, Pflegschaften, Vormundschaften, Pflegeerlaubnis, Sorgerecht, vorläufige Schutzmaßnahmen; (K V 5 - j/09); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Verbraucherpreisindex in Hessen im Juni 2010 (M I 2 - m 06/10); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke in Hessen im Mai 2010; (M I 4 - vj 2/10); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Hessen im 1. Quartal 2010; (N I 1 - vj 01/10); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Hessen 1994 bis 2008 nach kreisfreien Städten und Landkreisen; (P I 3 - j/08); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Gefährliche Abfälle in Hessen 2008; (Q II 11 - j/08); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Verzeichnisse

Verzeichnis der allgemeinbildenden Schulen in Hessen (Ausgabe 2010); (B Verz-6 - j/10); Excel-Format 16,00 Euro
E-Mail-Versand (Excel-Format) 46,00 Euro

Verzeichnis der beruflichen Schulen in Hessen (Ausgabe 2010); (B Verz-7 - j/10); Excel-Format 11,50 Euro
E-Mail-Versand (Excel-Format) 8,00 Euro

Hessisches Statistisches Landesamt • 65175 Wiesbaden